

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Oktober 1969
bis Dezember 1974**

NWO-Sonderheft Nr. 91



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Oktober 1969 bis Dezember 1974**

NWO-Sonderheft Nr. 91

Terror der Antichristen vom 01.10.1969-31.12.1974

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Oktober 1969 bis Dezember 1974	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Oktober 1969 bis Dezember 1974

Der Klügere gibt nach. Eine traurige Wahrheit, sie begründet die Weltherrschaft der Dummheit.

Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)

1969

Das BdV-Präsidium sprach sich am 16. Oktober 1969 für den Fortbestand des Bundesvertriebenenministeriums aus und berichtete über Anerkennungsfragen (x155/165-167): >>Der BdV nimmt mit Empörung von der in der Presse mitgeteilten Absicht einer zukünftigen SPD/FDP-Koalition Kenntnis, das Entwicklungsministerium aus politischen Gründen aufrechtzuerhalten, während ein Fortbestehen des Bundesvertriebenenministeriums aus politischen Gründen nicht für erforderlich gehalten wird.

Der BdV hat nicht das geringste Verständnis dafür, daß die Interessen anderer Völker höher bewertet werden als die nationalpolitischen Interessen des eigenen Volkes, insbesondere eines Viertels seiner Bevölkerung. Ein solcher Schritt könnte als Hinnahme des Gewaltaktes der Vertreibung, der Annexion deutscher Gebiete und die Spaltung Deutschlands aufgefaßt werden. ...

... II. 7. Die Anerkennung einer Gebietsveränderung durch den Staat, dem das Gebiet bisher zustand, bewirkt endgültig den Gebietsverlust. ...

III. ... 9. Die Anerkennung der "DDR" als Staat würde auch die Anerkennung der separaten Staatsangehörigkeit bedeuten, so daß es keine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit mehr gäbe.

IV. 10. Die Regelung der deutschen Ostgrenze ist dem Friedensvertrag mit einer dazu legitimierten Vertretung Gesamtdeutschlands vorbehalten. Jedwede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland würde einer solchen Regelung unzulässigerweise vorgreifen. ...

V. 12. Die 3 westlichen Alliierten haben sich in Art. 2 Abs. 1 des Deutschlandvertrages in seiner Fassung vom 23. Oktober 1954 die von ihnen seit der militärischen Kapitulation in bezug auf Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlins und der deutschen Ostgebiete, innegehabten Rechte vorbehalten. Im Falle ihrer Zustimmung zur Anerkennung der "DDR" durch

die Bundesrepublik Deutschland würde die Viermächteverantwortlichkeit für Deutschland als Ganzes, einschließlich Berlins und der deutschen Ostgebiete, in Frage gestellt werden. ...<< Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) bildete am 22. Oktober 1969 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 11. Juni 2016) über Willy Brandt: >>USA unterstützten Brandt mit Geld

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten.<<

Das BdV-Präsidium verurteilte am 24. Oktober 1969 die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums (x155/168): >>Mit Befremden hat der Bund der Vertriebenen davon Kenntnis genommen, daß das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte aufgelöst und seine Aufgaben und sein Verwaltungsapparat dem Innenministerium zugeteilt worden sind. Das Präsidium hält diese Entscheidung sachlich und politisch für verfehlt und unvertretbar. ...<<

Bundeskanzler Brandt kündigte in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 umfangreiche Reformen an (geplante Grenzenerkennung und Verhandlungen mit der DDR).

BdV-Präsident Reinhold Rehs (1901-1971) berichtete damals über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt (x155/168): >>Die Regierungserklärung ist hinsichtlich der die Vertriebenen besonders berührenden Fragen weitgehend unklar und unzulänglich.

Mit Genugtuung ist zu verzeichnen, daß die SPD/FDP-Regierung am Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung festhält und daß sie sich zur Wahrung der Einheit der Nation bekennt.

Es fehlt jedoch eine Absichtserklärung hinsichtlich der Vollendung der Einheit Deutschlands, sowohl Mittel- wie Ostdeutschland betreffend. ...<<

Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule (ging auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).

In dem 1969 in München veröffentlichten "Lehrbuch des Völkerrechts" hieß es zum Thema "Luftkrieg" (x243/257): >>Flugzeuge sind berechtigt, militärische Objekte des Gegners im Hinterland, wie Truppen, Festungen, Eisenbahnen, Munitionsfabriken, der Kriegsführung dienende Dienststellen usw. ... zu bombardieren.

Flugzeuge sind nicht berechtigt, unmittelbare Angriffe gegen die gegnerische Zivilbevölkerung sowie gegen ihre Wohnungen und Kulturstätten zu unternehmen.

Das Luftbombardement zur Terrorisierung der Zivilbevölkerung oder Beschädigung von Privateigentum nichtmilitärischen Charakters oder zur Verletzung Nichtkombattanten (Nichtkämpfenden ist) verboten. ...<<

Die tschechische Zeitschrift "HOST DO DOMU" veröffentlichte im Jahre 1969 ein Gespräch des Redakteurs Vladimír Blázek mit dem Historiker Milan Hübl (1927-1989) und dem Schriftsteller Jan Procházka (1929-1971) über die Vertreibung der Deutschen (x154/12-15): >>(Blázek:) ... Das Jahr 1945 ist der Schlüssel zur modernen Geschichte der Tschechoslowa-

kei. Es ist schon die Vergangenheit (hier öffnet sich das Tor zur Zeit der Okkupation), und gleichzeitig ist es auch die Gegenwart, denn seit dem Mai 1945 verging erst ein Vierteljahrhundert.

Die Keimzellen der heutigen Probleme, Konflikte, sozial-historischen Ansichten finden wir eben im Jahre 1945. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn ich sage, daß ohne das Jahr 1945 keine Analyse des Jahres 1968 möglich ist. Wenn wir das Jahr 1945 nicht begreifen, können wir keine reale Entwicklung für die Zukunft voraussagen.

Und dennoch wird diese Schlüsselperiode erst in der letzten Zeit Gegenstand einer kritischen Untersuchung, erst in der letzten Zeit erkämpfen sich die Historiker das Recht und die Möglichkeit dazu, den Schleier, der die Geschehnisse nach dem Mai 1945 verhüllt, herunterzureißen. Es stimmt zwar, daß die schöngestige Literatur schon früher den Weg zu dieser Thematik fand, aber Belletristik oder Dramen können nicht die Geschichtswissenschaft ersetzen.

Die Öffentlichkeit ist – was das Verständnis des Jahres 1945 betrifft – noch immer befangen. Sie interpretiert es unkritisch und falsch. Die Interpretation bewegt sich immer noch im Bereich der Mythologie. Dieses undifferenzierte Bewußtsein wird schließlich zum schlechten Gewissen der Nation. Gleichzeitig bleibt es die Quelle verschiedener nationaler und gesamt-politischer Komplexe, wenn die Erklärung der Geschehnisse vom Jahr 1945 im Bereich der Märchen und unkritischen Darstellungen weiterhin verhaftet bleibt.

Wenn wir über die Beziehung von Illusionen und Erkenntnissen in unserer Gesellschaft, über die innere Schichtung unserer Völker, über ihre geistige Beschaffenheit, über den Sozialismus und seine wirkliche Funktion innerhalb der Geschichte sprechen wollen, müssen wir – und das ist die Voraussetzung – ständig zum Jahr 1945 zurückkehren.

(Procházka:) ... Oder der Transfer. Natürlich war es die Entscheidung der Großmächte. Aber kann uns jemand die Verantwortung für die Vertreibung abnehmen? Ich würde es verstehen, wenn es zu einem nationalen Ausgleich im tschechischen Landesinneren gekommen wäre. Wenn in dem Städtchen, das ich meine, etwa 7 deutsche Familien lebten, war es möglich, eine Migrationslösung in Betracht zu ziehen. Aber wir hatten ein ganzes Volk aus einem einheitlichen Gebiet, aus den Städten, Städtchen und Dörfern ausgesiedelt. Jeder durfte nur 50 Kilo mitnehmen, gleich ob er schuldig oder unschuldig war.

Dabei war dem Großteil dieser drei Millionen vertriebenen Deutschen der Krieg ziemlich gleichgültig, und sie beteiligten sich bestimmt nicht an den Verbrechen. Das ist absolut unannehmbar: eine Politik, gleich wie sie begründet wird, die keine Rücksicht auf den einzelnen Menschen nimmt, die nur globale (gerechte) Ziele anstrebt ohne Rücksicht auf das konkrete Schicksal konkreter Menschen, ist tragisch und letztendlich falsch.

(Hübl:) ... Der Gedanke eines Transfers entstand allerdings nicht erst während der Potsdamer Konferenz. In der modernen Geschichte wurde ein Transfer zum erstenmal und im Großen als die Lösung im Konflikt zwischen den Griechen und den Türken nach dem Ersten Weltkrieg angewandt. Danach kam es zum Transfer der deutschen Bevölkerung auf dem Gebiet der UdSSR nach dem Hitler-Stalin-Pakt im Jahre 1939.

In der tschechischen Widerstandsbewegung kam der erste Vorschlag einer solchen Lösung zuerst nach dem Ausnahmezustand im Jahre 1939 und später als eine ernsthafte politische Forderung erst nach der Schlacht um Stalingrad. Die Führung der KPTsch im Ausland war bis zum Jahre 1944 gegen die Forderung eines Transfers: zunächst in Opposition zum heimatischen Widerstand, später zur Londoner Regierung. Schließlich wurde die Idee des Transfers "einheitlich" angenommen.

Psychologisch kann man begreifen warum es geschah. die Anzahl der SS-Angehörigen, die sich aus den Reihen der Sudetendeutschen und Protektorat-Deutschen rekrutierten, war (im Vergleich zur Einwohnerzahl) relativ groß, höher als bei den Reichsdeutschen.

Ich erlebte die Okkupation und das Jahr 1945 in Brünn, in unserer Straße wohnten zwei deut-

sche Familien. Vor dem Krieg waren das Menschen, die auf Sauberkeit und Ordnung achteten, selbstverständlich sprachen sie damals auch tschechisch. Während des Krieges wurden sie zu den schlimmsten Bestien, sie wurden zu Gestapo-Spitzeln, keiner wagte vor ihnen, etwas zu sagen.

Bleiben wir aber noch in Brünn; hier entstand die berühmt-berüchtigte Racheaktion – von unten angeregt – und zwar der Marsch der aus Brünn vertriebenen Deutschen über Nikolsburg zur österreichischen Grenze. Eine Aktion, die im Westen als ein Gegenstück zu den Todestransporten verstanden wird.

Johann Wolfgang Brügel, ein Historiker mit antifaschistischer Vergangenheit, der zum Transfer sehr kritisch steht, stellt fest, daß einer der Gründe für die lokale Rachsucht der Brüänner darin zu sehen ist, wie der ehemalige deutsche Bürgermeister von Brünn namens Judex seine pro-deutsche Politik in einer überwiegend tschechischen Stadt (während der Okkupation) führte.

Auch wenn man den Transfer psychologisch erklären kann, auch wenn umstritten ist, daß wir mit drei Millionen Deutschen innerhalb der neuen Republik viele Komplikationen gehabt hätten, bedeutet es auf keinen Fall, daß die Lösung, die im Jahre 1945 gewählt wurde, optimal war; damit bin ich mit Procházka einer Meinung; eine Psychose kann kein Verbrechen entschuldigen.

Übrigens ein Historiker beschäftigt sich nicht mit Entschuldigungen. Er erklärt lediglich, warum es möglich war, daß eine solche Massenpsychose entstehen konnte. Er soll auch bewerten, inwieweit es auf Dauer gesehen nützlich war, daß die offizielle Politik dieser Massenpsychose unterlag.

(Blazek:) ... Karl Jaspers behauptet, daß unter Hitler zum erstenmal in der Geschichte ein Verbrecherstaat entstand, also nicht nur ein Staat, der einzelne Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübt (wie es nach Jaspers vor dem Nationalsozialismus möglich war). Der nationalsozialistische Staat war ein Gebilde, für welches das Verbrechen ein grundlegendes Mittel zur Erreichung der politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und anderen Zielen war.

Das fühlten anscheinend auch unsere Leute im Jahre 1945, und jeder, der im Dienste dieses Staates war, wurde für die öffentliche Meinung selbst ein Verbrecher, ein Teilhaber an diesem verbrecherischen Staat. Dabei fielen bei dieser Überlegung zwei Details aus dem Blickwinkel: einerseits die Tatsache, daß der überwiegende Teil des tschechischen Volkes im Dienste dieses verbrecherischen Staates während der Okkupation stand (dieses Volk wurde auch von dem verbrecherischen Staat belohnt), und andererseits die Tatsache, daß der Staat, auch wenn es ein totalitärer Staat ist, nie mit dem Volk identisch ist.

Was die Lösung der deutschen Frage durch die Vertreibung betrifft, haben wir wahrscheinlich alle ähnliche Erlebnisse. Auch ich sah in einer Kleinstadt, in der ich am Ende des Krieges lebte, zu, wie ein bewaffneter Revolutionär mit roter Armbinde und einem alten Gewehr auf der Schulter einen nationalsozialistischen Funktionär durch die Straßen führte. Der hiesige Nazi war barfuß, in zerlumpte Kleidern, und der Revolutionär führte ihn an der Leine.

Auf der Straße mußte der Nationalsozialist erklären, daß er an verschiedenen Verbrechen schuldig wäre, und er mußte die vorbeigehenden Passanten um Verzeihung bitten. Dieser Mann flehte um Gnade, aber die Verbrechen, die ihm vorgeworfen wurden (Tod und Gefängnis einiger Stadtbewohner), hatte er nicht begangen.

Wer war aber der Revolutionär mit der roten Binde? Er war einer aus dem Pöbel. Als der Transfer begann, roch der Pöbel Blut und wurde zum Träger der Revolution. So war es übrigens bei allen bewaffneten Revolutionen. Unsere Revolution war nicht imstande, von diesem Pöbel Abstand zu nehmen und das zu bereinigen, was bei der Vertreibung begann und was sich danach fortsetzte.

Die kommunistische Partei, die Partei der Intellektuellen und der kulturtragenden Elite und die Partei des fortschrittlichsten Teils der Arbeiterschaft, wurde leider auch die Partei des Pöbels und biederte sich ihm an. Es war nicht nur die KPTsch, die sich im Jahre 1945 dem Pöbel anbot. Andere Parteien waren auch nicht besser.

(Hübl:) ... Dabei besudelten wir die eigenen politischen Traditionen. Die Benesch-Linie gehörte während der Ersten Republik, was die deutsche Frage betrifft, zu der sanften und aufgeklärten Richtung in Europa. Die Beziehungen zu Beneschs Ministerium und der Weimarer Republik waren sehr korrekt. Noch nach 1933 sind wir nicht nur den Konflikten mit Hitler ausgewichen, sondern wir haben auch nicht den Fehler gemacht, den deutschen Staat mit dem deutschen Volk zu identifizieren.

Nach dem Krieg verrieten wir jedoch die eigene Konzeption, auch was die Sprache und die Rechte der deutschen Minderheit betraf. Bei uns haben die Deutschen während der Ersten Republik die besten Bedingungen gehabt. In der Garantie der Sprachrechte waren wir am großzügigsten unter allen kleinen Staaten östlich der Schweiz. Dieser Tradition der humanen und kulturvollen Lösung haben wir mit einem Strich ein Ende gesetzt.

(Procházka:) ... Im Jahre 1945 hatten wir mehrere Möglichkeiten, unsere Perspektive zu konzipieren. Auch heute gibt es einige offene Möglichkeiten. Aber keine von ihnen wird als real erscheinen, wenn wir nicht imstande sein werden, die Beziehung zum deutschen Volk in Ordnung zu bringen. Wir können doch nicht das deutsche Volk liquidieren und aus Europa wegdenken. Natürlich sind auch die Deutschen verpflichtet, sich mit dem Erbe des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen; uns muß jedoch vor allem die eigene Pflicht interessieren.

(Hübl:) ... Ich will aber noch einmal an die deutsche Frage anknüpfen. Ich las ein Protokoll über eine Regierungssitzung im Jahre 1945, wo Gottwald (KP-Führer, ab Mai 1945 stellvertretender Ministerpräsident) Ripka mit Recht vorwarf, daß die tschechisch national-sozialistischen Journalisten eine antideutsche Kampagne im Großen führten und daß sie das schon aufgewühlte Nationalbewußtsein noch mehr aufwühlten.

In Brünn warfen die National-Sozialisten des öfteren dem Bezirkssekretär Sling (der später im Slánsky-Prozeß zum Tode verurteilt wurde) vor, daß er die Deutschen in Schutz nahm, weil er selbst deutscher (jüdischer) Abstammung war. Oft diskreditierten die National-Sozialisten die Kommunisten mit der Anschuldigung, den in Potsdam beschlossenen Transfer der Deutschen nur zögerlich durchgeführt zu haben. ...<<

Eine US-Regierungskommission berichtete im Jahre 1969 über Verbrechen und Gewalt in Nordamerika (x243/107): >>... In Manhattan Island (Bevölkerung 1,7 Millionen) werden jedes Jahr mehr Menschen ermordet als in ganz England und Wales (Bevölkerung 49 Millionen). ...

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl haben die USA die meisten Unruhen und bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen ... unter den 17 westlichen Demokratien. ...

Viele unserer Gesellschaft und Politik eigentümlichen Aspekte haben zu der individuellen Gewalttätigkeit beigetragen, die das heutige Amerika beunruhigt, darunter die psychologischen Nachwirkungen der Sklaverei, das Nebeneinander von Massenkonsum und Stellen bitterer Armut, der Widerstreit unterschiedlicher Wertvorstellungen, aufgrund dessen vielen Menschen ein klares Leitbild für soziales Handeln fehlt.

Andere Quellen der Gewalt in unserem nationalen Leben sind Erbe unserer eigenen Vergangenheit: eine Verherrlichung der Gewaltanwendung für die gute Sache durch unsere revolutionären Vorväter, Grenzer und Bürgerschutzorganisationen; Erwartungen von Einwanderern auf ein irdisches Paradies, die nur zum Teil erfüllt wurden; die ungelösten Spannungen, die ein rapides und ungesteuertes Wachstum der Städte und Industrien mit sich brachte.<<

Generalmajor Günther Treller berichtete am 10./11. Januar 1970 in der "Schweriner Volkszeitung" über die vormilitärische Ausbildung der DDR-Jugend (x128/250): >>... Die Vorberei-

tung der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik auf die Ableistung ihres Wehrdienstes ist ein eminentester Bestandteil der allseitigen Stärkung der DDR, auch sie gehört zum System unserer Landesverteidigung.

Ausgehend davon ist es das Anliegen der Gesellschaft für Sport und Technik, die Jugend gründlich auf ihren Wehrdienst vorzubereiten, und zwar so, daß sie diesen als Klassenauftrag erkennt und im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung die dafür notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwirbt.

Der IV. Kongreß der Gesellschaft für Sport und Technik hat die notwendigen Maßnahmen beschlossen, um die vormilitärische Ausbildung als System zu entwickeln und dieses System beginnend mit dem Ausbildungsjahr 1969-70 in der gesamten Organisation mit hoher Effektivität durchzusetzen. ...

In die vormilitärische Grundausbildung – gleichbedeutend mit dem ersten Ausbildungsjahr – werden die Schüler der elften Klassen der erweiterten Oberschulen sowie die Lehrlinge des 1. Lehrjahres einbezogen. Dabei vermittelt die vormilitärische Grundausbildung dem Jugendlichen Klarheit über den Klassenauftrag des Soldaten sowie Grundelemente der militärischen Disziplin und Ordnung, des Schießens und der Geländeausbildung und trägt zur physischen Leistungssteigerung bei.

Die Ausbildungsthemen und Ausbildungsabschnitte sind so angelegt, daß das selbständige Denken und Handeln der Jugendlichen gefördert und das bei ihnen Willenskraft, Ausdauer, Mut, Konzentrationsfähigkeit, Entschlossenheit und der Kollektivgeist gestärkt werden.

Im 2. Ausbildungsjahr nehmen an der vormilitärischen Ausbildung die Lehrlinge des 2. und 3. Lehrjahres sowie andere Jugendliche der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft teil. Im allgemeinen werden also hier alle Jugendlichen im vorwehrpflichtigen Alter erfaßt.<<

Die BdV-Bundesvertretung veröffentlichte am 17. Januar 1970 die "Bremer Entschließung" (x155/173-174): >>... II. Unser Grundgesetz verbietet die Anerkennung von Verstößen gegen die Normen des Völkerrechts, also auch die Aufteilung Deutschlands ohne freie Selbstbestimmung, die Anerkennung von Annexionen ohne (Friedens-)Vertrag ...

Maßnahmen dieser Art bedürfen nicht nur einer verfassungsändernden Mehrheit, sondern verletzen auch die Kernvorschriften des Grundgesetzes. ...

Verträge zur Beseitigung völkerrechtswidriger Annexionen zu schließen, ist Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung von ganz Deutschland in einem Friedensvertrag.

III. Seit 2 Jahrzehnten, seit der Verkündung der Heimatvertriebenen im Jahre 1950, fordert der Bund der Vertriebenen einen Ausgleich zwischen Deutschland und Polen auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit. Eine einseitige Erfüllung der Forderungen des anderen Vertragspartners kann keinen dauerhaften Ausgleich schaffen. Sie dient daher auch nicht der dauerhaften europäischen Friedensordnung, der Beseitigung von Mißtrauen zwischen den Nachbarvölkern und dem polnischen Sicherheitsbedürfnis. ...

Das Recht auf die Heimat, auf Freizügigkeit zu den angestammten Wohnsitzen und zur freien selbstbestimmten Entfaltung daselbst ist ein unabdingbares Menschen- und Gruppenrecht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch das Grundgesetz, sondern auch durch das Vertragsrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet, in allen Verhandlungen und Gesprächen für diese Rechte einzutreten. Über Menschen- und Gruppenrechte der Betroffenen dürfen sich auch keine Mehrheiten hinwegsetzen. ...<<

Der afroamerikanische Bürgerrechtler Bobby Seale (Vorsitzender der Black Panther Party) schrieb am 5. März 1970 über den Kampf der Black Panther Party gegen die nordamerikanische Innenpolitik (x272/274-275): >>... Die Jugend ist eine gewalttätige Quelle revolutionärer Möglichkeiten. Die lumpenproletarischen Brüder im Getto, die Schwestern und all die in den Straßen, die sich zu behaupten versuchen, gehören mit zu dieser Quelle, die eines Tages überströmen und sich als eine wilde Sturzflut ergießen wird.

Der Wunsch und die Notwendigkeit einer revolutionären Bewegung zeigt sich im Volke. Die Zukunft der Black Panther Party ist die Zukunft des Volkes, und die Jugend ist die Zukunft der Black Panther Party.

... Die gesamte Zukunft muß sich danach richten, was wir, das Volk wollen – nicht danach, wie die alten Narren, die rückständigen Nichtwisser die Dinge haben möchten. Wir müssen alle anfangen und zusehen, daß wir die Zeit ergreifen. Wir müssen anfangen, unsere Energien zu gebrauchen, unsere Gedanken, unseren Verstand und unsere Fähigkeiten, damit wir sehen, was recht ist und was getan werden muß, damit das Leiden aufhört und damit die Phrase, Leben, Freiheit und das Streben nach Glück für die Menschen Bedeutung gewinnt.

Die Nixon-Agnew-Mitchell-Verwaltung – Hand in Hand mit den Reagans, den Daleys, den Hoffmans, den Carswells, Rockefeller, DuPonts, mit der Bank von Amerika und anderen Ausbeutern - geht mehr und mehr auf den offenen Faschismus zu.

Die Zukunft der Black Panther Party wird eng damit zusammenhängen, ob der faschistische Staat, das faschistische Regime zerschlagen wird. Sooft die habgierige, hetzerische herrschende Klasse sich widerrechtlich gegen die Bevölkerung wendet und ihre verfassungsmäßigen Menschenrechte verletzt, muß die Jugend Amerikas, müssen sich die Revolutionäre sich aufmachen und auf die herrschende Klasse losgehen.

Sooft wir sehen, daß in der schwarzen Wohngemeinde ein Kind von einem rassistischen Schweinepolizisten niedergeschossen wird, müssen wir mit einer Art organisierter Gewalt gegen die Polizeischweine vorgehen, in einer Weise, die ihnen zeigt, daß das Volk genug hat von diesem Dreck.

Sooft wir die Machthaber so handeln sehen, wie es nach unserer sicheren Erkenntnis falsch ist und den Fortschritt der Menschheit hemmt, müssen wir ihnen klarmachen, daß wir uns nicht noch mehr von ihrem Scheißdreck gefallen lassen. ...

Gleichzeitig müssen die jungen Menschen unbedingt wissen, daß es nötig ist, organisierte und praktische Techniken anzuwenden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß wir weiterhin in gewaltigem Maße unterdrückt werden.

Wir versuchen nicht, Supermänner zu sein, denn Supermänner sind wir nicht. Wir kämpfen für die Erhaltung des Lebens. Wir lehnen die Gehirnwäsche durch die Vorstellungen der Comic-Books ab, die die wirkliche Lage verzerren.

Es gibt nur einen Weg zur Befreiung der Welt: Die Jugend unseres Landes muß vorwärtsgehen – mit allen Prinzipien der Achtung für den Menschen, mit jeder liebenden Empfindung für das menschliche Leben, die wir im Herzen haben – auf eine Weise, die den Machthaber-Schweinen zeigt: Wenn die Menschen rassistisch und faschistisch angegriffen werden, dann wird die Jugend den Machthabern einen Tritt in den Hintern versetzen und ihr Blut gerinnen machen.

Wir sehen uns in der heutigen Welt um, wir sehen uns hier bei uns um, und wir stellen fest, daß es Unterdrückung gibt. Wir wissen, daß die Arbeiter ausgebeutet werden und daß auf die eine oder andere Weise die meisten Menschen unseres Landes ausgebeutet werden. Wir wissen, daß wir als Volk unsere Stunde ergreifen müssen.

Huey P. Newton hat die Zeit ergriffen, als er die Black Panther Party in Gang brachte. Andere Brüder und Schwestern in der Partei ergreifen immerzu die Zeit. Jetzt ist die Stunde, einen erbarmungslosen revolutionären Kampf gegen die faschistische, gierige, hetzerische herrschende Klasse und die gemeinen, sadistischen Polizeischweine zu führen.

Macht dem Volke! Power to the People! ...<<

BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) verdeutlichte in seiner Antrittsrede vom 15. März 1970 die künftige Verbandspolitik (x155/176-181): >>... Die verantwortlichen Organe des BdV sind und werden weiterhin für die Freiheit wie für einen gerechten Frieden eintreten. Ich könnte meine Pflicht nicht mehr wahrnehmen, wenn das Gegenteil der Fall wäre. Aber

wahrer Friede ist nicht dort, wo sich eine Seite aller, auch der vor dem Gemeinwohl der Völker vertretbaren eigenen Interessen entledigen soll.

Friede ist nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten achtlos überrollt werden.

Jene, die uns nicht wohl wollen, behaupten, wir müßten das Unrecht, das uns widerfahren ist, hinnehmen, ja legalisieren, weil in deutschem Namen ungeheure Untaten vollzogen wurden. Wir sprechen nicht der Verschleierung von Untaten das Wort. Es ist aber ein dialektischer Trugschluß, daß deshalb ein neues Unrecht an einem Teil der Nation und an Millionen von Unschuldigen, das Unrecht der Deportation, der Vertreibung hingenommen, ja legalisiert werden soll, ohne letzte friedliche Bemühungen um eine zeitgemäße Form in der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit, von neuen Formen der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte.

Wir distanzieren uns deshalb von der dem Völkerrecht unbekanntem, bei nüchterner Betrachtung auch moralisch anrühigen Begründung, daß wegen der in deutschem Namen begangenen Untaten die Annexionen und Vertreibungen von Deutschen widerspruchslos hinzunehmen sind.

Untaten erfordern gerechte Sühne in einem geordneten Rechtsgang. ... Taten und Grausamkeiten gegenüber Menschen sind nicht verrechenbar. Wer aber aus solchen Untaten eine einseitige, politisch gezielte Diffamierung zur Scheinbegründung von Annexionen und Deportationen ableitet, den müssen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, die auch an Deutschen begangenen Verbrechen ständig zu verschweigen und das Wissen darüber zu unterbinden.

Wir sprechen nicht für Haß und Vergeltung. Wir wissen, daß die tiefen Ursachen solcher Untaten eine überhebliche Übersteigerung des notwendigen nationalen Selbstverständnisses und der notwendigen nationalen Selbstbehauptung ist. Hier haben aber nicht nur die Deutschen geirrt, sondern lange vor 1930 hat es dort, wo andere Völker Macht über die Deutschen hatten, auch an Exzessen gegenüber unseren Landsleuten nicht gefehlt.

Nur ein gemeinsamer, neuer, geläuterter Anfang kann uns nach diesen geschichtlichen Gegensätzen weiterhelfen.

Die Meinung, man schaffe Frieden, wenn man sich seiner Rechte entledigt und seine berechtigten Aufgaben preisgibt, setzen wir entgegen die Liebe auch zum eigenen Volk, ebenso die Achtung vor der Würde des Nachbarn und das ständige Bemühen um einen gerechten Ausgleich. Angesichts der vielen extremen Meinungen und radikalen Flügel tut uns bitter not die feste Mitte in einem selbstverständlichen, gesunden nüchternen und klaren Verhältnis zu Staat, Nation und Nachbarn!

... Wir lassen es uns nicht verbieten, mit friedlichen Mitteln zu versuchen, die Folgen von Faustrecht und Gewalt durch eine gesunde, erträgliche, gerechte Ordnung zu ersetzen.

Das natürliche und das positive Recht, aber auch das Völkerrecht, sind uns darum auch keine Zwirnsfäden, sondern unerläßliche Regeln des Zusammenlebens, die wir zu wahren verpflichtet sind und in deren Schutz wir uns begeben.

Die für unser Volk politisch Verantwortlichen sollten gelernt haben, wie gefährlich es ist, Gewaltakte, eigene und fremde, zu legalisieren! ...

Absprachen und Verträge, die über die freie politische Entscheidung der besonders betroffenen Menschen und Gruppen hinweggehen oder sie gar ausklammern, haben schwerste Mängel! Sie haben weder Dauerhaftigkeit noch geschichtliche Bedeutung. Wir werden solche Absprachen - auch über die Oder-Neiße-Linie - nicht anerkennen, wir werden ihre Geltung bestreiten und mit allen verfassungsmäßigen, im Rechtsstaat zulässigen Mitteln uns dagegen zur Wehr setzen!

Nur gerechte Abkommen und Verträge haben Bestand in der Geschichte und machen Ge-

schichte! Annexionen mit Formeln zu heilen, widerspricht den Normen des Völkerrechts und daher auch dem Grundgesetz. Politisch beseitigen solche Formeln weder Mißtrauen noch Angst, sie schaffen kein Vertrauen und keine Glaubwürdigkeit, sondern sind Anlaß zu Auseinandersetzungen und Interventionen im passenden Augenblick. Sie sind also auch kein Ansatzpunkt zur wirklichen Entspannung. ...

Vielen in unserem Volk und bei unseren Nachbarn ist es auch zu wenig präsent, daß die Vertreibung vieler Millionen von Menschen keineswegs wesensnotwendig mit Annexion und Okkupation zusammenhängt, sondern daß sie ein zusätzlicher Bruch der Menschen- und Gruppenrechte und der gemeinsamen Völkerordnung ist. Menschen- und Gruppenrechte sind aber unabdingbar. Weder politische Mehrheiten noch Entscheidungen von Machthabern vermögen sie auszulöschen. Oft dauerte es lange Zeit, bis sie wieder hergestellt werden. ...

Wer dauerhafte Lösungen will, muß sich vor allem um mehr Gleichgewicht der Verhandlungspartner bemühen.

... Im Oktober 1970 werden es 7 Jahre sein, daß der Staatsmann Konrad Adenauer, ... durch dessen, wenn auch begrenzte, aber so viel Vertrauen schaffende Leistung in manchen wieder ein maßvolles nationales Selbstbewußtsein entstand, vor dem Bundestag sich in einer knappen Rede verabschiedete.

Er sagte damals im Oktober 1963: "Wir Deutschen dürfen unser Haupt wieder aufrecht tragen, denn wir sind eingetreten in den Bund freier Nationen, und wir sind in dem Bund der freien Nationen ein willkommenes Glied geworden." ...<<

Das BdV-Präsidium warnte am 23. April 1970 vor den politischen Gefahren der neuen Ostpolitik (x155/184): >>... 2. Das Präsidium des BdV betont, daß das Grundgesetz und die allgemeinen Regeln des Völkerrechts allen Organen der Bundesrepublik Deutschland verbieten: die Aufteilung Deutschlands im Gegensatz zur freien Selbstbestimmung unseres Volkes, die Anerkennung von Okkupation und Annexionen ohne allgemeinen Friedensvertrag, ... die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibungen.

Abmachungen und Erklärungen, die dies nicht berücksichtigen, wird der BdV mit allen legalen Mitteln Widerstand entgegensetzen. Über Menschen- und Gruppenrechte dürfen sich auch Mehrheiten nicht hinwegsetzen. Solche Abmachungen haben keinen geschichtlichen Bestand. Sie dienen nicht dem dauerhaften Frieden und weder dem Sicherheitsbedürfnis unserer Nachbarn noch einem gerechten geschichtlichen Ausgleich der Gegensätze. Sie festigen in Europa nicht nur einen ungerechten Status quo, sondern auch die sowjetische Hegemonie. ...<<

BdV-Präsident Czaja (1914-1997) lehnte am 24. April 1970 das Grenzvertragsangebot der Bundesregierung an Polen ab (x155/185-186): >>Die Bundesregierung kann keine Grenzverträge für ganz Deutschland abschließen.

Dieses ist eine Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung des gesamten deutschen Staatsvolkes. Die Bundesregierung verstößt auf das Schwerste gegen den Deutschlandvertrag, wenn sie eine polnische Westgrenze feststellt oder festschreibt.

Nach Artikel 7 des Deutschlandvertrages muß die Feststellung der Grenzen Deutschlands bis zu einer friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden. ...<<

Der BdV-Bundesvorstand protestierte am 26. April 1970 gegen die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung (x155/187): >>Die Bundesregierung hat Warschau den Entwurf eines Vertrages unterbreitet, in dem festgestellt wird, daß die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens ist.

Diese Absicht widerspricht dem bisher vertretenen Standpunkt, daß diese Frage nur von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag geregelt werden kann. Sie verstößt gegen die Zusage, daß keine Entscheidung hinter dem Rücken der Vertriebenen getroffen wird.

Eine vertragliche Festschreibung des Status quo an Oder und Neiße wird von den Vertriebenen als Verrat am Selbstbestimmungsrecht und am Recht auf die Heimat empfunden. ...<<

Die Landsmannschaften Ostpreußen und Westpreußen erklärten am 8. Mai 1970 (x155/187-

188): >>... Die bedingungslose militärische Kapitulation vor 25 Jahren bedeutet nicht Rechtlosigkeit für Deutschland und seine Menschen. Der Tag und die Jahre danach sind vielmehr Zeugnis dafür, wie dem Willen der Deutschen zu einem Neuanfang durch Massenvertreibungen, Annexionen und Teilung des Landes Gewalt angetan wurde. ...

In einer Zeit der Verwirrung, des Mißbrauchs einer allgemeinen Friedenssehnsucht und vager Hoffnungen ist die Besinnung auf eine politische Wirklichkeit und ihre Gefahren dringend geboten. ...<<

Der bereits vom Tod gezeichnete CSU-Bundestagsabgeordnete Freiherr von Guttenberg erklärte am 27. Mai 1970 während seiner letzten Rede vor dem Bundestag über die Oder-Neiße-Grenze (x161/14): >>... (Unter der Chiffre der Oder-Neiße) müsse mehr und anderes verstanden werden als bloße Grenzfragen, nämlich verletztes Menschenrecht! ...

Jene, die heute glauben, dieses ganze, große, komplexe Problem der Gebiete jenseits der Oder und Neiße und der Menschen, die von dort stammen - und die dort heute ihre Heimat haben - mit dem gleichen Rezept, mit dem einfachen Festnageln von Grenzpfählen, bewältigen und lösen zu können, die, die so denken, meine Damen und Herren, die denken in alten nationalstaatlichen Schemata.<<

Die Zeitung "Bayernkurier" veröffentlichte am 11. Juli 1970 eine Resolution des CSU-Parteitag vom 4.7.1970 (x299/193): >>... 5. Sog. Gewaltverzichtsverträge, die in Wahrheit der Festschreibung des sowjetischen Besitzstandes dienen, ... sind mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen unvereinbar. Sie gefährden darüber hinaus den Frieden, da sie den sowjetischen Imperialismus ermutigen. ...<<

Das aktive Wahlalter wurde am 31. Juli 1970 durch Grundgesetzänderung auf 18 Jahre reduziert.

BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja (1914-1997) erinnerte am 1. August 1970 an "20 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x155/193-196): >>... Als die Charta verkündet wurde, war dafür die Begeisterung größer als heute. ... In unserer enger gewordenen Welt ist aber die Notwendigkeit gemeinsamer Aufgaben und der Überwindung des gemeinsamen Bedrohtseins in Europa größer geworden; näher aneinandergerückt haben die Völker Technik, Verkehr, Urlaubsreisen, die Jugend, die Mobilität der Menschen.

Gemeinsame Währungs- und Wirtschaftspolitik und politische Abrundung der wirtschaftlichen Gemeinschaft sind die nächsten Aufgaben. Noch aber fehlt es in Europa an der politischen Einigung und an dem notwendigen eigenen, verstärkten und stärker selbstbestimmten Beitrag zur Sicherung der Freiheit und zum wirksamen Dienst an ihrer Verteidigung. ...

Gültig bleibt in dieser Verantwortung, wie sie die Charta betont, auch die Liebe zu unserem Volk und zu unserer Heimat. Auch dies ist heute umstritten, wird belächelt und angeklagt. Ich antworte mit den Worten, die der Regierende Bürgermeister von Berlin am 5.9.1965 gebrauchte:

"Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen, nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wir haben der Gewalt, nicht aber dem Recht abgeschworen."

Und er meinte, daß man sich dabei nicht über die Gesinnung der Vertriebenen kaltschnäuzig hinwegsetzen dürfe, daß es dabei keine Politik des doppelten Bodens mit leeren Versprechungen geben dürfe, sondern nur diese Politik, "für Deutschland und für die Deutschen zu bewahren, was zu bewahren ist". ...

Wir sollten nicht diejenigen, die sich vor 25 Jahren in Potsdam in Europa politisch nicht voll durchzusetzen vermochten, jetzt zu verstärktem politischen Ansehen, Einfluß und Macht verhelfen.

... Nur ein glaubwürdiger, für die Beteiligten tragbarer Ausgleich der Gegensätze ist auch für den Ostblock wirklich befriedigend und sichernd auf Dauer, nicht aber ein Zustand, der dem

einen alles nimmt, dem anderen alles gibt. ... Einen dauerhaften Frieden und echtes Vertrauen kann man nicht mit kunstvollen Formeln, sondern nur durch einen gerechten Ausgleich stiften.

... Frieden ist noch nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten überrollt werden. Es hat vollends nichts mit Versöhnung und nichts mit Moral zu tun, wenn wegen der auch von uns nicht geleugneten, im deutschen Namen begangenen Grausamkeiten und den Taten nationaler Überheblichkeit konstant andererseits das vielfache Unrecht, das auch an Deutschen von anderen begangen wurde, verschwiegen, dafür aber die widerspruchslose Hinnahme des Unrechts der Vertreibung von Millionen Unschuldiger wegen der deutschen Untaten gefordert wird.

Wir rechnen nicht auf, können und dürfen es nicht. Aber wir werden uns gegen jede Verantwortung der Person zerstörende Kollektivschuldbegründung und gegen völkerrechtlich unhaltbare Bestrafungsthesen wenden.

... Kein normaler Mensch wird, statt die Gesundheit mit vernünftigen Mitteln anzustreben, Krankheit und Unordnung als eine dauernde Realität hinnehmen oder geradezu anpreisen. ...

Wir wiederholen mit Punkt 7 des Memorandums der Deutschen Bundesregierung vom 29.5.1953 an Präsident Eisenhower, einem Memorandum bei Beginn der Erörterungen über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland: "Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. ..."

Kurt Schumacher hat das wiederholt noch schärfer formuliert.

Unser Grundgesetz spricht in Art. 116 klar von Deutschland in den Grenzen von 1937, darauf gründen die Artikel 23 und viele andere Artikel des Grundgesetzes. ...<<

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 12. August 1970 den "Moskauer Vertrag". Im Artikel 3 hieß es (x024/268-269): >>Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. ...<<

Erstmals stellte eine deutsche Bundesregierung die territorialen Veränderungen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in Frage (Gewaltverzicht und Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen).

Die BdV-Pressestelle protestierte am 19. August 1970 gegen den Moskauer Vertrag (x155/-199): >>... Der BdV ist sich nach wie vor darin einig, daß die Bundesregierung vom Grundgesetz her nicht berechtigt ist, Demarkationslinien und Sperrmauern in Deutschland in einem Vertrag als Grenzen zu bezeichnen. ...

Bindungen, die die Bundesregierung für ganz Deutschland und über die Grenzen und die Selbstbestimmungsrechte anderer eingeht, haben, soweit sie durch das Grundgesetz nicht gedeckt sind, keine Geltung. ...<<

Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) erklärte am 22. August 1970 (x155/201-202): >>... Gewährt auch unseren Landsleuten all die Menschenrechte, deren Raub die von Hitler unterdrückten Völker mit vollem Recht nicht nur beklagen, sondern bis heute nicht zu vergessen vermögen. Auch Deutsche haben einen Anspruch auf mehr Menschlichkeit, auch und gerade in der Volksrepublik Polen.

... Beseitigt die Schikanen, die einer ungestörten und beschleunigten Aussiedlung immer noch im Wege stehen, so daß es geradezu Mut verlangt, einen Antrag auf Aussiedlung zu stellen. Allein in der Volksrepublik Polen soll es 270.000 ... Antragsteller auf Aussiedlung geben. Wie lange sollen die letzten der 270.000 noch auf die Familienzusammenführung warten, und wann dürfen auch diejenigen endlich einen Antrag einreichen, denen es aus verständlichen

Gründen bis heute an diesem Mut gefehlt hat?

... Im letzten Drittel des 20. Jahrhundert geht es nicht mehr darum, Grenzen zu fixieren und zu verewigen, sondern nach vorn aufgeschlossene Politik verlangt, daß Grenzen überwunden, durchlässig gemacht, annulliert werden. Wer Grenzpfähle einrammt, handelt nach der Methode des Nationalismus. Wer Grenzpfähle abbaut, handelt als Europäer.

... Der Status quo, so wie ihn die Sowjetunion festgeschrieben wissen möchte, heißt die Unterdrückung von 17 Millionen in Mitteldeutschland, heißt die Annexion eines Viertels von Deutschland in seinen Grenzen vor Hitler, heißt Schießbefehl und Mauer, heißt Teilung Berlins und ständige Gefährdung ... West-Berlins.

... Der Auftrag an die deutsche Politik, die gehalten ist, jeden Schaden vom deutschen Volk abzuwehren, lautet, den Status quo zu überwinden, sich mit ihm nicht abzufinden. Selbstverständlich scheidet die Gewalt als Mittel der Politik aus. ...

Der Gewaltverzicht kann aber nicht als gleichbedeutend mit einem Rechtsverzicht verstanden werden. Der Protest und das Aufbegehren gegen das Unrecht und die Gewalt sind nicht als Verhaltensweisen nationalistisch eingestellter Bürger zu verurteilen, sondern zu verstehen als das demokratisch fundierte Nein zu all dem, was Diktaturen in brutaler Weise an sogenannten Realitäten geschaffen haben. ...<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) berichtete am 5. September 1970 in Berlin über die Lage der Vertriebenen nach "25 Jahren Vertreibung aus der Heimat" (x155/202-208): >>...

Wir bedauern es sehr, daß Leute behaupten, der BdV bekämpfe die Sicherung des Friedens. Den rechten Weg zur Sicherung des Friedens hat niemand allein für sich gepachtet! Die organisierten Vertriebenen haben durch Jahrzehnte dem Frieden und nicht dem Unfrieden im Volk, im Staat und in dieser Stadt gedient. ...

Die Vertriebenen haben, zu 2 Dritteln noch arbeitslos, schon 1950 in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen feierlich Haß und Rache abgeschworen, Versöhnung und Verzicht auf Gewalt bei Durchsetzung des Rechtes vertreten. Die heute meinen, allein der Sache des Friedens und der Versöhnung zu dienen, hörte man damals noch nicht. Allerdings bezeichnen wir es auch nicht als Frieden, wenn dem einen alles genommen, dem anderen alles gegeben und dieses sogar noch verbrieft wird.

Mit Revanchismus hat das Bekenntnis zum Volk, zur Heimat und zum Füreinanderstehen ... gar nichts zu tun. ... Wir haben keinen überheblichen Nationalismus - weder einen isolierten noch einen im Windschatten anderer Mächte - vertreten; wir wirken und sprechen für Europa. Deshalb wehren wir uns leidenschaftlich gegen Unterstellungen und Pauschalverdächtigungen. ...

Die Vertriebenen werden sich durch derartige Diffamierungen mitten im eigenen Volke nicht an den Rand der Gesellschaft und des Staates drängen lassen. Es ist die demokratische Pflicht der amtlichen Organe dieser Stadt auch für die Würde und den guten Namen aller Bürger, insbesondere derer einzutreten, die mit am schwersten an den Folgen des Krieges zu tragen haben! ...

Wir danken jenem Teil der Massenmedien und Kommentatoren, die uns positiv und kritisch begegnen. Die aber ständig auf der Jagd nach Gründen der Diffamierung sind, helfen nicht, Wunden zu heilen. Sie tragen vielmehr die Verantwortung für neues Mißverstehen und neue Verketzerung. ...

Wer die Heimat verloren hat, die formende und gewohnte Umgebung, Wege, Jugenderlebnisse, die Formung durch Landschaft, Familie und Nachbarn, gesellschaftliche Bindungen, Habe und Besitz, wer erlebt hat das Herausgerissensein aus Landschaft und Erlebnissen, die das Wachstum und das Leben geprägt haben, der weiß, was Heimat bedeutet. Es ist hier so wie mit vielen Selbstverständlichkeiten. Erst der Kranke zum Beispiel weiß um den Wert der Gesundheit. Auch Gefühle und Bindungen prägen den Menschen; wenn sie eingeordnet sind in

die Kräfte der Person, sind sie in dieser Einordnung nichts Schlechtes. Wir schämen uns dieser Empfindungen und Gefühle nicht.

Keine Organisation kann so viele Menschen zusammenführen wie wir auf unseren Treffen. Bei Kritik an Überbetonungen darf man das Schicksal der Betroffenen nicht übersehen. Mit großer Entschiedenheit wehren wir uns gegen das hämische Abwerten der Gefühle und Meinungen, vor allem auch älterer Menschen. Auch sie sind vollwertige Glieder unserer Gesellschaft und haben Anspruch auf Achtung ihrer Empfindungen. Wir sind deshalb nicht bereit, sie verspotten und beiseitedrängen zu lassen. ...

Mit gleicher Leidenschaft ringen wir aber auch um die Meinung der Jugend. Sie ist nicht durch gefühlsmäßige Erlebnisse aus unserer Heimat geformt. Viele wissen aber mehr um das Land der Väter als die Nachkommen von Eltern, die in anderen geschichtlichen Räumen lebten. ...

Insbesondere in den noch in unserer Zeit gesellschaftsformenden Gesinnungsgemeinschaften fragen viele junge Menschen im dritten Lebensjahrzehnt, wenn sie beruflich Fuß gefaßt haben, nach dem Woher und Wohin ihrer Eltern, aber auch ihres eigenen Weges. Auch im Zeitalter der Weltraumfahrt kann man aus der Geschichte nicht aussteigen. Aus der Tradition schreitet man vorwärts nach den Grenzen des Lebens, und die Tradition wirkt bei dem einen stärker, bei dem anderen schwächer, auch in die Gegenwart hinein. ...

... Aus diesen 800 Jahren der Geschichte kann man in 25 Jahren nicht aussteigen. Diese Mitwirkung an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltung schafft geistigen Besitz, auf den man bei gerechtem Erwerb ebenso ein Eigentumsrecht im Rahmen des Gemeinwohls hat wie auf einen materiellen Besitz, den man weiterreichen kann an Erben, als Besitz und Aufgabe der Mitgestaltung. ... Die Lücken, die das Grauen der Kriegs- und Nachkriegszeit gerissen hat, sind nicht geschlossen. ...

Zur Pflege des Heimatbewußtseins gehören das Bekenntnis und die Verteidigung des Rechts auf die Heimat. Wir wehren uns leidenschaftlich dagegen, aus der Vertriebenen-Organisation Vereinigungen musealer Art, Vereine zur Pflege der Vergangenheit zu machen.

Wenn wir für das Recht auf die Heimat eintreten, sind wir keine Romantiker. ... Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 1948 ist aus der Erfahrung der bitteren Leiden von Millionen von Menschen und nicht aus romantischen Illusionen heraus verfaßt worden. ... Nach Artikel 9 darf niemand seines Landes und seiner Heimat willkürlich verwiesen werden. ...

Wir wissen, daß um die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit mit friedlichen Mitteln gerungen werden muß. ...

Wir sind nicht die ewig Gestrigen. Gerade deshalb sind wir der Meinung, daß man nicht mit Formeln, mit Papieren, mit der Verschleierung von Unrecht und Gegensätzen einen dauerhaften Frieden schaffen kann.

... Das Grauen der Vergangenheit muß uns alle geläutert haben. Man kann nicht nur von Verbrechen der Deutschen sprechen und über die Verbrechen an Deutschen eine Verschwörung des Schweigens breiten. Wir werden unsere Rechte und die Freiheit der Deutschen wie der Europäer mit allen legalen politischen Mitteln verteidigen und für die Wahrung des Grundgesetzes wie des Völkerrechts alle legalen Mittel ausschöpfen.

... Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, auch dann, wenn man uns darum diffamiert oder zu unterdrücken versucht, werden wir einzeln und soweit es geht in Gemeinschaft, nicht aufgeben, im Dienste für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer einzustehen ...<<

Das chinesische Parteiorgan "Jen Min Jih Pao" berichtete am 13. September 1970 über den "Moskauer Vertrag" (x299/159): >>Wenn man die objektiven Tatsachen aus dem Text herausanalysiert, wird man klar erkennen, daß dieser Vertrag einen ungeheuren Verrat an den

Interessen der Völker Deutschlands, der Sowjetunion und Europas durch die sowjet-revisionistische Führungselite darstellt.

Es ist ein ungeheurer Schwindel, der den aggressiven Charakter des sowjet-revisionistischen Sozialimperialismus und des westdeutschen Militarismus mit dem Mantel des Friedens verhüllen soll. ...<<

Der Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen verurteilte am 4. Oktober 1970 die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung (x155/209-210): >>... Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und die Angebote an Ost-Berlin und Warschau sind Ausdruck einer Deutschlandpolitik, die sich mit der Feststellung von "Realitäten" begnügt, anstatt sie mit friedlichen Mitteln zu verändern, die damit die Massenvertreibungen, die Annexionen deutschen Staatsgebietes, die Teilung Deutschlands, die Mauer in Berlin und die Unfreiheit in Mitteldeutschland legalisiert, die das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zwar für unverzichtbar erklärt, trotzdem aber, und ohne Befragung der betroffenen Menschen, die Demarkationslinien an Elbe-Werra, Oder-Neiße und quer durch Ostpreußen zu Staatsgrenzen erhebt, Deutschland also auf die Bundesrepublik beschränken und etwa die Hälfte seines Gebietes – mit den deutschen Bürgern dort – zum Ausland machen will, ...

die Entspannung und Frieden dadurch verheißt, daß die eigenen Rechte Deutschlands und seiner Bürger als bloßer "Formelkram" begriffen werden, ihre Preisgabe aber durch formellem völkerrechtlichen Vertrag bestätigt ...

Recht und Freiheit, Sicherheit und Frieden sind für Deutschland gefährdet, wenn sich nicht jeder Deutsche zur Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes bekennt. Wer Vorteile zu gewinnen glaubt, indem er die Rechte seiner Mitbürger aufgibt, opfert Menschenwürde, Selbstbestimmung, freiheitliche Ordnung und die Einheit der Nation.

Der Weg nach Europa zu einer Friedensordnung und zu internationalem Vertrauen führt nur über Selbstachtung und Standfestigkeit, nicht jedoch über die Preisgabe menschlicher und staatlicher Rechte. ...<<

Bundesaußenminister Walter Scheel erklärte am 5. November 1970 in Warschau (x028/169): >>Die Bundesregierung kann nur die Bundesrepublik Deutschland verpflichten. Ihrem Handeln sind rechtliche Grenzen gesetzt. Es gibt keinen Friedensvertrag, und so lange es keinen Friedensvertrag gibt, können die Rechte der Vier Mächte durch bilaterale Verträge nicht berührt werden.

Unser polnischer Partner weiß, daß wir einen gesamtdeutschen Souverän nicht präjudizieren können. ...<<

Das BdV-Präsidium warnte am 6. November 1970 die SPD/FDP-Regierung vor den Folgen des deutsch-polnischen Vertrages (x155/212-213): >>... 3. In zahlreichen offiziellen Erklärungen und Dokumenten hat die Volksrepublik Polen festgestellt, daß die Entfernung der deutschen Bevölkerung aus ihren Wohnsitzen, also praktisch die Massendepotierung der Deutschen, untrennbare Voraussetzung und Bestandteil der Gebietsänderung ist.

... Durch die Hinnahme der Folgen der völkerrechtlich verbotenen Zwangsaussiedlung droht eine Minderung und Behinderung der Menschenrechte der Vertriebenen - als einzelner und als Person in der Gemeinschaft - einzutreten ...

4. Das Bundesministerium des Innern als das für Verfassungs- und Staatsangehörigkeitsfragen zuständige Ministerium hat in seinem Gutachten für das Auswärtige Amt festgehalten, daß die Deutschen in den unter fremder Gewalt stehenden deutschen Ostgebieten deutsche Staatsangehörige sind. Bei den Verhandlungen in Warschau darf dieser Rechtsstandpunkt nicht aufgegeben und es dürfen keine Erklärungen abgegeben werden, die dazu führen könnten, daß diesen Deutschen ihre Staatsangehörigkeit entzogen wird. ...

5. Offenbar soll die Auffassung aller früheren Bundesregierungen und der Sprecher der Opposition im Bundestag aus den Jahren 1950 bis 1969 aufgegeben werden, wonach die Bundesre-

publik Deutschland kein Mandat hat oder beanspruchen soll, verbindliche Feststellungen über die Westgrenze Polens und somit über die Ostgrenze Deutschlands zu treffen. ...<<

Kardinal Döpfner erklärte am 13. November 1970 auf der Jahresversammlung der Deutschen Sektion von Pax Christi in Würzburg (x064/11): >>... An die erste Stelle der Friedensaufgaben der katholischen Kirche der Bundesrepublik gehört zweifellos, und zwar auf viele Jahre hinaus, die Verständigung und Versöhnung mit Polen. Wie immer man zu dem Vertrag stehen mag, über den gegenwärtig verhandelt wird, - diese Aufgabe ist und bleibt gestellt.<<

Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphierten am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag (x064/71): >>Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen. ...

In dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind, sind (wir) wie folgt übereingekommen:

Artikel I

I. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. ...<<

Die Landsmannschaft Schlesien berichtete am 19. November 1970 über die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/214-215): >>1. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens von 1950 durch die Paraphierung des Warschauer Vertrages durch den Bundesaußenminister Walter Scheel wird auf Ostpreußen, den Osten Pommerns und Brandenburgs und auf ganz Schlesien zugunsten des polnischen Nationalismus und des kommunistischen Imperialismus verzichtet.

2. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens wird von der Bundesregierung ein zwischen 2 kommunistischen Gewaltssystemen abgeschlossenes Grenzabkommen nachvollzogen, die Oder-Neiße-Linie als Deutschlands Ostgrenze anerkannt und die Heimat von 9 Millionen Deutschen preisgegeben.

3. Zum Görlitzer Abkommen erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Reichstagspräsident Paul Löbe im Namen von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat am 13. Juni 1950: "Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben."

Dieses Wort hat nichts in seiner Geltung auch für heute verloren.

4. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens in Warschau ist nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, das sind 104.000 qkm und nahezu ein viertel Deutschlands in den Grenzen von Weimar, zum Ausland erklärt worden, sondern Deutschland in den Grenzen von 1937 hat, entgegen den Protokollen von London und Berlin und entgegen dem Grundgesetz als Rechts- und Geschäftsgrundlage, für die deutsche und internationale Politik aufgehört zu existieren.

5. Wenn nachträglich der Eindruck erweckt werden soll, als sei eine erleichterte Prozedur in der Aussiedlung der ausreisewilligen Deutschen der Gewinn, so heißt das: Die entgegen allen Bestimmungen des Internationalen Roten Kreuzes verweigerte Menschlichkeit läßt sich die polnische Regierung durch die Erfüllung härtester politischer Forderungen abkaufen. Für die scheinbar gewährte und jederzeit widerrufbare Menschlichkeit, die sich von selbst verstehen sollte, wird mit Gleiwitz und Breslau, Stettin und Allenstein, das heißt mit über 700

Jahren deutscher Geschichte bezahlt.

6. Das Görlitzer Abkommen von Warschau ist ein Vorfriedensvertrag und widerspricht dem Grundgesetz und dem Deutschlandvertrag. Die Bundesregierung hat kein Mandat die gewaltsame Teilung Deutschlands aus freien Stücken nachzuvollziehen und eine gesamtdeutsche Regierung heute und künftig zu verpflichten.

7. Das Görlitzer Abkommen von Warschau sanktioniert Vertreibung und Annexion, denn nur Vertreibung und Annexion schufen die Oder-Neiße-Linie, die jetzt Grenze heißen soll. ...<<
Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) schrieb später in einer Stellungnahme zum Warschauer Vertrag (x067/147): >>... Aber es kann uns auch niemand bestreiten, daß wir als Deutsche, wenn von Deutschland die Rede ist, von Deutschland in den Grenzen von 1937 ausgehen, zumal selbst die Siegermächte dieses Deutschland ihren Verhandlungen und Absprachen – auch in Potsdam 1945 – zugrundegelegt haben. ...

Das Bekenntnis zur Nation, zu seiner Geschichte und seiner Zukunft ist in keinem anderen Volk umstritten, nur bei uns ist mancher schnell mit dem Vorwurf des Nationalismus zur Stelle, wenn auch für das deutsche Volk das Streben nach der Wiederherstellung der Nation als Inhalt der Politik postuliert wird.

Niemand braucht heute vor uns Deutschen Angst zu haben, als strebten wir nach fremdem Territorium, als spielten wir mit der Möglichkeit der Gewalt.

Aber man soll von uns auch nicht verlangen, daß wir die Kriegsbeute der Gegenseite, nur weil der Zweite Weltkrieg durch Hitler (wenn auch nicht von ihm allein) entfesselt worden ist und wir ihn als deutsches Volk verloren haben, mit dem Stempel der Legalität ausstatten müßten.<<

Bundeskanzler Brandt erläuterte am 20. November 1970 den deutsch-polnischen Vertrag (x064/75-76): >>... Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ist ein beide Völker bewegendes Dokument. Er soll ein dunkles Kapitel der europäischen Geschichte abschließen. Es soll ein neues Kapitel einleiten. Die Zeit ist gekommen für den Schlußstrich und für den Neubeginn.

... Das polnische Volk hat Unsagbares erliden müssen. ... Jetzt geht es um die friedliche Zukunft zwischen den beiden Ländern und Völkern.

Wer seine Angehörigen verloren hat, wem seine Heimat genommen wurde, der wird nur schwer vergessen können. ...

Trotzdem muß ich gerade in dieser Stunde die heimatvertriebenen Landsleute bitten, nicht mit Bitterkeit zu verharren, sondern den Blick in die Zukunft zu richten. ...

Die Geschichte allein kann erweisen, ob dies, wie wir hoffen, der Beginn der eigentlichen Aussöhnung sein wird ...

Der Vertrag bedeutet selbstverständlich nicht, daß Unrecht nachträglich legitimiert wird. Er bedeutet also auch keine Rechtfertigung der Vertreibung. ...<<

Das BdV-Präsidium lehnte am 20. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages ab (x155/216-217): >>... Wir widersprechen heute und künftig der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.

Mit allen demokratischen Mitteln muß erreicht werden, daß den ungerechten und grundgesetzwidrigen Verträgen im Bundestag und Bundesrat die Zustimmung versagt wird. ...

Wir bestreiten der Bundesrepublik Deutschland das Mandat, vor frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen Demarkationslinien in Deutschland in "bestehende Grenzen" vertraglich umzuwandeln. Der freie Teil Deutschlands muß die Selbstbestimmung unseres Staatsvolkes und unserer Nachbarn für eine freie Vereinbarung offenhalten.

Die Bundesregierung ist nicht legitimiert, die Bundesrepublik Deutschland auf die Abtretung eines Viertels von Deutschland und die Teilung Restdeutschlands für heute und künftig vertraglich festzulegen. Die Bundesregierung darf Deutschland nicht in eine gegenüber 1945 ver-

schlechterte Position bringen und einen ins Nichts geworfenen Verzicht auf unsere Heimat aussprechen.

Die Abtretung von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, Oberschlesien und Teilen Brandenburgs an Polen steht im Gegensatz zum Grundgesetz, zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und zum Deutschlandvertrag.

Polen verknüpft die Forderung nach Gebietsabtretungen mit der Forderung nach Fortdauer der Folgen der Massenvertreibung. Die Bundesregierung hat ihren Vorbehalt dagegen nicht in völkerrechtlich gültiger Form verankert und nicht in dieser Form die Hinnahme des Unrechts der Massenvertreibung und des Faustrechts als Mittel der Politik abgelehnt. ...

Wir wissen um die furchtbaren Opfer des polnischen Volkes; wir dürfen aber auch das Unrecht, das Millionen unschuldiger Deutscher traf, nicht verschweigen. ...<<

Die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg verurteilte am 22. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/218): >>... Die Vertreibung von Millionen Menschen und die Annexion eines Viertels des deutschen Bodens werden nicht nur von deutscher Seite juristisch legitimiert, sondern - was schwerer wiegt - Vertreibung und Annexion werden im Gegensatz zu allen geltenden Grundsätzen des Völkerrechts für die Zukunft als Mittel der Politik politisch und historisch gerechtfertigt. ...<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) schrieb am 27. November 1970 in einem Telegramm an Bundesaußenminister Walter Scheel (x155/220): >>... Sie, Herr Bundesaußenminister, wollen sich mit der Begrenzung der Freizügigkeit in den seit Potsdam von Polen verwalteten Gebieten auf wenige Zehntausende Deutsche abfinden und zugunsten eines kurzlebigen politischen Scheinerfolgs die Menschenrechte von anderen Hunderttausenden preisgeben. ...

Sie sind glücklich darüber, daß Sie einen in Nichts geworfenen Verzicht auf über 100.000 qkm deutschen Gebietes aussprechen können und daß Sie der sowjetischen Nachkriegskonzeption von 1945 sowie ihrer Durchsetzung durch das Faustrecht der Massenvertreibung nun nach 25 Jahren die politische Zustimmung der Deutschen zu verschaffen versuchen.

Ihre Pflicht wäre es, die Menschenrechte in den deutschen Ostgebieten, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, die Rechte Deutschlands und der Deutschen, wie es das Grundgesetz vorschreibt, zu wahren.

Der von Ihnen paraphierte Vertrag darf keine Zustimmung des Parlaments erhalten. ...<<

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wurde anerkannt.

Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto "ging damals um die Welt".



Abb. 84 (x101/81): Ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall Bundeskanzler Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970.

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Die Verträge von Moskau und Warschau leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Artikel I des Warschauer Vertrages lautete wie folgt (x024/269): >>... Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Artikel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.

2. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

3. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.<<

Bei der polnischen Volkszählung vom 8. Dezember 1970 wurden in den Oder-Neiße-Gebieten etwa 680.000 Deutsche erfaßt, die dort seit über 25 Jahren lebten (x077/35).

Kardinal Döpfner, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, erklärte am 22. Dezember 1970 (x064/11,13): >>... Die Bevölkerung in der Bundesrepublik wünscht in ihrer Gesamtheit die Aussöhnung mit dem polnischen Volk und ist bereit, dafür Opfer zu bringen. ... Die Aussöhnung zwischen den Völkern ist nicht Aufgabe der Politiker allein, sondern auch

vor allem des Einzelnen und der Gruppen in jedem Volk. ...

Wir danken den polnischen Bischöfen heute noch einmal dafür, daß sie uns während des 2. Vatikanischen Konzils ihre Hände zum Zeichen der Vergebung entgegengestreckt haben. ...<< >>... Wir glauben nicht an einen Gott, der verhärtete Fronten und Strukturen garantiert, sondern an den Gott, der Neues schafft und uns helfen will, miteinander einen neuen Anfang zu setzen.<<

Ulrike Meinhof (1934-1976, Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion") bekannte sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Jede politische Arbeit (ist) einfach perspektivlos und (kann) über einige Reformen nicht hinauskommen, kann also genau das nicht erreichen, was notwendig ist, zu erreichen, wenn nicht die Form der Ausbeutung und die Form der Unterdrückung nur verändert werden sollen; man (kann) das überhaupt nicht erreichen, wenn man nicht gleichzeitig mit der Organisierung des Proletariats, mit der Arbeit in den Betrieben und den Stadtteilen auch die Bewaffnung betreibt, das heißt, die Möglichkeiten schafft, die Auseinandersetzung durchzustehen. ...

... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<

Der deutsche Soziologe Prof. Wilfried Schlau (1917-2010) berichtete im Jahre 1970 über die Lage der deutschen Vertriebenen (x024/292-293): >>Faßt man die Ergebnisse ... über die Lage der Vertriebenen zusammen, so dürfte deutlich geworden sein, warum sich die Flüchtlinge und vor allem die Vertriebenen 25 Jahre nach ihrer Flucht und (der) oft unter grauenhaften Umständen erfolgten Vertreibung trotz ihrer seither erbrachten unstreitbar großen Leistungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens nicht – wie in Finnland mit seiner Solidarität "aller Karelier" – der besonderen Fürsorge und Zuneigung der heimatverbliebenen Bevölkerung erfreuen.

Im Gegenteil: Sie sind, trotz der "Charta der Vertriebenen" und obgleich sie in diesen 25 Jahren niemals auch nur versucht haben, Gewaltmaßnahmen irgendwelcher Art zu empfehlen oder sogar anzuwenden, gehaßt ebenso bei ihren Vertreibern in den westlichen Demokratien wie in den östlichen Volksdemokratien und beneidet, gefürchtet, ja nur zu oft gehaßt bei den wirtschaftlich und politisch maßgebenden Schichten und Gruppen in der Bundesrepublik, deren "Prügelknaben" ... sie in so unerwarteter Weise sie geworden sind.

An dieser Animosität aber dürfte sich auch in Zukunft nichts ändern, solange die Vertriebenen und Flüchtlinge

1. einen wirklichen Lastenausgleich verlangen und damit und damit auf der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit beharren,
2. das Heimatrecht als grundlegendes Menschenrecht nicht fallen lassen und den Anspruch auf Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes als des Grundrechtes der Demokratie schlechthin nicht aufgeben,
3. an ihrem gesamtdeutschen Bewußtsein festhalten und auf der Verwirklichung der in der Präambel des Grundgesetzes verankerten gesamtdeutschen Zielsetzung bestehen und
4. durch ihren sozialen Wiederaufstieg aus eigener Kraft und Leistung und ihr Bemühen, als "soziales Gewissen" einer wirklich demokratischen, offenen und freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung den Weg zu ebnet, die Machtpositionen der in der Bundesrepublik wirtschaftlich und politisch herrschenden Gruppen und Schichten gefährden. ...<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.

Im Jahre 1970 berichtete man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen

aus Ost-Mitteleuropa (x058/148): >>Durch die Beschlüsse von Potsdam wurden 11,5 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben.

Die Alliierten stimmten damit Maßnahmen zu, die unsägliches Elend über die deutsche Bevölkerung brachten. Tausende waren bereits bei der Flucht vor der Roten Armee im eisigen Winter auf den Landstraßen umgekommen, in der Ostsee ertrunken oder von der vorrückenden Roten Armee umgebracht worden.

Ein erbarmungsloses Strafgericht traf die in den Ostprovinzen verbliebenen Menschen. Hilfesuche deutscher Antifaschisten fanden bei den Siegern kaum Gehör. ...<<

Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtete 1970 in seinem Buch "Between Two Ages" (x363/8): >>"Die technotronische Ära wird eine schrittweise in Erscheinung tretende, stärker kontrollierte Gesellschaft mit sich bringen. Eine solche Gesellschaft würde dominiert von einer Elite, unbehindert von traditionellen Werten."<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Zbigniew Brzezinski und die US-Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern (x364/221-225): >>**XII. Siegen die Illuminaten?**

Kurz nach Jimmy Carters Inauguration und Zbigniew Brzezinskis Ernennung zum Direktor des Nationalen Sicherheitswesens veröffentlichte die Trilaterale Kommission den Bericht "Mitarbeit mit den kommunistischen Ländern zur Lösung globaler Probleme". Der 1977 erschienene Bericht stellte fest:

"Diese Schrift wurde veranlaßt von dem Bestreben, jede Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern bei der Behandlung gewisser internationaler Probleme auszunutzen. Im Rahmen dieser von uns gesuchten Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist es unser Hauptziel, die Weltprobleme wirkungsvoller in Angriff zu nehmen. Eine Mitarbeit der Kommunisten könnte bei der Behandlung dieser Probleme von Nutzen sein."

Seit 1953, als Experte für sowjetische Angelegenheiten am Forschungsinstitut für internationale Veränderung, Columbia School, Washington D.C., sowie in Harvard tätig, schrieb Brzezinski ein 1970 als Paperback erschienenes Buch mit dem Titel "Between two Ages", das uns einen Vorgeschmack auf das gab, was uns und unseren Kindern an Niedertracht geboten werden wird.

Engstirnigkeit infolge Unaufgeklärtheit

Die offizielle trilaterale Veröffentlichung befaßte sich mit der "Trilateral-Kommunistischen Zusammenarbeit in neun globalen Problembereichen", den Ozeanen und dem Weltall, der trilateral-kommunistischen Zusammenarbeit im Bereich der Wetter-Änderungen und der Erdbeben-Kontrolle, Zunahme, des Sowjet-Handels mit dem Westen - besonders was technologische und strategische Güter betrifft.

Ein in Brzezinskis Buch "Zwischen zwei Weltaltern" enthaltenes Zitat lautet: "Die Technologie wird den Führern der größeren Nationen eine Auswahl von technischen Verfahren zur Durchführung geheimer Kriege zur Verfügung stellen, von denen nur ein sehr kleiner Teil der Sicherheitskräfte unterrichtet zu werden braucht. Technische Verfahren zur Änderung des Wetters könnten benutzt werden, um lang andauernde Dürre - beziehungsweise Unwetterperioden mit dem Ziel auszulösen, die Widerstandskraft einer Nation zu schwächen und sie zu zwingen, die Forderungen des Gegners anzunehmen."

Das Buch von Brzezinski wird als die Bibel der Trilateralen bezeichnet. Bei der Darlegung, warum die Welt "ein neues Gewebe internationaler Beziehungen weben" muß (Pseudonym für eine Neue Weltordnung), behauptet Brzezinski, daß die Menschheit große Entwicklungsphasen durchgemacht hat und wir uns heute mitten in der vierten und letzten Phase befinden. Nach Brzezinskis Bewertung der Geschichte hat sich die erste, sehr primitive "Phase" um Religion gedreht und dafür gesorgt, daß "die Idee angenommen wurde, das Schicksal des Men-

schen liege im wesentlichen nur in der Hand Gottes".

Eine solche Vorstellung ist für einen derartig großen und "illuminierten" Verstand, wie ihn der eingewanderte Pole sein eigen nennt, vollkommen unakzeptabel, da sie eine "Engstirnigkeit infolge massiver Unaufgeklärtheit, Analphabetentum und eine auf die unmittelbare Umwelt beschränkte Sicht" bezeugt.

Bruder Zbig und der Marxismus

Er erzählt uns, daß die zweite Phase, die der Mensch auf dem Weg zur wahren Erleuchtung durchgehen mußte, der Nationalismus gewesen ist, "der ein weiterer gigantischer Schritt in der fortschreitenden Neudefinition vom Wesen des Menschen und seinem Platz in der Welt war".

Die dritte Phase sei der Marxismus, der "eine weitere entscheidende und kreative Phase der Ausreifung des menschlichen Universalbildes darstellt. Gleichzeitig bedeutet der Marxismus einen Sieg des äußeren, aktiven Menschen über den inneren, passiven Menschen und einen Sieg des Denkens über den Glauben: er betont die Möglichkeit des Menschen, sein materielles Schicksal zu formen, und dies hat dazu gedient, das Denken anzuregen und menschliche Energie zweckgerichtet zu mobilisieren."

Einige Seiten später verlangt "Bruder Zbig", daß wir ihm glauben sollen, daß "der Marxismus, der in dem von den Bemühungen der industriellen und nationalistischen Revolutionären hervorgebrachten sozialen Umbruch geboren wurde, ein einmaliges intellektuelles Instrument war, um die grundlegenden Kräfte unserer Zeit zu verstehen und zu harmonisieren, er hat die Fahne der Internationalen aufgezogen".

Hinsichtlich der "Rivalität" zwischen Rußland und Amerika findet Brzezinski anscheinend an dem russischen Standpunkt nichts auszusetzen, daß "das letztendliche Ergebnis des Wettkampfes, aufgrund der historischen Überlegenheit des kommunistischen Systems, schon im vornhinein feststeht".

Die vierte und abschließende Phase wird von Brzezinski als die "Technotronische Ära" bezeichnet - beziehungsweise das "Ideal des vernünftigen Humanitarismus auf weltweiter Ebene". Laut "Websters New Collegiate Dictionary" bedeutet Humanitarismus "den Grundsatz, der das göttliche Wesen von Jesus Christus verneint. Die Doktrin, daß die Verpflichtungen des Menschen auf den Menschen und die menschlichen Beziehungen beschränkt sind und ausschließlich von ihm ausgehen.

Die Doktrin, daß sich das Wesen des Menschen allein durch eigene Anstrengungen, ohne Gottes Gnade vervollkommen läßt." Dies ist die Quintessenz des Illuminatentums - das Dogma, daß es eine Elite gibt, die ganz allein dazu berechtigt ist, die Angelegenheit der Menschheit zu bestimmen.

Eine Elite kontrolliert und steuert

Es ist offenbar, daß Brzezinski ein einsatzfreudiger Verfechter dieser Überlegungen ist. Seine bevorstehende "Technokratische Ära" steht "in unmittelbarem Zusammenhang mit den Auswirkungen der Technologie" und "bedingt das allmähliche Erscheinen einer Gesellschaft, die vermehrt kontrolliert und gesteuert wird.

Eine solche Gesellschaft dürfte von einer Elite beherrscht werden, ungehindert von traditionellen Werten. Diese Elite dürfte nicht zögern, ihre politischen Ziele unter Einsatz der allermodernsten Techniken zu verwirklichen, mit denen sich das Volksverhalten beeinflussen läßt und die Gesellschaft genauestens überwacht und kontrolliert werden kann."

In der Januar-Ausgabe von 1968 des "'Encounter" führt Brzezinski zu demselben Thema aus: "Die Wissenschaftler sind zuversichtlich, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts der Computer genausogut denken kann wie der Mensch und in der Lage sein wird, "kreative" Gedanken zu haben; angeschlossen an Roboter oder "Retortenmenschen" könnten sie wie Menschen handeln."

"Gleichzeitig werden die Möglichkeiten zur sozialen und politischen Kontrolle über das Indi-

viduum ungeheuerlich zunehmen. Wie ich bereits gesagt habe, es wird möglich sein, eine fast permanente Überwachung über jeden einzelnen Bürger auszuüben und eine aktuelle vollständige Datenkartei zu führen, die selbst höchst private Angaben über die Gesundheit oder das persönliche Verhalten des Bürgers enthält, und zwar neben all den üblichen Daten. Diese Datenbanken werden dem sofortigen Zugriff der Behörden unterliegen."

In "The Freeman Digest" erklärte George W. Franklin, Koordinator der Trilateralen Kommission, daß "bestimmte weise Männer" (zweifelloos Illuminierte) "eingesetzt würden, um darüber zu entscheiden, was getan werden muß"!

Brzezinski erklärt: "Die Realität unserer Zeit ist die, daß eine moderne Gesellschaft wie die U.S., ein zentrales Organ zur Koordinierung und Umstrukturierung braucht, das nicht aus 600 Leuten bestehen kann."

Wie hat sich Brzezinski vorgestellt, daß die amerikanische Nation und die Welt seine elitäre "Neue Weltordnung" annehmen soll? Dazu erläutert er: "Spannung ist unvermeidlich, wenn der Mensch versucht, das Neue in das Rahmenwerk des Alten zu integrieren. Eine Zeitlang wird der vorhandene Rahmen flexibel genug sein, um das Neue zu integrieren, und zwar indem er es in einer vertrauteren Form anpaßt. Aber irgendwann einmal wird der alte Rahmen überlastet sein. Die neue Menge an Schwierigkeiten läßt sich nicht mehr in traditionelle Formen umfunktionieren und macht sich schließlich mit zwingender Gewalt geltend.

Heute schon ist der alte Rahmen der internationalen Politik mit ihren Einflußbereichen, Militärbündnissen zwischen Nationenstaaten, der Fiktion von Souveränität, den doktrinären Konflikten aus den Krisen des 19. Jahrhunderts - ganz eindeutig nicht mehr mit der Realität zu vereinbaren."

Bruder Zbig und die Banker

Man sollte nicht übersehen, daß Brzezinski während seiner Zeit als Leiter des Forschungsinstitutes für Kommunistische Angelegenheiten an der Columbia Universität ebenfalls als "außenpolitischer Berater" und Vertrauter von David Rockefeller tätig war, Es ist offensichtlich, daß der mächtigste Mann in den Vereinigten Staaten, für den angeblich das Amt des Präsidenten eine Rückstufung darstellen würde, an der anti-amerikanischen Philosophie des polnischen Immigranten einen höchst persönlichen Gefallen fand.

Im Jahre 1972 schlug Rockefeller in einer Rede vor dem internationalen Finanzpublikum der Chase Manhattan Bank in London, Brüssel und Paris die Gründung einer Internationalen Kommission für Frieden und Wohlstand vor (die später Trilaterale Kommission genannt wurde), die "dafür sorgen sollte, daß die klügsten Köpfe sich mit den Problemen der Zukunft befassen".

Zum Schluß seiner Ausführungen sagte er: "Die Angehörigen dieser neuen Generation werden sich sehr viel leichter als ihre Vorfahren über nationale und sprachliche Grenzen hinwegsetzen. Sie werden ein Maß an wirtschaftlicher Integration für selbstverständlich halten und jenen Widerstand leisten, die sich in die Getrenntheit zurückziehen möchten."

"Ich bin sicher, daß, wenn die neuen Männer und Frauen an die Macht in Regierung und Industrie, in den Universitäten und den Gewerkschaften kommen, wir es leichter haben werden, als es zur Zeit aussieht, eine Interessengemeinschaft zu errichten."

Der Multi-Milliardär David Rockefeller hat Brzezinski zu seinem Strohhalm gewählt, der dann seine elitäre Trilaterale Kommission gegründet hat. Von dem Rechercheur Craig S. Karpel erfahren wir, daß "Brzezinski im Juli 1973 die Columbia Universität verließ, um Präsident der Trilateralen Kommission zu werden.

Er hatte den Auftrag, 200 Mitglieder auszuwählen, die das nächstbeste zu einem Weltvorstand darstellen würden. Brzezinski suchte nicht nur die einflußreichsten Männer der multinationalen Großkonzerne aus, sondern er hat die Organisation auch mit Individuen durchgesetzt, die für den Plan unerlässlich waren, um die Kandidaten der Kommission wie Carter und Mondale in

hohe Regierungsämter zu bringen.

Um sich die Unterstützung der Massenmedien zu sichern, hat er den Chefredakteur der "Chicago Sun-Times", den Chefherausgeber der "Times", den Präsidenten der Columbia Broadcasting System und Direktoren der "Los Angeles Times", der "New York Times" und des "Wall Street Journal" mit aufgenommen. ...<<

US-Präsident Richard Nixon berichtete im Jahre 1970 über die nordamerikanisch-europäischen Beziehungen (x148/217): >>... Heute bringt Europa mehr eigene Lebenskraft auf. Überwiegender amerikanischer Einfluß, der eine natürliche Folge der Nachkriegsverhältnisse war, wäre heute verfehlt. Denn Nationen, die keinen Anteil an der Verantwortung für die lebenswichtigen Entscheidungen hinsichtlich ihrer eigenen Verteidigung und Außenpolitik haben, können weder ihre Selbstachtung noch ihre Selbstsicherheit wahren.

Amerikas Interesse liegt in einem ausgewogeneren Verhältnis und in einer echteren Partnerschaft. Mit dem Fortschreiten dieses Prozesses muß die Verteilung der Lasten und Verantwortlichkeiten schrittweise so angepaßt werden, daß sie die wirtschaftlichen und politischen Realitäten des europäischen Fortschritts widerspiegeln. Unseren Verbündeten wird im Bündnis und in seinen Entscheidungen eine Stimme zustehen, die ihrer wachsenden Macht und ihren wachsenden Beiträgen entspricht.

Wenn wir jetzt von Vorherrschaft zu Partnerschaft übergehen, dann ist es möglich, daß manche das als einen Schritt im Sinne eines Disengagements betrachten. Im dritten Jahrzehnt unserer Verpflichtungen gegenüber Europa ist jedoch die Intensität unserer Beziehungen einfach eine Gegebenheit. Wir können uns von Europa ebensowenig lösen wie von Alaska.

Wir sind uns bewußt, daß Amerikas Beitrag in bestimmten Bereichen weiterhin einzigartig sein wird, so zum Beispiel bei der Aufrechterhaltung einer nuklearen Abschreckung und eines Ausmaßes an Engagement, das ausreicht, um die mächtige militärische Position der UdSSR in Osteuropa auszugleichen.

Wir haben jedoch nicht den Wunsch, in Europa eine solche Position einzunehmen, daß die europäischen Angelegenheiten nicht mehr von den souveränen Staaten erledigt werden, die für sie verantwortlich sind. ...<<

Ein US-Wissenschaftler schrieb im Jahre 1970 über die nordamerikanische Wirtschaftsmacht (x243/111): >>... Amerikas wachsende Vorherrschaft auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Technologie stellt eine völlig neue Form des Imperialismus dar. ...

Diese friedliche Invasion ist weltweit; ihre politischen Auswirkungen werden aber wohl in Westeuropa am stärksten sein, in der alten Welt, deren überholte gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen langsam zerbröckeln und gleichzeitig unter dem Einfluß amerikanischer Management-Methoden und amerikanischen technologischen Könnens wiederaufgebaut werden.

Das alte Gesicht Europas wird derzeit "geliftet", aber wenn ... das neue Gesicht zum Vorschein kommt, dann ist es kein europäisches Gesicht mehr, sondern ein amerikanisches.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts ist europäisches Kapital nach Nordamerika geflossen, wie in alle anderen Kontinente auch – frisches Kapital, das zusammen mit Amerikas eigenem Kapital Eisenbahnen und Industrieanlagen gebaut und die Vereinigten Staaten entwickelt hat. Zwei Weltkriege haben die Richtung der Kapitalströme umgekehrt, und in den beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg hat sich eine gewaltige Flut an amerikanischem Kapital und industriellem "Know-how" ergossen, die den größten Teil der nichtkommunistischen Welt zu überschwemmen droht.<<

Ein Erdbeben in Yungay forderte im Jahre 1970 etwa 66.800 Todesopfer (x175/60).

Das BdV-Präsidium erinnerte am 13. Januar 1971 an den 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches vom 18.01.1871 (x155/222): >>Das Deutsche Reich ist derzeit politisch zwar nicht handlungsfähig, aber es besteht nach dem Grundgesetz und auch nach völkerrecht-

licher und unbestrittener internationaler Auffassung in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter. ...

Es ist Pflicht der Deutschen, insbesondere derer, die noch in Freiheit leben, Schaden von Deutschland zu wenden.

... Es war über Jahrhunderte der Wille der Deutschen, gemeinsam in Freiheit zu leben, und dies ist er auch heute. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das Deutsche Reich (x051/-121-122): >>Deutsches Reich, amtliche Bezeichnung des deutschen Staates 1871-1945, entstanden nach Ausrufung des preußischen Königs Wilhelm am 18.1.1871 in Versailles zum deutschen Kaiser und Verkündung einer Reichsverfassung am 16.4.1871 für einen konstitutionell monarchischen Bundesstaat.

Die Bezeichnung Deutsches Reich wurde auch in der Weimarer Verfassung vom 11.8.19 beibehalten, obwohl die namengebende Monarchie (Reich = König- oder Kaiserreich) abgeschafft wurde.

Die föderalistische Organisation wurde dagegen auch im nun demokratischen Deutschen Reich beibehalten und wie die Verfassung bis 1945 nie formell außer Kraft gesetzt. De facto bedeutete jedoch die nationalsozialistische Machtergreifung 1933/34 die Suspendierung sämtlicher Verfassungsgarantien durch Gleichschaltung in einem zentralistischen Einparteiensstaat. Deutsches Reich wurde identisch mit dem totalitären Führerstaat Hitlers und dehnte sich territorial zu einem Großdeutschen Reich aus. Es erlag im Zweiten Weltkrieg der sich dagegen bildenden gegnerischen Koalition und endete mit der bedingungslosen Kapitulation am 7./8.5.45.

Das formelle Ende des Deutschen Reiches kam nach Verhaftung der Regierung Dönitz (23.5.45) mit der Junideklaration vom 5.6.45. Während sich die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches betrachtet, sah es die DDR durch Bildung der beiden deutschen Staaten als endgültig erloschen an.<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über das Deutsche Reich (x287/181-183): >>... Während die völkerrechtliche Identität des Deutschen Reiches über die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs hinweg bis zu dessen Ende unzweifelhaft feststeht, entzündete sich die geschichts- und rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung daran, ob und wann das Reich untergegangen sei.

Wie Hans-Jörg Bücking betont, bedeutet die "Unconditional Surrender" noch keine politische Kapitulation Deutschlands als Ganzes; die militärischen Ereignisse tangierten die deutsche Staatlichkeit nicht. Auch die Verhaftung der "Regierung Dönitz" begründete noch nicht den Untergang des Deutschen Reiches; vielmehr bestand das Völkerrechtssubjekt trotz der militärischen Niederlage fort, da die alliierten Mächte in ihrer ... Erklärung vom 5. Juni 1945 anlässlich der Übernahme der "Supreme Authority" ("Obersten Bundesbehörde") eine Einverleibung Deutschlands von sich wiesen.

Die von den Alliierten in Anspruch genommene oberste Gewalt ist von ihnen auch niemals gemeinschaftlich an die später entstandene Bundesrepublik Deutschland zurückübertragen worden. Der zeitweise erhobene Alleinvertretungsanspruch kraft Hallstein-Doktrin war völkerrechtlich deshalb völkerrechtlich unhaltbar. Lediglich innerstaatlich, also nur staatsrechtlich, konnte die Bundesrepublik Deutschland, gestützt auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag, eine Teil-Identität der Bundesrepublik mit dem Staat "Deutsches Reich" behauptet werden, was logischerweise auch die Übernahme der Folgekosten nach sich zog, obwohl die Bundesrepublik nach ihrem Verfassungsverständnis nicht die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches war.

Die Kernstaatstheorie besagte lediglich, daß die deutsche Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland durch die verfassungsgebende Gewalt reorganisiert sei, während sich die DDR

als sich vom Reich trennender Teil selbständig organisiert habe. Doch war die Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland durch die westalliierten Vorbehalte im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 beschränkt worden.

Während sich alle vier Alliierten in Potsdam darauf geeinigt hatten, sich gesamthänderisch an Deutschland als Ganzem gebunden fühlen, hat weder die Sowjetunion nach der Funktionsunfähigkeit des Kontrollrates jemals formell ihren Rücktritt von der Verantwortung für das Deutschlandproblem erklärt und damit auf ihre Okkupationsrechte verzichtet, noch hat sie den ihr zu Disposition gestellten mittleren Teil Deutschlands mit der Souveränität des Deutschen Reiches begabt. Umgekehrt haben es auch die drei Westmächte stets abgelehnt, die Bundesregierung als eine de-jure-Regierung Gesamtdeutschlands anzuerkennen.

Mit dem Abschluß der Ostverträge nahm die Bundesrepublik Deutschland ohnehin Abschied von dem Identitätsverständnis, daß sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 repräsentiere. Mit ihrer Zweistaatentheorie war die DDR schon 1949 von der Identitätstheorie abgerückt. Der Dismembrationstheorie, die eine Zergliederung des Altstaates in zwei souveräne Neustaaten konstatiert, steht nicht nur der Friedensvertragsvorbehalt als Klammer zwischen den beiden deutschen Staaten gegenüber, sondern auch das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, das die Bundesrepublik Deutschland als Transitorium – bis zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches? – vorsieht.

Bleibt also nur die sogenannte Dachtheorie, derzufolge das Deutsche Reich als rechts-, aber nicht handlungsfähiges Dach über den beiden Teilstaaten bestehe, sich aber nicht mehr in den beiden Teilordnungen wiederfinde. Der darin aufbrechende Widerspruch zwischen Sollen und Sein könnte jedoch höchstens durch einen Friedenvertrag der vier ehemaligen Alliierten mit einem Gesamtdeutschland überbrückt werden. ...<<

Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erinnerte am 17. Januar 1971 in einer Fernsehansprache an den 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches (x056/241): >>Unsere Geschichte ist in vieler Hinsicht anders verlaufen als die unserer Nachbarn. Man hat uns eine "verspätete" Nation genannt. ...

Der Ruf nach Einheit erhob sich in den Befreiungskriegen gegen Napoleon, bei den unruhigen Studenten auf dem Wartburgfest 1817, in der großartigen Volksfeier 1832 auf dem Hambacher Schloß und sonderlich im ... Jahre 1848/49. Aber jedesmal wurde der Ruf von jenen Dutzenden von Fürstenstaaten erstickt, in die Deutschland zerrissen blieb.

Durften wir 1871 jubeln? ...

Bismarck als Schöpfer der Einheit mit Blut und Eisen – so wurde es gelehrt, ... richtig und falsch zugleich. Bismarck erzwang 1871 den kleindeutschen fürstlichen Bundesstaat unter Ausschluß auch der Deutschen in Österreich – das ist richtig. Aber Bismarck gehört nicht in die schwarz-rot-goldene Ahnenreihe derer, die mit der Einheit des Volkes zugleich demokratische Freiheit wollten.

Wer also die Linie von den Befreiungskriegen und der Wartburg über Hambach, Frankfurter Paulskirche und Rastatt als Endstation der Revolution von 1848/49 bis nach Sedan und Versailles zieht, verzerrt den Gang der Geschichte. ...

Von Einheit und Recht und Freiheit ... sang erst die Weimarer Republik. Im Kaiserreich, bis 1918, sang man auch "Heil Dir im Siegerkranz" ...

Die Reichgründung hatte die Verbindung von demokratischen und nationalem Wollen zerrissen ...<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärte am 27. Februar 1971 während der Eröffnungsrede einer BdV-Großveranstaltung in Bonn (x155/223-225): >>... 1971 soll wohl die parlamentarische Entscheidung über die Ostverträge fallen.

Die Gefahr für Deutschland liegt auf der Hand. Sie ergibt sich aus den Vertragstexten. Wir sollen uns vertraglich verpflichten, heute und künftig dafür einzustehen,

- daß mehr als ein Viertel Deutschlands Ausland ist und bleibt,
- daß Restdeutschland geteilt ist und geteilt bleibt,
- daß die freie Entscheidung unseres Volkes über Lebensformen und politische Struktur an der Elbe und Werra endet.

Jene, die künftig gegen die Anerkennung von Annexionen und Vertreibung sprechen, die für freie Selbstbestimmung, für das Recht auf die Heimat, für einen gerechten Ausgleich in territorialen Fragen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wirken, sollen in Zukunft den Angriffen aus der Welt der Unfreiheit mehr oder weniger ausgesetzt sein. Wir sollen uns neuen Interventionsansprüchen öffnen!

Kronzeugen für diese Gefahr sind frühere Aussagen der heutigen Fürsprecher dieser Verträge. Man braucht sich dabei gar nicht auf extreme Aussprüche von Wehner in den Jahren 1950 bis 1963 oder von Willy Brandt zum 17. Juni 1961 zu berufen.

Noch am 28.8.1966 sagte Wehner im Deutschlandfunk, direkt an Gomulka gewendet, daß niemand den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, der sowjetischen Besatzungszone als Staat und der Ausklammerung Berlins von uns für diplomatische Beziehungen mit Polen "im Ernst verlangen" könne.

Heute wird ebenso "ernsthaft" das Gegenteil zugesagt, ohne daß sich in den 4 Jahren Entscheidendes geändert hat. Wird damit nicht die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit deutscher Aussagen wieder einmal überhaupt in Frage gestellt, und zwar bei Deutschen und Polen?

Es gibt bisher in dieser neuen Ostpolitik keine einzige Gegenleistung für Deutschland und die Deutschen! Von Entspannung kann keine Rede sein; nicht im freien Zusammenleben der Deutschen, aber auch nicht in Polen und in der Sowjetunion selbst. Dort wachsen die innere Spannung und der Widerstand gegen Not und Diktatur. ...

Die jetzt Verantwortlichen haben früher feierlich versprochen, für die Deutschen soviel wie möglich von Deutschland zu retten, aber nichts mehr davon hat man bei den Ostvertragsverhandlungen gehört.

Die Verträge sind auch kein Schritt zum wirklichen Frieden. Dieser entsteht nicht, indem man dem einen alles gibt und dem anderen das Weggenommene bestätigt. ...

Echter Friedensarbeit droht Gefahr, wenn man das lange und zähe Ringen um friedlichen Ausgleich durch Sanktionen, Schaueffekte und einen eilig-unbedachten politischen Ritt roter Husaren zu ersetzen sucht. Auch Illusionen von Schwärmern und Flagellanten dienen dem Frieden nicht. ...

Wenn Breschnew die Verträge als größten Sieg der sowjetischen Politik in Europa sei 25 Jahren bezeichnet, so soll in der Tat vieles von den Deutschen und von den Europäern weggegeben werden, was vor 25 Jahren weder verloren noch verspielt war! ...

Die organisierten Heimatvertriebenen sind nicht die ewig Gestrigen, sondern die Fürsprecher für zähes Verhandeln über konstruktive Alternativen auf nahe und auf weite Sicht.

... So sind wir die Rufer zur Umkehr von einem falschen politischen Weg und zur friedlichen Revision von Annexionen und Faustrecht zugunsten von Freiheit, Menschen- und Gruppenrechten und einer freien und gesicherten Ordnung für alle Völker und Volksgruppen in Europa!

Noch 1967 war auch der damalige Bundesaußenminister Willy Brandt Sprecher einer friedlichen Revision. Als "Grundvorstellung" einer europäischen Friedensordnung auch für die Ostgrenze Deutschlands bezeichnete er, daß nicht "einfach zu bestätigen wäre, was der zweite Weltkrieg in Europa hinterlassen hat. Die europäische Friedensordnung müßte Grenzen einebnen und neue Formen der Zusammenarbeit möglich machen. Zu ihr müßte deshalb beispielsweise auch ein europäisches Volksgruppenrecht gehören. Sie müßte Menschenrechte nicht nur deklarieren, sondern auch auf wesentlichen Gebieten praktizieren".

Wir machen nicht Vorwürfe darüber, daß dies noch nicht erreicht ist, sondern deshalb, weil

man ohne einleuchtende Begründung diese geschichtlichen "Grundvorstellungen" aufgegeben zu haben scheint. Wir wissen aber auch, daß der Weg zu einer halbwegs gerechten europäischen Friedensordnung weit weg ist. Was wir vermissen, ist Entschlossenheit, Starkmut, Maß und geschichtlicher Weitblick auf diesem Weg.<<

Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282):

>>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.

Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion.

...

Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.

Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<

ZK-Generalsekretär Leonid Breschnew erklärte am 30. März 1971 auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU (x299/189): >>... Wenn ein Literaturschaffender die sowjetische Wirklichkeit verleumdete, wenn er unseren ideologischen Gegnern hilft, gegen den Sozialismus zu kämpfen, dann verdient er nur eines – gesellschaftliche Verachtung.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (17/1971) berichtete am 19. April 1971 über das Buch "Die Revolution kommt aus Amerika" des französischen Schriftstellers und Philosophen Jean-Francois Revel (1924-2006): >>**Weder Marx noch Jesus**

Die dümmsten Menschen lernen sprechen, während die klügsten Affen es niemals fertigbringen. Diesen Satz des amerikanischen Sprachforschers Noam Chomsky gebraucht der französische Philosoph und Publizist Jean-Francois Revel, 47, als boshafte Bonmot gegen linke Studenten Europas, die sich für "linker und für intelligenter links, halten als die Linken anderer Kontinente."

Die hochmütigen europäischen Revolutionsideologen fordert Revel mit der provokanten These seines neuen Buches heraus, das unter dem Titel "Die Revolution kommt aus Amerika" jetzt auf dem Buchmarkt der Bundesrepublik erschienen ist. ...

Seine These: "Es gibt ein revolutionäres Amerika und eine amerikanische Revolution von neuer Art, die etwas ganz anderes ist als die musealen Rekonstruktionen von Revolutionen des 19. Jahrhunderts."

"Weder Marx noch Jesus" lautet denn auch der Titel des Revel-Buches im französischen Original, das in Frankreich wie in den USA Aufsehen erregte. Der französischen Ausgabe vom Herbst 1970 folgt nicht nur eine deutsche, sondern auch im Herbst eine von Mary McCarthy eingeleitete amerikanische Übersetzung.

Mit Vorschußlorbeeren bedacht, verspricht das Buch des Franzosen ein Bestseller in den USA zu werden. So urteilte das Nachrichtenmagazin "Newsweek": "In einem Zeitalter, das durch

Untergangsgeschrei à la Spengler fast taub geworden ist, mag sich Revels originelle und optimistische Meinung über die Vereinigten Staaten zumindest als ermutigendstes Buch des Jahres erweisen."

Revel -- er lehrte in Mexico City, Florenz, Lille und Paris -- reüssierte 1959 mit einem polemischen De-Gaulle-Buch "Der Stil des Generals". Seither attackierte der Philosophie-Professor die politische Stagnation der Fünften Republik. Gegenwärtig ist er als Verlagsberater und "L'Express"-Kolumnist tätig und arbeitet außerdem seit vielen Jahren an einer kritischen Philosophie-Geschichte, in deren erstem Band er Platon des Faschismus beschuldigt und den platonischen Staat "eine Erziehungsanstalt für perverse Delinquenten" nennt.

Bedeutend weniger Zeit benötigte Revel, um sein "instinktives Gefühl" bestätigt zu finden, daß es sich bei der amerikanischen "um eine wirkliche Revolution" handele. Nach einer nur zweimonatigen Reise durch die Vereinigten Staaten stellte er fest: Revolutionen kann man auch ohne Marx, Lenin, Mao und Christus machen.

Unter dieser wirklichen Revolution versteht der Philosoph freilich keinen politischen Staatsstreich, der nach Ansicht nur neuen seiner Eliten Macht und Gelegenheit gibt, ihrerseits die machtlose Mehrheit zu unterdrücken. Sinn der neuen, der "zweiten Weltrevolution" ist für ihn vielmehr eine "Abrechnung mit der Zukunft", nicht mit der Vergangenheit.

Gerade dadurch, so meint Revel, sei die amerikanische Protestbewegung charakterisiert: Sie stelle sich konkreten, jeden Bürger angehenden Fragen, sie opponiere dem Vietnam-Krieg, der Rassendiskriminierung, der Umweltverseuchung und mangelnden Sanierung der Slums.

Anders hingegen sei es bei den Rebellen Europas, die sich in weltfremder Schwärmerei für überholte Lienlogien ergingen. Pauschal verwirft er die kraftlose Vergangenheitsucht Europas: "Es handelt sich immer darum, auf etwas zurückzukommen: auf Bakunin, auf Marx, auf Mao, auf Castro, auf Guevara, auf Lenin, auf Trotzki, auf Gott, auf Buddha, auf die vormaschinelle Zivilisation ... In den meisten Gruppen der Linken ... ist an die Stelle des revolutionären Geistes der Geist der Imitation getreten."

Dadurch werde der Protest der europäischen Linken auf den ohnmächtigen Versuch reduziert, in der Theorie "politische Textbücher mit Bühnenanweisungen wie den Maoismus oder den Castroismus auf ihre Gesellschaft zu übertragen, wo sie nicht anwendbar sind".

Sogar in den sozialistischen Ländern verzeichnet Revel den "Bankrott der Revolution" und den wirtschaftlichen Mißerfolg.

Nur dort, wo die bürgerlichen Freiheiten dank einer "weitherzigen Verfassung" unangetastet und so weitreichend wie möglich in Kraft sind, kann im Laufe einer neuen Revolution auch der Übergang von der bereits bestehenden politischen Demokratie zur ökonomischen Demokratie, zum wirklichen Sozialismus vor sich gehen,

Entgegen der europäischen Verachtung für ein angeblich unkultiviertes, uniformes und rettungslos dem Faschismus und Rassismus ausgeliefertes Amerika insistiert Revel optimistisch auf den liberalen Wesenszügen der US-Gesellschaft: "Diesen verfassungsmäßigen Spielraum, das heißt Freiheit, bieten die Vereinigten Staaten mehr als jeder andere Staat."

So betont er die Vielfalt des amerikanischen Protests mit seinen zahlreichen Sekten und Subkulturen und anerkennt die Fähigkeit dieses liberalen Pluralismus, fünf die Gesellschaft verändernde Prozesse zugleich in Gang zu halten: die politische, soziale, wissenschaftlich -- technologische, ethisch-kulturelle Veränderung und die Umwälzung im Verhältnis der Rassen und Nationen. Alle zusammen zeigten einen "Wandel der amerikanischen Zivilisation" an.

Zwei Tendenzen hält Revel hierbei für besonders wichtig: die "Revolution durch Information" und den "Übergang von der inneren zur äußeren Demokratie".

Die Informationsfreiheit der amerikanischen Massenmedien gilt ihm als "Brückenkopf für jede politische Freiheit": "Eine Live-Reportage über eine Negerrevolte oder über das Einschreiten auf einem Campus bewirkt nicht nur, daß die gesamte Bevölkerung besser 'unter-

richtet' ist ... sie verwandelt den Fernsehzuschauer auch in einen Akteur ... sie bezieht ihn in das Geschehen ein."

Laut Revel bildet daher auch die Macht der freien Information -- nicht mehr das Parlament -- das einzige Gegengewicht gegen die "fast vollkommene Allmacht der Exekutive" aber er meint zugleich: "Diese Macht ist entweder vollkommen, oder es gibt sie überhaupt nicht."

Die Macht der Information in den Vereinigten Staaten erläutert Revel an der Tatsache, daß weder der britische noch der französische Imperialismus jemals so in Frage gestellt worden sei wie der amerikanische: Zum erstenmal in der Weltgeschichte hat in den USA die totale Informationsfreiheit der Massenmedien dazu geführt, daß Imperialismus nicht nur von außen, sondern auch an seiner Quelle, also von innen her bekämpft wird. So glaubten 56 Prozent aller erwachsenen Amerikaner nach einer Umfrage von Mai 1970, die USA seien in Vietnam im Unrecht.

Diesen Übergang von der inneren zur äußeren Demokratie, zur Einsicht vieler Amerikaner, daß ungeachtet eigener Machtinteressen fremde Völker und Rassen das Recht auf Freiheit und Gleichheit, auf ihr ungehindertes Eigenleben haben, nennt Revel einen großen Fortschritt "in Richtung auf die Abschaffung der Außenpolitik überhaupt" -- auf das Ziel der zweiten Weltrevolution.

Amerikas Schattenseiten verdrängend, behauptet Revel in einer fragwürdigen Schnellfeueranalyse der US-Gesellschaft: "Die gesamte weiße Arbeiterklasse ist konservativ, die Wirtschaftskreise sind für Reformen, und die Bundesorgane treten seit 20 Jahren gegen den lokalen Rassismus und für die Rechte der Neger ein."

Dem Vorwurf der politischen Naivität, "ein bißchen utopisch" zu sein -- der in der Pariser Zeitung "Les Echos" dann gegen Revel erhoben wurde -, hielt er vorsorglich entgegen: "Nichts ist so naiv wie der Vorwurf der Naivität in der Politik." <<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärte am 26. April 1971 (x155/230): >>... Die Bundesregierung übernimmt immer mehr die Terminologie der Sowjetunion in völkerrechtlichen Fragen; so ist die Rede von "tatsächlichen" oder "gegenwärtigen" Grenzen, von der "wirtschaftlichen Lage in Europa", von der "Normalisierung der Lage", von der vollen Hinnahme und Akzeptierung "der Folgen des Krieges".

Ebenso unterwirft sie sich seit Jahren bestehenden polnischen Forderungen, indem sie im Gegensatz zur Begriffsbestimmung mindestens eines Dutzends deutscher Gesetze nicht mehr von "Aussiedlern", sondern nur noch von "Rückkehrern" oder "Umsiedlern" spricht, um den Polen die peinliche Tatsache, daß über eine Million Deutsche in der Heimat sich ohne Menschen- und Gruppenrechte und heimatlos fühlen und daß es sich um Nachkommen von unzähligen Generationen Deutscher in Ostdeutschland handelt, verschleiern zu helfen. ... <<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärte am 20. Juni 1971 (x155/232-233): >>... Der BdV bedauert, daß die Bundesregierung den Interventionsversuchen des Ostblocks gegen die Meinungsfreiheit der Vertriebenen und der nichtdeutschen Exilgruppen, den Forderungen des Ostblocks zur Änderung zahlreicher Gesetze und unseres Bildungswesens nicht mit größter Entschiedenheit entgegentritt. Wir widersetzen uns dem Versuch, den BdV zur Preisgabe eines Teils seiner satzungsmäßigen Pflichten zu veranlassen.

Für die Menschen und ihre Rechte hat sich durch die Verträge nichts ergeben. Die Aussiedlung ist vorerst zahlenmäßig auf dem Stand von 1966, weit entfernt von den Zahlen im Jahre 1957 und 1958. Eine Wiederherstellung der Menschenrechte der in der angestammten Heimat lebenden Deutschen ist ausgeblieben; entgegen der auch für internationale Verträge grundsätzlich auferlegten Obhutspflicht für deutsche Staatsangehörige wurden ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten vertraglich nicht gesichert.

Die verfassungsmäßige Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für alle deutschen Staatsangehörigen und für das gesamte Deutschland darf nicht stillschweigend auf den räum-

lichen Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt werden. Dafür fehlen die zur Verfassungsänderung notwendigen Mehrheiten.

Wir beklagen es, daß künftig der noch immer freie Teil Deutschlands nicht auch für das Wohl ganz Deutschlands handeln soll. Wir warnen eindringlich davor, durch Änderung der Bezeichnungs- und Kartenrichtlinien die Preisgabe Deutschlands ohne Verfassungsänderung von Amts wegen in breiteste Schichten der Bevölkerung und der Jugend zu tragen.

... Der politische und gesetzliche Auftrag, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete und ihrer Volksgruppen im Bewußtsein des ganzen deutschen Volkes lebendig zu erhalten und zu entfalten, darf auch von staatlicher Seite nicht nur zur Pflege von Erinnerungen und Traditionen stillschweigend umgestaltet werden, sondern ist nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes zu erfüllen.<<

Franz Stangl (1908 in Altmünster/Österreich geboren) starb am 28. Juni 1971 im Düsseldorfer Zuchthaus.

Stangl leitete ab Mai 1942 das Vernichtungslager Sobibór und übernahm im September 1942 das Vernichtungslager Treblinka. Er wurde erst 1967 in Brasilien aufgespürt und später ausgeliefert. Im Jahre 1970 erhielt Stangl eine lebenslängliche Zuchthausstrafe.

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisierte am 30. Juni 1971 die Änderung der bisherigen Deutschlandkarten (x155/234-235): >>Das Präsidium des BdV hat seit Wochen vor den Absichten der Bundesregierung zur Änderung der Karten- und Bezeichnungsrichtlinien gewarnt.

Durch juristisch nicht verbindliche "Hinweise" an die einzelnen Ministerien und Länder versucht sie, die Feststellung und Anfechtbarkeit von Verfassungswidrigkeiten verbindlicher Rechtsakte zu umgehen und die Urheber von Verfassungswidrigkeiten hinter undurchsichtigen Kompetenzen zu verbergen Wenn nun die Deutschen schrittweise an das Verschwinden Gesamtdeutschlands von den Karten und aus dem Sprachgebrauch gewöhnt werden sollen, versucht man damit, die Hinnahme verfassungswidriger Rechtsakte bei dem Ratifizierungsverfahren der Ostverträge vorzubereiten.

Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik dürfen aber nach wiederholter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 nicht als Ausland behandeln. ...

Dem Bewußtsein der Bürger soll möglichst unauffällig eingepflegt werden, daß unsere Verpflichtung zur Wahrung berechtigter Interessen ganz Deutschlands aufgehoben wird.

Verbindliche Rechtsakte in dieser Richtung setzen aber die Verabschiedung einer neuen Verfassung voraus. Dafür gibt es weder die zur Änderung des Grundgesetzes erforderlichen Mehrheiten bei den Verfassungsorganen noch den mehrheitlichen politischen Willen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Auch unsere Bindungen durch das Völkerrecht gestatten einen solchen Vorgriff auf friedensvertragliche Regelungen nicht. ...

Freiheit bleibt Freiheit! ...

Fremde Verwaltung deutscher Gebiete bleibt fremde Verwaltung!

Noch immer sind alle Verfassungsorgane verpflichtet, alles zu unterlassen, was dem Inkraftsetzen des Grundgesetzes in den anderen Teilen Deutschlands entgegensteht und den grundgesetzlichen Auftrag zur freiheitlichen Einigung der Deutschen behindert.<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) berichtete am 29. August 1971 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/235-242): >>26 Jahre nach der Vertreibung ist dieser Tag nicht nur ein Tag des Gedenkens an die Heimat, des Bekenntnisses zu ihr und zum Recht auf die Heimat!

1971 ist dieser Tag auch ein fast verzweifelter Aufruf zur Verteidigung der Freiheit von uns allen! Zur Verteidigung der Freiheit, die wir noch heute haben, zur Verteidigung der Sicherheit des freien Europa, zur Verteidigung der Menschenrechte hier und in der angestammten

Heimat, für Deutsche, für die Europäer und für alle Opfer des Terrors! ...

26 Jahre nach der Vertreibung mußten da eigentlich Heimatvertriebene und Heimatverbliebene in früher kaum geahnter Weise am Tag der Heimat zusammenzustehen. Man hat die drohenden Gefahren noch weithin nicht voll erkannt! Es wächst die Bedrohung durch die Unfreiheit, durch Interventionen von außen, durch äußeren politischen Druck durch Illusionen, daß man einen Wandel der Ereignisse in der politischen Annäherung an die Welt der Unfreiheit erreichen könne, bei riskanter Lockerung der Bündnisse, bei Gefährdung unserer Sicherheits- und Verteidigungsgrundlagen.

Die Ostdeutschen bringen manche Sachkunde über Osteuropa mit. Mit tiefem Erschrecken sehen sie, wie viele politisch Verantwortliche in der westlichen Welt gegenüber den eindeutig umschriebenen Zielen der sog. "friedlichen Koexistenz" den Kopf in den Sand stecken.

Schon Lenin wollte in der Phase "des Übergangs bis zum umfassenden Sieg des Kommunismus zeitweilige Bündnisse mit nachgiebigen Kräften" der weltanschaulichen Gegner. Lenin war ausdrücklich der Meinung, daß die Sowjetdiplomatie den nachgiebigen Flügel im bürgerlichen Lager gewinnen muß, um wie er sich ausdrückte, die Bourgeoisie zu zersetzen.

... Breschnew hat am 27. August und am 1. Dezember 1970 die Ostverträge als einen großen Sieg der "friedlichen Koexistenz" gefeiert. In zahlreichen Ostblockschriften kann man lesen, daß der Klassenkampf trotz der "friedlichen Koexistenz" mit größter Entschiedenheit fortzusetzen ist.

... Manulski meinte 1931, nach 30 Jahren käme die Stunde des Kommunismus; dazu bedürfe es des Elements der Überraschung; die Bourgeoisie (herrschende Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft) müsse eingeschlafert werden; man müsse theatralische Friedensbewegungen in Szene setzen. Die dekadenten kapitalistischen Länder würden an ihrer eigenen Zerstörung mitarbeiten. ...

Es sei dazu klar gesagt: Wir sind nicht überhaupt gegen Gespräche und Verhandlungen; aber eine wirkliche Koexistenz setzt eine weltpolitische Lage voraus, die die Sowjetunion zwingt, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. ... Es ist eine Illusion, wenn man meint, daß in einem Rote-Husaren-Ritt alle Gegensätze in Europa zu überwinden sind und die deutsche Frage in wenigen Monaten zu regeln ist. ...

Ein wirklich dauerhafter Friede setzt einen tragbaren, halbwegs gerechten Ausgleich voraus. Die Anerkennung Ostpreußens, Westpreußens, und von Teilen der Mark Brandenburg, Pommern, Schlesiens und Oberschlesien als Ausland, die Preisgabe von über 100.000 qkm Territorium von Deutschland und der Menschenrechte von Millionen Deutschen, die selbst an Unrechtstaten nicht schuldig waren, dazu noch die Teilung Restdeutschlands, das ist kein tragbarer und halbwegs gerechter Ausgleich!

Dies dient nicht einem dauerhaften und wirklichen Frieden! Weder für uns, noch für unsere unmittelbaren östlichen Nachbarn. Für die Osteuropäer ist eine solche deutsche Einstellung ungläubwürdig. Dies gibt ihnen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Mißtrauen! ...

Gleichzeitig aber wachsen die östlichen Interventionsansprüche gegen unsere freiheitliche Rechtsordnung ...

Der stellvertretende polnische Außenminister Willmann verlangt die Änderung zahlreicher deutscher Gesetze, die Änderung unseres Bildungssystems und die Eliminierung der Vertriebenenorganisationen nach der Ratifikation des Warschauer Vertrages. ...

Weder ist die schrittweise Wiederherstellung der Menschen- und Gruppenrechte vertraglich vereinbart, noch wird das Recht auf Freizügigkeit und auf die angestammte Heimat gesichert. Die Anerkennung aller Annexionen in Europa nach 1945, gerade durch die Deutschen und das völlige Ausklammern der Regelung aller personalen Rechte kann unmöglich dem Frieden dienen. ... Eine Entschädigung für die betroffenen Deutschen ist weder vereinbart, noch wird sie ins Auge gefaßt; umgekehrt drohen uns nach einer eventuellen Ratifikation ungeheure

Schadenersatzforderungen.

... Wir haben nie das grauenhafte Unrecht verschwiegen, das Deutsche anderen zugefügt haben. Wir bedauern aber tief, daß man konstant das Unrecht, das an Deutschen begangen wurde, verschweigt. Das Unrecht vieler Deutscher rechtfertigt nicht die Massenvertreibung von Millionen unschuldiger Menschen. ...

Wir können auch nicht schweigen zu dem sich anbahnenden stillen und stillschweigend vollzogenen Verfassungswandel bei uns. Der Deutschlandbegriff, auf dem das Grundgesetz gründet, das Verbot des Grundgesetzes in Artikel 23, daß die Bundesrepublik Verpflichtungen eingeht, die den Beitritt der anderen Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 zum Grundgesetz oder aber die Schaffung einer neuen freiheitlichen Ordnung durch freie Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes unmöglich machen, werden immer mehr ausgehöhlt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Bestrebungen, wenn sie evident (offenbar) sind und die genannten Wege auf Dauer vertraglich zu verbauen drohen, wiederholt als verfassungswidrig bezeichnet. ...

Für uns ist das Grundgesetz kein juristischer Formelkram. Die staatliche und die internationale Rechtsordnung werden leider oft gebrochen, es gibt nur geringe Ansätze für ihren internationalen Schutz; aber wir selbst haben es erlebt, daß dann, wenn der Kern des staatlichen oder internationalen Rechts erheblich verletzt wird, die Folgen katastrophal sind. Wir widersprechen daher mit Entschiedenheit jedem stillen Verfassungswandel! ... Dies hat schon einmal zur Zerstörung der Rechtsordnung in Deutschland, und zwar am Ende der Weimarer Republik, geführt! ...

Gerade weil wir nicht die ewig Gestrigen sind, wissen wir, daß man mit Formeln, mit Papieren und Verschleierung von Gegensätzen keinen dauerhaften Frieden stiften kann. ...

... 800 Jahre deutsche Präsenz im Guten und im Bösen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa sind nicht unbedingt nach 25 und 30 Jahren endgültig beendet. ...

... Nur wenn man die enge und nahe Zusammenarbeit im schwierigen Alltag, allerdings in garantierter Freiheit und Selbstverwaltung wagt, wird man die alten Gegensätze wirklich aufarbeiten.

Wenn wir für Versöhnung durch Gerechtigkeit und gesicherte Zusammenarbeit öffentlich auftreten, beschuldigt man uns des Revanchismus. ...

Am Tag der Heimat erbitten wir von unseren heimatvertriebenen Mitbürgern nicht nur freundliche Bekundungen des Mitgefühls. Wir bitten unser Volk um die Solidarität mit uns! ...

Ich wiederhole die Bitte des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen an die Verfassungsorgane, die Parteien und die freie Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, mit größter Entschiedenheit der wachsenden Bedrohung unserer Freiheit, unserer im Grundgesetz verankerten Rechtsordnung sowie einem stillen Verfassungswandel entgegenzuwirken. ...

Wir wollen unsere Rechte und das Offenhalten der deutschen Frage bis zu einem halbwegs gerechten Ausgleich mit allen legalen und friedlichen Mitteln verteidigen. ...

Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, wollen wir alle den Dienst für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer, den Dienst für einen gerechten und dauerhaften Frieden nicht aufgeben!

Dafür trotz der Düsternis der Zeit ein herzliches Glückauf!<<

Der ständige Rat der ostdeutschen Landesvertretungen berichtete am 3. September 1971 über die "neue Ostpolitik" (x155/243-244): >>... Normalisierung, Entspannung, Versöhnung oder selbst Friede sind so lange nur betörende Schlagworte, wie sie allein Verzichte begründen sollen, Rechte von Staat und Menschen aber verschweigen. ...

3. Sind "die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und die Berliner Interessen" für den frei gewählten Bundestag und die Regierung nicht mehr identisch mit den rechtmäßigen Interessen ganz Deutschlands und aller seiner Bürger, ist also das Verfassungsgebot, "die Einheit

und Freiheit Deutschlands zu vollenden", nicht mehr bindend?

4. ... Soll die Hinnahme von Massenvertreibungen als Achtung vor einer Selbstbestimmung der betroffenen Mitbürger gelten? ...

6. Können "menschliche Erleichterungen" auf dem Boden von Gewalttat und von Nichtachtung der Menschenrechte gedeihen, auf denen überlegene Macht beharrt? ...

8. Sind unsere Demokratie und ihre Regierung unfähig geworden, allen Bürgern zu dienen; werden Sicherheit und Frieden von Opfern erhofft, die ungefragt den Ost-Berliner, mitteldeutschen, ostdeutschen und vertriebenen Staatsbürgern abverlangt werden? ...<<

Bundeskanzler Willy Brandt erhielt am 10. Dezember 1971 in Oslo den Friedensnobelpreis.

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) forderte am 24. Dezember 1971, die "neue Ostpolitik" zu reformieren (x155/250-251): >>... Von Entspannung ist in Rumänien, Jugoslawien, bei den Polen, bei den Tschechen und Slowaken nichts zu merken. ...

Die von Frieden nur schwärmten und ihn nicht mühselig durch zähes Ringen um schrittweisen Ausgleich der Gegensätze zu stiften, hatten vergessen, daß der Friede auch das Werk der Gerechtigkeit ist. ...

In dieser Welt gibt es meist nur kurzen Erfolgsjubel und lange dornige Wege. Die Welt ist weder heil noch unheil, aber sie ist schwierig. Ein Grund zur Verzweiflung liegt nicht vor.

... Auch in dieser Welt ist nichts endgültig geregelt, es sei denn halbwegs gerecht geregelt! Wer an eine sittliche oder gar an eine göttliche Ordnung für die Menschen in dieser Welt glaubt, wird die Zuversicht des inneren Friedens auch für dieses schwere Jahr nicht verlieren! ...<<

Verteidigungsminister Heinz Hoffman (1910-1985) berichtete im Jahre 1971 über das "Feindbild" der DDR (x243/211): >>... (Es gilt) den Imperialismus nicht nur als System abzulehnen und zu hassen, sondern diesen Haß ... auch gegen alle jene zu richten, die unter der Befehlsgewalt imperialistischer ... Offiziere gegen uns zum Angriff bereitstehen. ...

Die bedingungslose Bereitschaft, den Sozialismus unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen (erfordert) Grundeinstellungen, ... die ... planvolles erzieherisches Einwirken durch alle Partei- und Staatsfunktionäre, Lehrer, ... Vorgesetzte, ... Väter und Mütter verlangen. ...

Die ideologische Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus (wird sich) in den kommenden Jahre verstärken, ... der Gegner (wird die) Treue ... zum Sozialismus ... und die Verteidigungsbereitschaft unserer Jugend zu untergraben (versuchen). Damit gewinnt die Vermittlung eines klassenmäßigen Feindbildes besondere Bedeutung. ...

Die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung (wird sich) für die Durchsetzung imperialistischer Raub- und Expansionskriege mißbrauchen lassen.<<

In einem Lesebuch für die 4. Klasse wurden im Jahre 1971 die Berliner Grenzzwischenfälle wie folgt dargestellt (x243/194): >>... Seit dem 13. August 1961 wurden unzählige verbrecherische Anschläge auf unsere Staatsgrenze verübt. Viele Male hat man unsere Grenzposten von Westberlin aus beschossen, ... feige umgebracht oder schwer verletzt. Aber all das hat den Verbrechern nichts genutzt. An der überlegenen Ruhe unserer Grenzsoldaten ... prallten alle feindlichen Angriffsversuche ab.<<

Die Regierungen von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen schlossen am 22. Januar 1972 Beitrittsverträge mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ("EG").

Die Regierungschefs von Bund und Ländern beschlossen am 28. Januar 1972, Bewerber für öffentliche Stellen durch den Verfassungsschutz überprüfen zu lassen (x243/174): >>... Nach den Beamtengesetzen ... darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. ...

Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische

Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages.<<

Franz Josef Strauß (CSU) kritisierte am 24. Februar 1972 während einer Bundestagsrede die Ostverträge (x073/258): >>... Diese Verträge dienen nicht der Versöhnung mit den Völkern, sondern der Befriedigung der Wünsche ihrer Machthaber.

Zweitens, sie bieten keine humanitären Erleichterungen, sondern bringen zunächst eine Verschärfung der Unterdrückung.

Drittens. Die Verträge dienen nicht der Entspannung, wenn man unter "Entspannung" die Beseitigung der Spannungsursachen versteht.

Viertens. Die Verträge bedeuten eine Festigung des sowjetischen Besitzstandes ...

Meine politischen Freunde und ich sind der Überzeugung, daß diese Verträge in der vorliegenden Fassung, die über militärischen Gewaltverzicht und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit hinausgeht, einen Bruchpunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeuten auf der Straße, an deren Ende nur Unheil stehen kann.<<

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Schröder erklärte am 25. Februar 1972 in der Debatte über die Ratifizierung der Ostverträge (x148/157-158): >>Die Bereitschaft der Sowjetunion zu Abmachungen mit uns war vor - sagen wir - 5 oder 6 Jahren sicherlich geringer als jetzt, und ihre Sorgen waren geringer.

Wenn also eine wachsende Bereitschaft der Sowjetunion ihrer veränderten Interessenlage entspricht oder entsprach, so konnte auf unserer Seite mit mehr Geduld, mit mehr Festigkeit und mehr Ausdauer verhandelt werden, statt hastig zuzugreifen, obwohl noch sehr wenig auf dem Tisch lag. ...

Unsere Kritik an den Verträgen beruht auf der Befürchtung, daß die Teilung Deutschlands vertieft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen erschwert wird; das im Deutschland-Vertrag niedergelegte Engagement unserer 3 großen westlichen Verbündeten, zu einer freiheitlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen, mit Sicherheit durch diese Verträge nicht gestärkt, sondern vermindert wird. ...<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisierte am 25. Februar 1972 die deutsche Bundesregierung (x155/252-254): >>Es geht um die tiefen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die individuellen Rechte von Millionen Deutscher. ... Wenn sie auch nicht die früheren Vertreibungstatbestände als legitim anerkannten, haben sie doch die Folgen dieser Vertreibung, insbesondere für die Zukunft ohne Rechtswahrung hingenommen und die Folgen der Zukunft legalisiert!

Die Aufarbeitung auch des Unrechts der Massenvertreibungen und der Ansatz zur Wiederherstellung der Menschenrechte fehlt.

Es ist ein einmaliger Fall in der deutschen Vertragsgeschichte, daß 108.000 qkm als Ausland festgestellt wurden und für die betroffenen Menschen nichts vereinbart worden ist; weder für diejenigen, die nach der Vertreibung hier leben, noch für diejenigen, die in ihrer Heimat als Deutsche sich noch befinden.

... In der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes ist sein Übergangscharakter und der Vorbehalt der Rückgabe oder Entschädigung des verlorenen Vermögens verankert. Solange die Bundesrepublik Deutschland sich nicht selbst ihrer politischen und Rechtsposition auf unsere Heimat begibt, mag dies gelten. Wenn sie dies aber tut und nicht gleichzeitig ihre Schutzpflicht für das in der Heimat entzogene Eigentum erfüllt, muß sie entschädigen, und zwar vor allen anderen bevorstehenden wesentlichen Leistungen an das Ausland!

Und wie steht es um unsere Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten? Man hat die Durchsetzung unserer Schutzpflicht nunmehr, da man einen Vertragszustand will, nicht erreichen können. Die Antwort auf die Anfrage der CDU/CSU über die Folgen der Ostverträge gibt zu, daß für die Zeit nach einer eventuellen Ratifikation überhaupt keine vertraglich vereinbarten

Schutzmöglichkeiten für die deutschen Staatsangehörigen in diesen Gebieten bestehen. Wenn dem so ist, dann hätte man so weder politisch noch sittlich, noch verfassungsmäßig die Berechtigung gehabt, Inland zum Ausland zu machen.

Es gibt auch eine Treuepflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern in der Verpflichtung, bei so fundamentalen Verträgen diplomatischen Schutz zu sichern.

Ohne die Festschreibung dieser Gebiete als Ausland gab es fast besser funktionierende Handelsabkommen als jetzt. Für die Lieferung von Getreide durften 1957 über 100.000 Deutsche aussiedeln, das 4fache von 1971; 1958 = 120.000, das 5fache der jetzigen Zahlen. ...

Es wurde keine Option vereinbart, kein Recht auf freie Entfaltung des kulturellen deutschen Lebens des Einzelnen und der Volksgruppe, kein Recht auf freien Gebrauch der Muttersprache in der Erziehung, in der Öffentlichkeit, im religiösen Bereich, kein freier Zusammenschluß in deutschen Vereinen und Verbänden, kein Recht auf freie Berufswahl der Deutschen, keinerlei Wahrung deutscher Grundrechte.

Was antworten wir auf die Tausende von Briefen von denen, die zum 10. oder 15. Mal beim Antrag aus Aussiedlung abgelehnt wurden, die arbeitslos gemacht wurden, die diskriminiert wurden, die Spießruten laufen müssen in öffentlicher Rechtfertigung, die keine Arbeitsabgabebescheinigung erhalten, die in der Öffentlichkeit und im Gottesdienst nicht deutsch reden können, weil es der Staat den dort lebenden Deutschen verbietet?

Wie wollen sie nach der von Ihnen geforderten Ratifikation jenen dort lebenden Deutschen, die, wie unser Innenminister angibt, unter Zwang die polnische Staatsangehörigkeit beantragen müssen, dann den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit wie bisher sichern?

Ist nicht die vorrangigste sittliche und rechtliche Pflicht beim Abschluß internationaler Verträge, die am meisten bedrängten deutschen Staatsangehörigen zu schützen?

Können wir zu einem neuen massiv übersteigerten Nationalismus schweigen, nur weil der brutale Nationalsozialismus noch viel Furchtbareres tat? ... <<

Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) erklärte am 29. Februar 1972 seinen SPD-Austritt und beantragte die Aufnahme in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (x155/254-255): >>Es ist schlechter Stil, wenn ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen Willy Bartsch und Dr. Franz Seume als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen - beiden Ausschüssen gehöre ich seit Beginn der Legislaturperiode im Herbst 1969 an - in dem Augenblick von der Fraktionsspitze der SPD abberufen werde, da es um eine für den einzelnen und das ganze deutsche Volk gravierende Entscheidung geht.

Wer als Sozialdemokrat gegen Text, Inhalt und die Folgen der Ost-Verträge schwere Bedenken vorbringt, soll mundtot gemacht werden, indem er von den Beratungen über die Verträge ausgeschlossen wird. ...

Ich habe mich noch nie einer Autorität gebeugt, die für sich Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt.

... Durch diese Verträge wird die Teilung Deutschlands festgeschrieben, die Möglichkeit, Deutschland in Freiheit wiederzuvereinigen, zugeschüttet, gleichzeitig die Freiheit nicht sicherer. ...

Noch bis zur Wahl vom Herbst 1969 war von den ersten Repräsentanten der SPD zu hören, daß so viel wie möglich von Deutschland für das deutsche Volk zu retten ist, daß Faustrecht nicht als Recht ausgegeben werden darf. Was aber jetzt geschieht, steht im krassen Widerspruch zu den früheren Äußerungen.

... Darum verlasse ich nach reiflicher Überlegung die SPD. ...<<

Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erklärte am 16. März 1972 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x148/174-175): >>... Welches ist die Situation der europäischen Staaten?

Sehr geringe räumliche Ausdehnung, die Bevölkerung von mittlerer Größenordnung, die wirtschaftliche Kapazität groß, in absoluten Werten gemessen jedoch beschränkt.

Nimmt man sie dagegen zusammen, ergibt sich eine Macht, die in vieler Hinsicht jeder anderen ebenbürtig ist. Die räumliche Ausdehnung ist zwar auch dann noch nicht groß; sie übertrifft jedoch die Japans. Die Bevölkerungszahl ist niedriger als die Chinas und der Indischen Union, aber größer als die der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die wirtschaftliche Produktion wird nur von der der Vereinigten Staaten übertroffen und ihr Handel steht in der Welt an erster Stelle.

Welch starker Anreiz also, sich zu vereinigen! Alles drängt dazu: die Geographie, die Lebensform, eine bestimmte Auffassung von der Demokratie und ein evidentes wirtschaftliches und politisches Interesse.

Lediglich die Geschichte steht dieser Entwicklung entgegen, insoweit nämlich diese europäischen Nationen alle eine jahrhundertealte Realität, eine Sprache, einen Nationenstolz und die Erinnerung an ihre feindseligen Haltungen besitzen.

Wenn man Europa aber nicht baut, werden die europäischen Nationen von den großen Staatsgebilden, die ich genannt habe, völlig in den Schatten gestellt werden. Insofern kann übrigens die Geschichte eine Hilfe sein, weil die europäischen Nationen nämlich gewöhnt sind – und es ist ihnen zu einem Bedürfnis geworden-, in der Welt eine Rolle zu spielen.

Worum es geht, ist also der Bau Europas! Unter den Voraussetzungen selbstverständlich – aus all den von mir aufgezählten Gründen -, daß die Eigenheit der einzelnen Nationen, aus denen es sich zusammensetzt, gewahrt bleibt, weil sonst das ganze Unternehmen scheitert.

Das Ziel ist gewiß nicht leicht zu erreichen, und viele Hindernisse bauen sich heute und morgen vor ihm auf. Worauf es ankommt, ist jedoch, daß man ans Werk geht.

Vor allem wichtig ist der politische Wille, und ich stelle hier fest, daß Frankreich diesen politischen Willen hat.

Es ist richtig, daß das uns angeborene Bedürfnis nach Klarheit uns bisweilen veranlaßt, die Schwierigkeiten nicht zu verbergen. Es ist klar, daß das, was man unsere Vorliebe für die Ausgewogenheit nennt und was vielleicht unser Hang zum Realismus ist, uns veranlaßt, die Etappen und manchmal auch die Grenzen aufzuzeigen. Aber mit dem Endziel ist Frankreich voll und ganz einverstanden, mindestens in genau dem gleichen Maße wie jeder unserer Partner.<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) verurteilte am 22. April 1972 den Abschluß der Ostverträge (x155/258-261): >>Auch einem besiegt Volk stehen das Selbstbestimmungsrecht, die Menschenrechte und ein tragbarer Ausgleich und Frieden zu. Von den Deutschen begangenes Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht. ...

Wer Unrecht sühnen will, kann dies durch eigene Leistung, aber nicht durch Verzicht auf die unabdingbaren Menschen- und Freiheitsrechte Dritter, die ihn nicht dazu beauftragt haben.

... Mit moralischen Scheingründen darf man sich nicht über die zumutbare Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzen. Die Vertriebenen sagen Ja zu Frieden und Freiheit, aber ebenso eindeutig Nein zu jeder Unfreiheit und zum Festschreiben des Unrechts. ...

Aus all diesen Erwägungen lehnen die deutschen Heimatvertriebenen die Ostverträge ab; denn diese Verträge drohen zu bewirken:

... die vertragliche Absage an die beiden vom Grundgesetz vorgesehenen entscheidenden Grundlagen zur Wiedervereinigung: den freien Beitritt anderer Teile Deutschlands zum Grundgesetz oder die freie Abstimmung des Volkes über die Bildung eines gesamtdeutschen Souveräns;

die Anerkennung und den Schutz für alle völkerrechtswidrigen Annexionen in Europa nach 1939. soweit sie die Billigung der Sowjetunion erfahren haben;

die Anerkennung unserer ostdeutschen Heimat als Ausland für die Dauer der Existenz der Bundesrepublik Deutschland und die Zusage des Schutzes für diese völkerrechtswidrige Annexion zu Lasten Deutschlands selbst für den Fall der Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an friedensvertraglichen Regelungen;
das verfassungswidrige Aufgeben der Schutz- und Fürsorgepflicht für die Grund- und Menschenrechte von Millionen deutschen Staatsangehörigen;
die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibung und des Faustrechts;
die Gefahr, daß das freie Eintreten für die gemeinsame Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes, für das Offensein der deutschen Frage, einschließlich des Status unserer Heimat und für die Rechte auf die Heimat, als Friedensstörung und Verletzung des Vertrages abgestempelt wird;
die Gefahr, daß man durch politischen Druck, unter Berufung auf das notwendige Wohlverhalten im Sinne der Verträge und die Feindstaatenklausel der UN-Charta, schrittweise unsere Meinungsfreiheit, unsere innerstaatliche Grundordnung abzubauen versucht, in einer gesamt-europäischen Sicherheitskonferenz die Aufgabe der Friedensvertragsvorbehalte unserer westlichen Verbündeten und damit Ersatzfriedensverträge anstrebt;
nach solchen fast friedensvertraglichen Regelungen gewaltige Reparationen erzwingen wird.

...

Wir brauchen wieder Regierungen, die die Menschenrechte, die Freiheit und die grundgesetzliche Ordnung mit Entschiedenheit gegenüber Verbündeten und Gegnern vertreten. ...<<
BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) lehnte am 7. Mai 1972 die Ratifizierung der Ostverträge entschieden ab (x155/261-263): >>... Wir dürfen und können nicht unsere Heimat vom deutschen Inland zum Ausland machen!

Auch das Grundgesetz verwehrt uns das. Normale Mehrheiten des Bundestages können dies nicht beschließen! Und 2 Drittel der Abgeordneten werden einem Grenzvertrag nicht zustimmen! Ein neues Ermächtigungsgesetz zu stillschweigendem Verfassungswandel darf es nicht geben!

Wir dürfen keine Grenzen in Deutschland anerkennen!

Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht das Recht, ohne friedensvertragliche Regelungen über Teile Deutschlands zu verfügen. ...

Es gibt keine echte Normalisierung ohne die Heilung verletzter Menschenrechte! Man darf nicht die Folgen von Faustrecht und Massenvertreibung legalisieren. Man darf nicht rechtswidrige Enteignungen von Millionen Menschen hinnehmen! ... Wir können zu den haßvollen Übergriffen gegen Deutsche nicht schweigen. Dies dient nicht dem Frieden! ...

Auch ein besiegtes Volk hat Anspruch auf Menschenrechte, Selbstbestimmung und einen gerechten Frieden. Dafür haben die Verträge nichts getan! ...

Immer offener wagt man die Behauptung aufzustellen, die Ostdeutschen müßten eben die Zechen für das ganze Volk bezahlen! Dagegen erheben wir schärfsten Einspruch! ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. Mai 1972: >>**Heftige Debatten um Ostverträge** ... Freiherr von und zu Guttenberg (CSU): "Es heißt den Frieden gefährden, wenn man den Forderungen derer nachgibt, die die Menschen unterdrücken. Wer den Frieden will, muß für die Freiheit streiten - offen, ohne Vorbehalte und Umwege."

Rainer Barzel (CDU): "Der Bundeskanzler sagt, durch die Verträge wird nichts verschenkt. Wer die deutschen Vorleistungen dieses Vertrags als nichts bezeichnet, hat zu Aussöhnung und Geschichte ein anderes Verhältnis als wir." ...<<

Der Deutsche Bundestag beschloß am 17. Mai 1972 die Ratifizierung des "Moskauer Vertrages" und des "Warschauer Vertrages".

Die CDU/CSU-Fraktion stimmte nicht für diese Ostverträge, sondern entschied sich für Enthaltung.

Nur die gemeinsame Erklärung zu den Ostverträgen wurde fast einstimmig gebilligt. Danach stellten die Ostverträge keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland dar und schafften keine Rechtsgrundlage für die bestehenden Grenzen.

Im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hieß es (x156/7): >>... Artikel 1 Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen. ...

Artikel 3 ... Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten;

sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden;

sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.<<

Die Bundesregierung stellte in ihren Erläuterungen zur Ratifizierung der Ostverträge fest (x024/270): >>... Solange eine friedensvertragliche Regelung noch aussteht, gelten die Rechte und Verantwortlichkeiten der 4 Mächte für Deutschland als Ganzes und für Berlin weiter.<<

An der "Zonengrenze" wurden seit dem 1. September 1972 sämtliche Schutzstreifen und Sperrzonen kontrolliert.

Die DDR-Grenztruppen mußten bei Fluchtversuchen weiterhin Schußwaffen einsetzen.

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisierte am 11. September 1972 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" die Ratifizierung der "Ostverträge" wie folgt (x155/280-287): >>...

Ungerechte Verträge sind nicht der Schluß der Geschichte ...

Die Heimat lebt!

Nicht nur ihre Erinnerung lebt, nein, auch die lebendige, die aktuelle Aufgabe, die sie stellt! Gegenüber diesen Zielen haben viele nicht resigniert! Man unterschätzt unsere Zähigkeit!

Ungerechte Verträge sind nicht das Ende der Politik und nicht das Ende der Geschichte. Und Urkundsbeamte haben nicht das Recht, Lebende totzuschreiben. Dieses Recht haben sie weder vor unserer freiheitlichen Ordnung, noch haben sie dazu die Vollmacht vom Grundgesetz! Schon gar nicht haben sie ein natürliches Recht, angesichts unserer lebendigen politischen Existenz. ...

Die Vertretung des Rechtes auf die Heimat ist legitime geschichtliche und Friedenspflicht.

Was sagt man nicht alles Verleumderisches über das Recht auf die Heimat: Es sei der technischen Gesellschaft fremd, im internationalen Recht nach Inhalt und Umfang nicht umschrieben, ein Kampfmittel für Demagogen. Doch uns ist es vor allem ein Gegenstand der Pflicht. Wenn wir Recht sagen, so berufen wir uns auf die Pflicht, auf die Pflicht gegenüber einer Aufgabe, die zu erfüllen Zähigkeit, Weitblick und konstruktive Zukunftsarbeit erfordert.

Für uns ist es Pflicht, die ungelösten Aufgaben der Nachbarschaft und des Rechtes für unser Volk und eines Friedens, der Gegensätze aufarbeitet und nicht verschleiert, lösen zu helfen.

Uns verurteilen jene, die die Probleme Ostdeutschlands und Osteuropas nicht kennen, die nur vom Frieden schwärmen und nicht seine Grundlagen in Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit und nüchtern-gerechter Liebe zu bauen versuchen, die nicht die Lücken kennen, die Kriegs- und Nachkriegszeiten in der Begegnung der Völker, der Besiedlung der Räume und dem Aufbau eines menschenwürdigen Lebens in unserer Heimat hinterlassen haben; die meinen, es sei Friede, wenn die Deutschen sich auf den Boden legen und ihre berechtigten Anliegen einwalzen lassen.

Uns verurteilen Leute, die die Europäische Menschenrechtskonvention nicht gelesen haben und nicht wissen, daß auch nach freiheitlichem Völker- und Menschenrecht Massenvertrei-

bungen ein den Frieden bedrohendes, in zumutbarer Weise wieder gutzumachendes Unrecht sind ...

Zu viele wollen nur Verbrechen der Deutschen an Angehörigen anderer Völker, was wir keineswegs verschleiern wollen, sehen, aber konstant Verbrechen, die auch an Deutschen begangen worden sind, verschweigen.

Wir wollen nicht gegeneinander aufrechnen, aber wir wehren uns entschieden dagegen, daß man bei berechtigter Verurteilung von Verbrechen neues Unrecht an Unschuldigen zu rechtfertigen sucht, und es ist pharisäisches Gehabe, wenn man die Ostdeutschen die Zeche für die schweren politischen Fehler des ganzen Volkes allein bezahlen lassen möchte.

Die Vertriebenen haben schwere Opfer gebracht, diejenigen aber, die uns alte Opfer aufbürden wollen, sollten einmal zwei Jahre unter den gleichen Lebensumständen wie ihre Kollegen im Ostblock dort mit ihnen zusammenarbeiten; sie würden dann sehr viel klarer die wirkliche Lage sehen und merken, welche Gegensätze aufzuarbeiten sind!

Deutsches Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Persönliche Schuld ist im geordneten Rechtsgang zu sühnen. Dies wurde bei uns versucht, im Ostblock gibt es aber nicht ein einziges Urteil wegen der an Deutschen begangenen Grausamkeiten.

Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht, und der Ostblock hat auch keine moralische Legitimation, ihn zu fordern. Dem politischen Verhängnis wurde auch durch das Abkommen vom August 1939 zwischen Molotow und Ribbentrop der Weg geebnet, und heute noch werden im Ostblock die Menschenrechte Millionen vorenthalten. Aber auch nationaler Haß wird täglich verwirklicht. ...

Wir sind nicht verpflichtet, den stillschweigenden Wandel von der Bundesrepublik Deutschland zu einer westdeutschen Bundesrepublik mitzumachen und zwei oder mehrere Staaten in Deutschland anzuerkennen; wir sind nicht verpflichtet, uns nicht mehr um einen großen Teil deutscher Staatsangehöriger zu kümmern und die sowjetische Westpolitik zu stützen!

Das Grundgesetz und unser eigener Wille verlangen das Gegenteil von uns! Wir wollen und werden zu jenen Gruppen gehören, die sich in dieser Verantwortung des Volkes gegen eine weitere Festigung der Spaltung und Teilung, gegen den Verzicht auf Verwirklichung der Selbstbestimmung durch freie Abstimmung des Volkes und gegen das Versagen des Schutzes für bedrängte deutsche Staatsangehörige durch unseren Staat wehren werden! ...

Doch in allen Jahrhunderten wurden mit friedlichen Mitteln und Unterhandlungen ungerechte Verträge geändert. Unser erstes Ziel bleibt, gedeckt durch das Grundgesetz und die Satzungen des BdV, das friedliche, legale, politische Ringen um eine bessere Lage der Deutschen und Deutschlands, Gerechtigkeit für die Sudeten-, Südost- und Ostdeutschen, einen gerechten und tragbaren Frieden für Deutschland! ...

Wir verhehlen nicht unsere tiefe Enttäuschung darüber, daß man diese fragwürdigen, vor dem Grundgesetz, dem internationalen Recht nicht zu verantwortenden vertraglichen Bindungen auch seitens der Opposition passieren ließ. Wir wissen aber auch, daß wir für unsere Ziele politische Unterstützung brauchen; umgekehrt können wir auch Zusammensetzung von Parlament und Regierung teilweise mitbestimmen. ...

Unsere Regierung trägt die Verantwortung für die Sicherung unserer Integrität und unserer freiheitlichen Rechtsordnung auch nach außen, ebenso, wie sie sich nicht der Vertretung gesamtdeutscher Interessen entledigen kann.

Wenn uns der polnische Außenminister nach seinen massiven Einmischungsversuchen in die innerdeutsche Politik und nach den Äußerungen seines Ministerpräsidenten besuchen will, so müßte die Bundesregierung spätestens dann eine überfällige Pflicht erfüllen: entschiedene Verwahrung und einen vernehmbaren Protest dagegen einzulegen, daß Polen die Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen bestimmen, daß es Deutsche im Sinne polnischer kommuni-

stischer Geschichtsbetrachtung umerziehen will, daß es sich anmaßt, die Änderung zahlreicher deutscher Gesetze und des Grundgesetzes zu fordern, daß es den physisch Vertriebenen nun noch die Freiheit der Meinung und des Zusammenschlusses in einem freien deutschen Staat einschränken möchte, daß es die Ausbürgerung von Millionen deutscher Staatsangehöriger fordert und sogar minimalen humanitären Vertragsgrundlagen des so umstrittenen Warschauer Vertrages nicht erfüllt.

... Die Bundesrepublik Deutschland ist durch ihre Verfassung verpflichtet, sich um die Einheit und Freiheit Deutschlands zu mühen. Was darunter zu verstehen ist, haben die Siegermächte für den Fall der Kapitulation im Jahre 1945 ausdrücklich selbst bestätigt. Und die Westmächte haben sich darauf in einer Note zu dem Moskauer Vertrag im August 1970 ausdrücklich berufen. Sowohl im Londoner Übereinkommen vom November 1944 als auch die Berliner Vier-Mächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 wird Deutschland mit den Grenzen von 1937 angenommen und soll vor jeder Annexion bewahrt werden!

Und als die Väter des Grundgesetzes bei Artikel 23 unserer Verfassung von anderen Teilen Deutschlands sprachen, haben sie ausdrücklich dieses Deutschland gemeint. Einer der noch lebenden parlamentarischen Väter dieses Grundgesetzes, der insbesondere den Artikel 23 mitinformiert hat, Professor Carlo Schmid, kann nicht leugnen, daß er zur Begründung dieses Artikels gesagt hat: dieses Deutschland reicht von Lörrach bis Königsberg!

Wir sind nicht bereit, den Deutschlandbegriff unserer Verfassung stillschweigend aufzulösen.

... Der Ostblock möchte auf der gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz eine Bestätigung des Status quo in Europa, also einen Ersatzfriedensvertrag, woraus sich die bis dahin zurückgestellten Reparationsforderungen ergeben würden. Vorweg aber muß die Entschädigung für die widerrechtlich entzogene Nutzung deutschen Eigentums in der Heimat erfolgen, für dessen Schutz gegen die unrechtmäßigen Eingriffe der Verwaltungsmacht die Bundesregierung bei den Vertragsverhandlungen nichts getan hat. ...<<

Um die hohen Unfallzahlen zu senken, galt ab 1. Oktober 1972 auf zweispurigen Landstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften ein Tempolimit von 100 km/h (x175/666).

Richard M. Nixon (1913-1994, Parteimitglied der "Republikaner") wurde am 7. November 1972 mit großer Mehrheit zum 2. Mal zum Präsidenten der USA gewählt.

Bei der vorgezogenen 7. Bundestagswahl erhielten die Parteien am 19. November 1972 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>SPD = 45,8 %, CDU/CSU = 44,9 %, FDP = 8,4 %, Sonstige = 0,9 %.<<

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Brandt am 14. Dezember 1972 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

Am 21. Dezember 1972 wurde der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterzeichnet (Beschränkung der Hoheitsgewalt auf das jeweilige Staatsgebiet, Austausch ständiger Vertreter, Unverletzlichkeit der Grenzen, Antrag beider Staaten auf UNO-Mitgliedschaft).

Die deutschen Vertriebenenseelsorger riefen im Jahre 1972 zum Welttag des Friedens zur Versöhnung auf (x024/310): >>Die Aussöhnung zweier Völker kann nur zustande kommen, wenn das ganze zwischen ihnen liegende Unrecht von beiden Seiten anerkannt wird und der Wille zur Wiedergutmachung auf beiden Seiten vorhanden ist.

In Erschütterung und Scham verurteilen wir auf das schärfste das Unrecht, das zur Zeit des Nationalsozialismus auch den Völkern Europas angetan worden ist, deshalb dürfen wir auch erwarten, daß die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat nicht mehr länger als historisch oder moralisch gerechtfertigt verteidigt oder totgeschwiegen wird. ...<<

Ministerpräsident Jaroszewicz (1909-1992) berichtete im Jahre 1972 über das polnische Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland (x148/158-159): >>Weitere Festlegungen im Prozeß der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen werden schrittweise vorgenommen wer-

den ...

Den ersten Platz nehmen in diesem Zusammenhang einige Rechtsakte der Deutschen Bundesrepublik ein, die von der Voraussetzung der Existenz Deutschlands in den Grenzen von 1937 ausgehen. Ein besonderes Beispiel für den revisionistischen Charakter dieser Akte ist das Gesetz über die deutsche Staatsbürgerschaft. ...

Ganz und gar im Widerspruch zu Buchstaben und Geist des Vertrages steht auch die bisherige Tätigkeit der revisionistischen Organisationen, der sog. Landsmannschaften, zumal sie von Regierungsinstitutionen finanziert werden.

Eine wichtige Frage für die Gegenwart, aber noch mehr für die Zukunft ist die Beseitigung von Informationen aus den Schulbüchern der Deutschen Bundesrepublik, die die Geschichte Polens und das heutige Gesicht des Landes entstellen. Diese Schulbücher pflegen - in vielen Fällen - nationalistische und revisionistische Traditionen. Ein positives Element ist die Tatsache, daß eine eigens dazu einberufene Gruppe polnischer und westdeutscher Fachleute, die unter der Schirmherrschaft der nationalen Komitees der UNESCO arbeitet, bereits mit entsprechenden Arbeiten begonnen hat. ...

Ein weiteres Problem, das der Regelung bedarf, ist die Frage der Entschädigung, insbesondere im Zusammenhang mit Zwangsarbeit und Einkerkierung in den hitlerischen Konzentrationslagern. Wir sind der Ansicht, daß eine elementare Entschädigung für die vom Hitlerismus verübten Verbrechen und das von ihm begangene Unrecht eine moralische Pflicht der Deutschen Bundesrepublik ist.

Ein geschicktes Vorgehen von unserer Seite werden die kulturelle Zusammenarbeit und die Entwicklung von persönlichen Kontakten erfordern. ... Dies erlegt allen zuständigen Institutionen die wichtige Verpflichtung auf, die Kontakte sorgsam auszuwählen und die Richtungen der künftigen kulturellen Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesrepublik zu bestimmen.

...<<

Ein Erdbeben in Managua/Nicaragua forderte im Jahre 1972 etwa 10.000 Todesopfer (x175/-60).

US-Präsident Richard Nixon erklärte am 20. Januar 1973 während seiner 2. Amtseinstellung (x056/137-138): >>... Vor allem ist es Zeit, daß wir Amerikaner alle den Glauben an uns selbst erneuern. In den letzten Jahren ist dieser Glaube in Frage gestellt worden. Unseren Kindern hat man beigebracht, sich ihres Landes zu schämen, sich ihrer Eltern zu schämen, sich der Taten Amerikas im Innern und seiner Rolle draußen in der Welt zu schämen. An allen Ecken und Enden werden wir von jenen bedrängt, die alles falsch finden in Amerika und sehr wenig richtig. ...

Ohne Beispiel in der Weltgeschichte ist es, was Amerika in diesem Jahrhundert an verantwortungsvollem, großherzigem, schöpferischem und fortschrittlichem Tun aufzuweisen hat.

Laßt uns stolz sein darauf, daß unser System mehr Freiheit und mehr Überfluß für mehr Menschen hervorgebracht und bereitgestellt hat als irgendein anderes System in der Geschichte der Menschheit.

Laßt uns stolz sein darauf, daß wir in keinem der 4 Kriege, an denen wir in diesem Jahrhundert beteiligt waren, auch nicht in dem, den wir jetzt im Begriff sind zu beenden (Vietnam), um eines selbstsüchtigen Vorteils willen gekämpft haben, sondern stets um anderen zu helfen, einem Angriff zu widerstehen.

Laßt uns stolz sein darauf, daß wir durch unsere kühnen, neuen Initiativen und durch unsere Beharrlichkeit in der Sache eines ehrenhaften Friedens einen Durchbruch erzielt haben in Richtung auf etwas, das die Welt bisher nicht gekannt hat: die Schaffung einer Friedensordnung, die nicht nur in unserer Zeit, sondern auch künftig Bestand haben kann.<<

Der nordamerikanische Historiker Alvin M. Josephy jr. berichtete später über die Lebensverhältnisse der amerikanischen Ureinwohner in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (x193/-

18-20): >>... Trotz der schnell vorangetriebenen Assimilation und Akkulturation (kulturelle Anpassung) der Indianer und der rasanten fundamentalen Veränderungen, die nach der Jahrhundertmitte in den Beziehungen zwischen Indianern und weißen Amerikanern eintraten, sind bei einem Großteil der nichtindianischen Bevölkerung nach wie vor antiindianische Feindseligkeiten, Vorurteile, herablassende Haltungen und Diskriminierungen verbreitet – eine Folge des Eurozentrismus. ...

Kein Wunder, daß man heute ehrlicherweise sagen muß, daß für die meisten nichtamerikanischen Amerikaner die Indianer "vertraute Fremde" sind, die ersten Amerikaner, in der Tat, aber von allen Teilen der amerikanischen Bevölkerung ironischerweise der am wenigsten bekannte. Der Eurozentrismus hat seine Wirkung nicht verfehlt: Hinter den Legenden und jenseits der Mythen kennen nur wenige Nichtindianer die Wirklichkeit.

Gleichzeitig waren sich viele Menschen seit langem darüber im klaren, daß das stereotype Denken der Weißen nicht nur den Indianern großen Schaden zufügte, sondern auch den Eroberern und Vertreibern. Aus der Sicht der Indianer liegt der Schaden nicht nur im Verlust so vieler Menschenleben, sondern auch im anhaltenden Unverständnis der weißen Amerikaner, wenn die Indianer versuchen, sich gegen Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen und den ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen.

Die Weißen ihrerseits, die der indianischen Geschichte und Kultur jeden Wert absprechen, negieren Jahrtausende indianischen Wissens und indianischer Erfahrung mit dem Land sowie den gewaltigen spirituellen Reichtum und die schöpferische Vielfalt indianischen Lebens.

... Diese ungeheure Quelle zu ignorieren ist schiere Verschwendung. Niemand kann behaupten, die Geschichte zu kennen, der nicht auch der indianischen Geschichte die volle Wertschätzung ohne Verzerrungen und Entstellungen zuteil werden läßt.<<

Nach langen und schwierigen Friedensverhandlungen (seit Mai 1968) wurde am 27. Januar 1973 in Paris ein Waffenstillstandsabkommen für Vietnam abgeschlossen.

Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) erklärte im Februar 1973 während einer Bundestagsrede (x297/156): >>Die Bundesregierung hat in den ersten sieben Monaten ihres Bestehens, von Oktober 1969 bis Mai 1970, die wichtigsten bis dahin von uns allen gemeinsam und von unseren westlichen Verbündeten vertretenen deutschlandpolitischen Positionen preisgegeben.

Sie hat die DDR als zweiten deutschen Staat anerkannt. Sie hat auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland, in gewissen Fragen für ganz Deutschland zu sprechen, verzichtet, hat die Grenzen anerkannt, sowohl die Westgrenze Polens als auch die innerdeutsche Grenze als Staatsgrenze. Sie hat der Aufnahme der DDR in die UNO zugestimmt, und sie hat grünes Licht dafür gegeben, daß die DDR weltweit anerkannt wurde.

Damit erfüllte die Bundesregierung die von der Sowjetunion und der DDR seit vielen Jahren erhobenen Forderungen, ohne sich überhaupt irgendeine Gegenleistung verbindlich zusagen zu lassen. ...

Die Bundesregierung sagt nun weiter, sie habe nichts weggegeben, was nicht schon vorher verloren gewesen sei. Aber auch diese Behauptung ist falsch. Als die Regierung Brandt/Scheel 1969 ihr Amt antrat, war die deutschlandpolitische Position der Bundesrepublik im wesentlichen intakt; die Bemühungen der DDR um weltweite Anerkennung ... waren erfolglos geblieben. ...<<

Die SED-Regierung lehnte am 8. März 1973 Wiedergutmachungsforderungen Israels in jeglicher Form ab.

Die US-Kampftruppen zogen am 29. März 1973 ihre letzten Einheiten aus Süd-Vietnam ab.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über den endlosen Krieg in Vietnam (x075/241): >>Die Vereinigten Staaten haben sich schrittweise in Vietnam engagiert. Zwischen 1950 und

1954 finanzierten sie in wachsendem Umfang den von Frankreich geführten Krieg. Nach dem Genfer Frieden vom Juni 1954 machte ihnen die Regierung Pierre Mendés France in Saigon gleichsam Platz, insbesondere um das Überleben eines nichtkommunistischen Regimes zu garantieren.

Unter Kennedys Präsidentschaft kamen zu den "Beratern" amerikanische Flugzeuge und Hubschrauber hinzu. Unter Johnson wurden dann schließlich die amerikanischen Soldaten hingeschickt, 1962 waren es 11.000, 1964 wuchs die Zahl auf 23.000, 1966 auf 385.000, 1968 auf 536.000, 1970 sank sie wieder auf 335.000, 1972 schließlich auf 24.000.

Auf der einen Seite gab es Bombardements, das Napalm, den Einsatz von Entlaubungsgiften, die Repressalien gegen die Dorfbevölkerung, was bis zur Auslöschung eines ganzen Dorfes führen konnte, wie im März 1968 in My Lai.

Auf der anderen Seite gab es die Minen, die Menschen ohne Vorwarnung zerrissen, Repressalien gegen die anderen Dorfbewohner und manchmal auch gegen dieselben.

Und Entführungen und Morde in den Städten und auf dem Land, um die "Kollaborateure" zu demoralisieren.

Eine halbe Million Opfer unter der Zivilbevölkerung, 57.000 getötete amerikanische Soldaten, eine viertel Million südvietnamesische Soldaten, wahrscheinlich eine Million getöteter Nordvietnamesen und Vietkongkämpfer, Verwundete in noch viel größerer Zahl: ein sehr viel grausamerer, mörderischer Krieg als der Algerienkrieg. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den US-Krieg in Vietnam (x169/88-89): >>... Infolge der Kriege der USA in Indochina starben etwa 4-5 Millionen Männer, Frauen und Kinder.

Nach dem Abzug der Amerikaner benötigte Vietnam, wie ein Historiker schreibt, dringend Hilfe. "Im Süden waren 9.000 von 15.000 Dörfern, 10 Millionen Hektar Ackerland sowie 5 Millionen Hektar Wald zerstört; 1,5 Millionen Nutztiere waren getötet worden. Schätzungen zufolge gab es 200.000 Prostituierte, 800.000 Waisen, 180.000 Behinderte und 1 Million Witwen; alle sechs Industriestädte des Nordens waren schwer beschädigt, ebenso wie Provinz- und Distrikthauptstädte sowie 4.000 von 5.800 landwirtschaftlichen Gemeinden."

Doch Präsident Carter verweigerte jegliche Wiedergutmachung und erklärte, daß "die Zerstörung wechselseitig war".

William Cohen, Verteidigungsminister unter Präsident Clinton, verkündete, er sehe keine Notwendigkeit für "irgendwelche Entschuldigungen, was den Krieg selbst betrifft", und äußerte ebenfalls die Meinung: "Beide Länder haben durch ihn gelitten. Sie haben von dem Krieg Narben zurückbehalten. Sicherlich haben auch wir welche." ...<<

Der Bundestag ratifizierte am 11. Mai 1973 den sog. Grundlagenvertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (x156/8): >>... Artikel 3 Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder Anwendung von Gewalt enthalten.

Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

...<<

Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erklärte am 26. Juni 1973 während eines Abendessens zu Ehren des rumänischen Staatsratsvorsitzenden Ceausescu auf Schloß Augustsburg in Brühl (x077/121-122): >>... Bei der Rückbesinnung auf die Ursprünge Ihres Volkes hat ein Mann wesentlich mitgewirkt, dessen 475. Geburtstag Sie in diesem Jahr gedenken. Ich meine den Humanisten und Reformator Johannes Honterus, der auch den uns vertrauteren Namen Johannes Gross führte und dessen Denkmal ich bei meinem Besuch in Siebenbürgen

vor der Schwarzen Kirche in Kronstadt gesehen habe.

Honerus gehörte zu den großen Söhnen Ihres Landes, der aus den Verbindungen zum deutschen Sprachgebiet lebhaft Anregungen erhalten hat. Er ist ein Beispiel für Vertreter der rumänischen Bürger deutscher Sprache, die Siebenbürger Sachsen, die vor mehr als sieben Jahrhunderten, und die Banater Schwaben, die vor mehr als zwei Jahrhunderten in Ihr Land ausgewandert sind, die es zusammen mit den dort wohnenden Rumänen kultiviert geschützt und verteidigt haben. Diese Auswanderer haben in Siebenbürgen und im Banat eine neue Heimat gefunden, der sie seit Jahrhunderten die Treue bewahrt haben, auch in Not und Gefahr.

Sie haben in Literatur und Kunst beachtliche Werke geschaffen, die nicht nur bei Ihnen bekannt sind, sondern auch in den deutschen Sprach- und Kulturraum hineinwirken. Auch heute noch sind sowohl die in Rumänien lebende Mehrheit wie der als Folge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse heute in der Bundesrepublik Deutschland lebende Teil dieser Volksgruppen ein wichtiges Bindeglied zwischen unseren Ländern.

Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß unser besonderes Verhältnis zu ihrem Lande, Herr Staatsratsvorsitzender, ganz wesentlich der vermittelnden und für Ihre rumänische Heimat werbenden Tätigkeit Ihrer deutschsprachigen Landsleute zu verdanken ist.<<

Der rumänische Staatsratsvorsitzenden Ceausescu (1918-1989, hingerichtet) antwortete während seiner Ansprache am 26. Juni 1973 (x077/122): >>... Sie Herr Bundespräsident, haben hier daran erinnert, daß zwischen Rumänien und Deutschen uralte historische Beziehungen bestehen; noch aus der Zeit her, als die Territorien, auf denen sich unsere Länder erstrecken, demselben Römischen Reich angehört hatten.

Sie haben auch die Rolle der Sachsen und Schwaben bei der Entwicklung dieser Beziehung erwähnt, die vor Jahrhunderten auf dem Boden meines Landes angesiedelt wurden und sich heute voller Rechte und Freiheiten sowie weitgehender Möglichkeiten für ihre vielseitige Bekundung im sozialen Leben erfreuen. Sie leben und schaffen eng vereint mit dem rumänischen Volk und leisten ihren Beitrag zum Fortschritt und Erblühen der gemeinsamen Heimat des sozialistischen Rumänien.

Im Laufe der Jahrhunderte haben unsere Völker, zusammenarbeitend, ihren Beitrag zum Aufschwung der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kultur, der Zivilisation der Welt geleistet. ...<<
Außenminister Otto Winzer (1902-1975, seit 1950 Abgeordneter der Volkskammer) erklärte im Juni 1973 nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrages (x128/257-258): >>Die in maßgeblichen Kreisen der BRD vertretene These von der Möglichkeit "friedlicher Aufhebung der Grenzen durch Vereinbarung" geht an den politischen Realitäten vorbei.

Es ist doch einfach absurd zu glauben, die sozialistische DDR könnte und würde jemals mit der kapitalistischen BRD über eine "friedliche" Aufhebung der bestehenden Grenzen verhandeln. Das ist zwischen Staaten mit völlig gegensätzlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen, die obendrein noch gegensätzlichen Militärbündnissen angehören, völlig unmöglich. ...

Wir können jedoch nicht übersehen, daß in der BRD im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag häufig der Begriff "Modus vivendi" ("erträgliche Übereinkunft") gebraucht wird. Demgegenüber vertritt die DDR die Auffassung, daß die Grundlagen normaler Beziehungen und des friedlichen Zusammenlebens der beiden Staaten kein Provisorium sind, sondern Grundlagen sind und bleiben. ...<<

Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) begründete im Juni 1973 die Ablehnung des Grundlagenvertrages mit der DDR wie folgt (x128/257): >>(In dem Vertrag ist) sehr viel die Rede von den beiden Staaten, der BRD und der DDR. Sie bekräftigen einander die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, sie erklären, daß keiner den anderen international vertreten kann. ...

Die Begriffe, "Deutschland", "Deutsche Nation", "Deutsche Einheit" suchen Sie in diesem Vertrag vergebens. Ja, da, wo offenbar dem Sinne nach von Deutschland als Ganzem die Rede

ist, wenn nämlich von den Verantwortlichkeiten und Rechten der Vier Mächte gesprochen wird, wird sorgfältig vermieden, zu sagen, um welche Verantwortlichkeiten und Rechte es sich handelt, nur damit das Wort "Deutschland" in diesem Vertrag nicht erscheint.

Darin, in der Nichterwähnung unseres politischen Ziels der deutschen Einheit in diesem Vertrag, liegt ein schweres, möglicherweise nicht wieder gutzumachendes historisches Versäumnis. Das ist nicht der einzige Mangel, der diesen Vertrag und die mit ihm verfolgte Politik kennzeichnet. ...<<

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigte am 31. Juli 1973 die Zulässigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR vom 21.12.1972 (x070/168).

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 lautete wie folgt (x101/248-259): >>... **Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 31. Juli 1973**

... III.

Der Vertrag regelt die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Seine Beurteilung macht erforderlich, sich mit den Aussagen des Grundgesetzes über den Rechtsstatus Deutschlands auseinander zu setzen:

Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, **daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist**; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält.

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 (277); 3, 288 (319 f.); 5, 85 (126); 6, 309 (336, 363)), **besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig**. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt "verankert" (BVerfGE 2, 266 (277)). Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" tragen - auch - die vier Mächte (BVerfGE 1, 351 (362 f., 367)).

Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates - StenBer. S. 70). **Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich"**, - in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch", so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.

Die Bundesrepublik umfaßt also, was ihr Staatsvolk und ihr Staatsgebiet anlangt, nicht das ganze Deutschland, unbeschadet dessen, daß sie ein einheitliches Staatsvolk des Völkerrechtssubjekts "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem die eigene Bevölkerung als untrennbarer Teil gehört, und ein einheitliches Staatsgebiet "Deutschland" (Deutsches Reich), zu dem ihr eigenes Staatsgebiet als ebenfalls nicht abtrennbarer Teil gehört, anerkennt. Sie **beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den "Geltungsbereich des Grundgesetzes"** (vgl. BVerfGE 3, 288 (319 f.); 6, 309 (338, 363)), fühlt sich aber auch verantwortlich für das ganze Deutschland (vgl. Präambel des Grundgesetzes).

Derzeit besteht die Bundesrepublik aus den in Art. 23 GG genannten Ländern, einschließlich Berlin; der Status des Landes Berlin der Bundesrepublik Deutschland ist nur gemindert und belastet durch den sog. Vorbehalt der Gouverneure der Westmächte (BVerfGE 7, 1 (7 ff.); 19, 377 (388); 20, 257 (266)). Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden (BVerfGE 11, 150 (158)). Deshalb war z.B. der Interzonenhandel und ist der ihm entsprechende innerdeutsche Handel nicht Außenhandel (BVerfGE 18, 353 (354)).

2. Zum Wiedervereinigungsgebot und Selbstbestimmungsrecht, das im Grundgesetz enthalten ist, hat das Bundesverfassungsgericht bisher erkannt und daran hält der Senat fest: Dem Vorspruch des Grundgesetzes kommt nicht nur politische Bedeutung zu, er hat auch rechtlichen Gehalt. **Die Wiedervereinigung ist ein verfassungsrechtliches Gebot.** Es muß jedoch den zu politischem Handeln berufenen Organen der Bundesrepublik überlassen bleiben zu entscheiden, welche Wege sie zur Herbeiführung der Wiedervereinigung als politisch richtig und zweckmäßig ansehen.

Die Verfassungsorgane, denen im Grundgesetz auch der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihrer Institutionen zur Pflicht gemacht ist, haben zu entscheiden, ob eine bestimmte, sonst verfassungsmäßige Maßnahme die Wiedervereinigung rechtlich hindern oder faktisch unmöglich machen würde und aus diesem Grunde unterbleiben müßte. Ein breiter Raum politischen Ermessens besteht hier besonders für die Gesetzgebungsorgane. Das Bundesverfassungsgericht kann dem Gesetzgeber erst entgegenreten, wenn er die Grenzen dieses Ermessens eindeutig überschreitet, wenn seine Maßnahme also rechtlich oder tatsächlich einer Wiedervereinigung in Freiheit offensichtlich entgegensteht (BVerfGE 5, 85, 126 ff.; 12, 45, 51 ff.).

Das bedarf in folgender Richtung hier noch einer näheren Präzisierung: Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt zunächst: **Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken - das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wach zu halten und nach außen beharrlich zu vertreten - und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.**

Die Bundesregierung hat allerdings in eigener Verantwortung zu entscheiden, mit welchen politischen Mitteln und auf welchen politischen Wegen sie das nach dem Grundgesetz rechtlich gebotene Ziel der Wiedervereinigung zu erreichen oder ihm wenigstens näher zu kommen versucht.

Das Besondere dieses Vertrags ist, daß er zwar ein bilateralen Vertrag zwischen zwei Staaten ist, für den die Regeln des Völkerrechts gelten und der die Geltungskraft wie jeder andere völkerrechtliche Vertrag besitzt, aber zwischen zwei Staaten, die **Teile eines noch immer existierenden, wenn auch handlungsunfähigen, weil noch nicht reorganisierten umfassenden Staates Gesamtdeutschland mit einem einheitlichen Staatsvolk sind, dessen Grenzen genauer zu bestimmen hier nicht nötig ist. ...**

Art. 23 GG ist weder durch die politische Entwicklung überholt, noch sonst aus irgendeinem Grund rechtlich obsolet geworden. Er gilt unverändert fort. ...

5. Was die Vereinbarkeit des Vertrags mit den grundgesetzlichen Regelungen der Staatsangehörigkeit in Art. 16 und 116 Abs. 1 GG angeht, so gilt folgendes: Die Bundesrepublik hat zu Protokoll erklärt: "Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden." Aber damit, daß eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen nicht getroffen worden ist, ist die Frage nicht ausgeräumt, ob der Vertrag nicht Auswirkungen auf die Staatsangehörigkeit im Sinne des Art. 16 und des Art. 116 Abs. 1 GG hat und welche dieser Auswirkungen im Widerspruch mit den genannten grundgesetzlichen Vorschriften steht.

Art. 16 GG geht davon aus, daß die "deutsche Staatsangehörigkeit", die auch in Art. 116 Abs. 1 GG in Bezug genommen ist, zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist. Deutscher Staatsangehöriger im Sinne des Grundgesetzes ist also nicht nur der Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bundesrepublik Deutschland verliert ein Deutscher diese deutsche Staatsangehörigkeit nicht dadurch, daß sie ein anderer Staat aberkennt. ...<<

Die Bundesverfassungsrichter stellten im "Grundlagenvertragsurteil" vom 31. Juli 1973 je-

doch klar, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht und mit der Bundesrepublik (teil)identisch ist (x028/169): >>... Das Deutsche Reich existiert fort, ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<

Die Bundesrepublik Deutschland war demnach völkerrechtlich nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, weil das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterhin existiert!

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über das Urteil vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag mit der DDR und dem Fortbestand des Deutschen Reiches (x028/169): >>... Was die anderen Teile Deutschlands betrifft, so wird im selben Urteil festgestellt: "Andere Teile Deutschlands haben allerdings mittlerweile in der deutschen Demokratischen Republik ihre Staatlichkeit gefunden".

Daß das Bundesverfassungsgericht nicht von "den anderen Teilen", sondern unbestimmt von "anderen Teilen" ohne Gebrauch des bestimmten Artikels, spricht, scheint darauf hinzuweisen, daß es nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes noch weitere Teile Deutschlands jenseits des Staatsgebildes Bundesrepublik Deutschland und DDR gibt. Aus dieser Deduktion (Ableitung) ist argumentiert worden, daß Deutschland als Rechtssubjekt mit dem Gebietsbestand seiner völkerrechtsgemäßen Vorkriegsgrenze fortbestehen muß.<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915- 2017) schrieb am 10. August 1973 in der "New York Times" über die kommunistische Revolution in China (x347/320): >>... Was auch immer der Preis der chinesischen Revolution gewesen sein mag, so war sie doch offensichtlich erfolgreich, nicht nur bei der Schaffung einer effizienteren und motivierten Verwaltung, sondern auch darin, eine höhere Moral und einen besseren Gemeinschaftsgeist zu schaffen. ... Das Sozialexperiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten in der Menschheitsgeschichte.<<

Der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai (1898-1976) berichtete am 24. August 1973 auf dem X. Parteitag (x128/338-339): >>Genossen!

In einem halben Jahrhundert hat unsere Partei zehnmal große Kämpfe zweier Linien erfahren. Der Zusammenbruch der parteifeindlichen Lin-Piao-Clique bedeutet keineswegs den Abschluß des Kampfes zweier Linien innerhalb der Partei.

Die in- und ausländischen Feinde wissen, daß eine Festung am leichtesten von innen her einzunehmen ist. Es ist viel leichter, die Diktatur des Proletariats durch jene Machthaber umzustürzen, die sich in die Partei eingeschlichen haben und den kapitalistischen Weg gehen, als daß die Grundherren und Kapitalisten selbst ins Rampenlicht treten, zumal diese in der ganzen Gesellschaft schon in üblem Ruf stehen. ...

Wir müssen daher unser möglichstes tun, um solche Abweichungen rechtzeitig zu entdecken und zu korrigieren. Wenn uns eine falsche Tendenz wie eine steigende Flut entgegenschlägt, dürfen wir uns nicht vor dem Isoliertwerden fürchten, sondern müssen den Mut aufbringen, gegen die Strömung anzukämpfen und ihr die Stirn zu bieten.

Vorsitzender Mao hat festgestellt: "Gegen die Strömung anzukämpfen ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus." ...<<

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wurden am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen, obwohl sie weiterhin zu den sog. "Feindstaaten" des Zweiten Weltkrieges gehörten.

Aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) konnten gegen Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, ohne besondere Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat, Zwangsmaßnahmen verhängt werden. Die Alliierten waren z.B. ermächtigt, bei aggressiven politischen Ausnahmezuständen in Deutschland jederzeit ohne ein UN-Mandat militärisch eingreifen.

Die UN-Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) gegen Deutschland wurden auch später

nicht aufgehoben und existieren noch immer.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die UN-Feindstaatenklausel (x306/177-179): >>... Überall sind - jahrelang nicht beachtet - Relikte des Ausnahmerechtes gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges (und dessen Ausdeutungen in Gesinnungen) vorhanden.

Sie brauchen nur reaktiviert zu werden. Die Sowjetunion hat diese Relikte die ganze Nachkriegszeit hindurch weiterentwickelt und zur konsequenten Basis ihrer Deutschlandpolitik gemacht. Sie kann daher der westlichen, aus sich ständig wandelndem Stückwerk bestehenden Deutschlandpolitik eine östliche Deutschlandpolitik entgegenstellen, die durch die durchdachte Verknüpfung ihrer Teilstücke weit über die russischen Grenzen hinaus werbend wirkt.

Die Antikommunisten haben diese Deutschlandpolitik zurückgewiesen, weil sie den kommunistischen Stempel trug, die Liberalen haben sie verspottet, weil ihr Sprachgewand nicht den von ihnen gesetzten stilistischen Maßstäben genügte. Nach der Herkunft und dem Zusammenhang hat keiner von beiden gefragt.

Das heute noch gültige Ausnahmerecht gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges beginnt mit der Charta der Vereinten Nationen. Nach Art. 53 und Art. 107 sollen die Bestimmungen der Charta nicht auf Maßnahmen anwendbar sein, die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gegen die Besiegten getroffen werden.

So konnte anlässlich der Berliner Blockade 1948 gegen einen Antrag der Vereinigten Staaten auf Aufnahme der Berlinfrage in die Tagesordnung der Vereinten Nationen von der Sowjetunion mit Berufung auf Art. 107 der UNO Satzung eingewandt werden, daß die Zuständigkeit der Vereinten Nationen dort zu Ende gehe, wo Maßnahmen gegen ehemalige Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges getroffen würden.

Als ein CDU Abgeordneter im Sommer 1964 davon erfuhr und im Bundestag anfragte, was es mit diesen Artikeln auf sich habe und was die Bundesregierung unternommen habe, um sie beseitigen zu lassen, antwortete Staatssekretär Prof. Dr. Carstens im Namen der Bundesregierung, daß die deutsche Diplomatie sich nicht gedrängt gefühlt habe, etwas zu unternehmen, da die Artikel durch die Umstände überholt seien und nicht mehr angewandt würden. Verwunderlich, warum sie dann nicht beseitigt werden können.

Worauf der Staatssekretär anspielte, ist, daß sich die westlichen Alliierten im Friedensvertrag mit Japan 1951 verpflichtet haben, sich auch Japan gegenüber von den Grundsätzen des Art. 2 der UNO-Satzung, der die Gleichberechtigung der Staaten festlegt, leiten zu lassen.

Die drei Westmächte gaben später bei der Londoner Konferenz am 3. Oktober 1954 eine ähnliche Versicherung gegenüber der Bundesrepublik zu Protokoll. Nur haben weder die Westmächte gegenüber den südosteuropäischen Verbündeten der Sowjetunion, noch Rußland und China gegenüber Deutschland und Japan eine solche Verzichtserklärung abgegeben. Die Bestimmungen, die ein dauerndes Ausnahmerecht gegenüber den Besiegten festlegen, sind nur im Gedächtnis deutscher Diplomaten beseitigt. Die Sowjetunion hat die Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges stets gepflegt und sorgsam aufrechterhalten.

Der Art. 53 der UNO-Satzung hat das Ziel, "die Wiederaufnahme der Angriffspolitik der Besiegten zu verhindern". Wenn die Sowjetunion durch Zitieren dieser Bestimmung den von ihr 1955 geschlossenen Warschauer Pakt, einen Militärpakt, der sie mit den Staaten ihres Einflußbereiches verbindet, mit der UNO-Satzung in Übereinstimmung brachte, so handelte es sich nicht, wie vielfach angenommen, um eine polemische Formel, die die aus der Bundesrepublik drohenden Gefahren an die Wand malen sollte, um so die Bündnispartner leichter vor den eigenen Wagen zu spannen, sondern um eine Berufung auf eine internationale Ordnung, der die Vereinigten Staaten einmal zugestimmt hatten und von der abzurücken der Sowjetuni-

on nicht zum Vorteil gereicht.

"Wiederaufnahme der Angriffspolitik" ist ein Urteil, das über Maßnahmen einer Wiederbewaffnung, bestimmte Waffenausrüstungen deutscher Truppen, über Paktbeitritte und bloße Gesinnungsäußerungen gleichermaßen gefällt werden kann.

Es ist die Schwäche des Adenauerschen Weges der schrittweisen Wiedergewinnung der Souveränität, daß das politische System der Ausnahmebestimmungen gegen die Besiegten des Zweiten Weltkriegs dadurch "überholt" wurde, daß man es durch stillschweigendes Einverständnis mit den westlichen Bündnispartnern für überholt gelten ließ. Einverständnis setzt beiderseitiges Wohlwollen voraus. Lockert sich das Wohlwollen, muß es durch Geschenke wiedererworben werden. Adenauer unterscheidet sich vom Reiter über den Bodensee dadurch, daß er nicht ganz ans Ufer gelangt ist.

Auch in einer ganzen Reihe weiterer Verträge, die von kommunistischen Staaten geschlossen wurden, wird die Berufung auf die UNO-Satzung mit Bestimmungen gegen die Bundesrepublik logisch gekoppelt. Der polnisch-sowjetische Vertrag vom 8. April 1965, der den von 1945 nach 20jähriger Laufzeit ersetzte und Polen und die Sowjetunion zu einer gemeinsamen Deutschlandpolitik verpflichtet, bezieht sich in seiner Präambel auf die UNO-Satzung und darauf, "daß der westdeutsche Militarismus die Sicherheit in Europa bedroht".

In Art. 5 verpflichten sich die beiden vertragschließenden Parteien, "alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die Gefahr einer Aggression von Seiten der westdeutschen Kräfte des Militarismus und der Revanche oder von Seiten irgendeines Staates, der mit diesen Kräften ein Bündnis abschließen würde, zu beseitigen". Die Sowjetunion und Polen berufen sich auf das politische System von 1945, das sie nie verlassen haben. Die Amerikaner beginnen zu entdecken, daß dieses System für sie auch erhebliche Vorteile brachte. De Gaulle ruft immer wieder zur Abkehr von Jalta und zur Errichtung eines neuen Gleichgewichtes auf.

Nur die deutsche Politik nimmt die großen Tendenzen der Zeit, auch dort wo sie der Hauptbetroffene ist, nicht zur Kenntnis. Es ist eine Berufskrankheit der Juristen, die Augenblickslage in allen ihren Details scharf zu erfassen, ohne dabei die großen Tendenzen zu sehen, die in sie hineingeführt haben und wieder aus ihr herausführen. Das für die Bundesverwaltung charakteristische "Juristenmonopol" läßt die Bundesrepublik im Abstieg immer weiter voranschreiten, ohne daß sie dessen gewahr wird.<<

Im Oktober 1973 brachte ein ägyptisch-syrischer Überraschungsangriff ("Jom-Kippur-Krieg") Israel zeitweise in große in Bedrängnis.

Nach wechselvollen Kämpfen und hohen Verlusten konnten israelische Truppen die Angreifer während des Zweifrontenkrieges am Suezkanal (gegen Ägypten) und bei den Golanhöhen (gegen Syrien) letzten Endes zurückdrängen oder einschließen.

Die UdSSR und die USA setzten in der UNO schließlich einen Waffenstillstand durch. Nach Vermittlung des US-Außenministers Kissinger gab Israel 1974 einen Streifen am Suezkanal an Ägypten zurück und Syrien erhielt das Gebiet um Kuneitra auf den Golanhöhen zurück.

Nahum Goldmann (1895-1982, von 1949-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) schrieb später über die Folgen des arabisch-israelischen Krieges im Oktober 1973 (x067/192):

>>... Vielleicht die wichtigste Folge des Jom-Kippur-Krieges war die Änderung in der amerikanischen Haltung gegenüber der Lage im Nahen Osten.

Die amerikanische Regierung begann sich Rechenschaft darüber abzulegen, daß ihre Politik der Passivität und des Nichtstuns und des Versuches, den Status quo fortzusetzen, mit einem völligen Mißerfolg geendet hatte und eine Bedrohung darstellte, nicht nur für den Nahen Osten, sondern auch für die Politik der Entspannung, die Nixon und Kissinger zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingeleitet hatten.

Die beiden Supermächte, vor allem die USA, die allein die Mittel haben, Israel zu einer Änderung seiner Politik zu veranlassen, begannen ihre passive Politik durch eine mehr aktive zu

ersetzen. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den arabisch-israelischen Krieg im Oktober 1973" (x169/33-35): >>... Die schockierenden Rückschläge Israels zu Beginn und seine bedeutenden Verluste während des arabisch-israelischen Oktober-Krieges von 1973 sowie seine zunehmende internationale Isolation danach verschärfen die Befürchtungen der amerikanischen Juden bezüglich Israels Verwundbarkeit. Entsprechend trat nun die Erinnerung an den Holocaust in den Mittelpunkt des Geschehens.

Novick schreibt dazu: "Unter amerikanischen Juden ... bekam die Situation eines verwundbaren Israels allmählich eine erschreckende Ähnlichkeit mit der der europäischen Juden dreißig Jahre zuvor. ... Nicht nur war das der "Take off" des Redens über den Holocaust in Amerika, es wurde auch zunehmend institutionalisiert." - Doch im Krieg von 1948 hatte Israel sich näher am Abgrund befunden und weit mehr Opfer zu beklagen gehabt als 1973.

Klar, abgesehen von seinem Bündnis mit den USA war Israel nach dem Oktober-Krieg von 1973 international nicht mehr gut angesehen. ... Abba Eban erinnert sich traurig seiner glänzenden Vorstellung vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die, "nachdem sie die Rede mit anhaltendem und heftigem Applaus bedacht hatte, in der Folge mit großer Mehrheit gegen uns stimmte".

Bei diesem Konsens spielten die USA eine herausragende Rolle. Nicht nur, daß Eisenhower Israel zum Rückzug zwang, auch die öffentliche Unterstützung für Israel in den USA fiel auf einen "erschreckenden Tiefstand" (so der Historiker Peter Grose). ...

Tatsächlich trat die Holocaust-Industrie nicht deshalb in den Mittelpunkt des Geschehens, weil Israels unerwartete Rückschläge während des Oktober-Krieges von 1973 ... Erinnerungen an die "Endlösung" wachriefen. ... Die historischen Dokumente legen überzeugend nahe, daß die amerikanischen Juden, wenn Israel nach dem Oktober-Krieg wirklich allein dagestanden hätte, sich um keinen Deut mehr an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis erinnert hätten als nach den Kriegen von 1948 oder 1956. ...<<

Der Bund der Vertriebenen wies am 10. Dezember 1973 in einer Petition an die UNO auf die noch immer ungesühnten Vertreibungsverbrechen an den Reichs- und Volksdeutschen hin (x077/133-134): >>Petition vom Dezember 1973, unterzeichnet von 144.000 Personen, darunter 4 Ministerpräsidenten der Länder und 2 ehemalige Bundeskanzler.

Millionen deutscher Vertriebener,

durch sowjetrussische, polnische, tschechoslowakische, ungarische, rumänische und jugoslawische Behörden in den Jahren 1944 bis 1948 aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat vertrieben, ausgewiesen oder zur Flucht genötigt, wobei ein Fünftel den Tod gefunden hat und Werte in Höhe von 350 Milliarden DM widerrechtlich entzogen oder vernichtet worden sind,

gedenken am 10. Dezember 1973 der 25. Wiederkehr des Tages, an dem die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und Grundfreiheiten feierlich verabschiedet hat.

Sie erinnern daran, daß bei der Vertreibung ihre fundamentalen Menschenrechte verletzt wurden:

Das Recht auf Freiheit, Gleichheit und Achtung ihrer Würde ohne Rücksicht auf Sprache oder nationale Herkunft,

das Recht vor willkürlichem Entzug der Staatsangehörigkeit sowie vor unmenschlicher sowie erniedrigender Behandlung, vor willkürlicher Festnahme und Haft sowie willkürlichem Entzug des Eigentums geschützt zu sein,

das Recht, seinen Wohnsitz frei zu wählen und in sein Land zurückzukehren,

das Recht auf freie Berufswahl, soziale Sicherheit und die zur Entwicklung der Persönlichkeit

unentbehrlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte, das Recht auf Unterlassung unterschiedlicher Behandlung und auf Schutz vor Diskriminierung und Handlungen, die die Grundrechte verletzen.

Diese grundlegenden Rechte sind für die Millionen aus ihren Wohnsitzen vertriebenen Deutschen in ihrer angestammten Heimat bisher nicht wiederhergestellt worden und werden auch heute noch aktuell und fortwährend unter Bruch der Menschenrechte Hunderttausenden Deutschen gegenüber verletzt, die in der Heimat zurückgeblieben sind.

Millionen deutscher Vertriebener bekennen sich unbeirrt zu den in der Erklärung umschriebenen Rechten und haben dies bereits in der am 5. August 1950 verabschiedeten Charta der Heimatvertriebenen getan. Trotz des erlittenen schweren, entwürdigenden Unrechts haben die deutschen Vertriebenen darin auf jede Rache und Vergeltung für alle Zeit verzichtet, aber gleichzeitig verlangt, daß ihr Recht auf die Heimat verwirklicht werde.

Millionen deutscher Vertriebener fordern die Beseitigung der Folgen des ihnen zugefügten und in der angestammten Heimat noch bestehenden Unrechts mit friedlichen Mitteln und unter Achtung der Würde, Existenz und angemessenen Entfaltung der beteiligten Völker.

Sie fordern die einheitliche Auslegung der Menschenrechtserklärung in allen Staaten der Welt, die vertragliche Sicherung der in der Erklärung beschworenen Rechte durch den Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 und eine wirksame internationale Kontrolle für ihre Verwirklichung.

Sie stützen sich dabei auch auf eine große Zahl internationaler und innerstaatlicher Rechtsgrundsätze und Normen und auf Erklärungen, die auf dem Völkergewohnheitsrecht gründen. Sie berufen sich ferner auf das Urteil des höchsten Gerichts des freien Deutschlands, des Bundesverfassungsgerichts, vom 31. Juli 1973.

Die deutschen Vertriebenen verfolgen damit nicht nur ihre eigenen Ziele, sondern vereinigen sich mit den Stimmen derjenigen, die zur 25. Wiederkehr der Verabschiedung der allgemeinen Menschenrechtserklärung ihre Hoffnung auf die weltweite Verwirklichung der darin verankerten Rechte setzen:

Sie fordern, daß allen Menschen ohne Rücksicht auf Sprache, Glaube und Herkunft das Grundrecht auf ungestörten Verbleib in der angestammten Heimat und auf die Verwirklichung aller Grundfreiheiten und Menschenrechte für den einzelnen und die Gemeinschaften gesichert ist. Sie fordern, daß die Freizügigkeit vom und zum angestammten Wohnsitz gewährleistet und, wo verletzt, auf friedlichem Wege unter internationaler Kontrolle wiederhergestellt wird.

Hierfür sich mit friedlichen Mitteln einzusetzen, ist ihre und ihrer Nachkommen Pflicht und Versprechen. ...<<

Durch Unterzeichnung des Prager Vertrages wurde am 11. Dezember 1973 das Münchener Abkommen vom 29.09.1938 "als nichtig" erklärt (x024/269-270): >>Artikel I: Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Republik betrachten das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig.

Artikel IV: 1. In Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Grundsätzen bekräftigen die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Republik die Unverletzlichkeit ihrer gemeinsamen Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

2. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.<<

Die Bundesrepublik und die Tschechoslowakei nahmen anschließend diplomatische Beziehungen auf.

Dänemark, Großbritannien und Irland traten im Jahre 1973 der EG bei.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1974) berichtete am 7. Januar 1974 über das Buch "Der Archipel GULAG" des sowjetischen Schriftstellers Alexander Solschenizyn (1918-2008): >>Bereit, den Tod auf mich zu nehmen

Eine publizistische Weltsensation steht bevor: Alexander Solschenizyn, Literatur-Nobelpreisträger und Leitfigur der innersowjetischen Opposition, hat unerwartet die Veröffentlichung eines Buches freigegeben, das er als sein Hauptwerk bezeichnet. "Der Archipel GULAG" ist die bisher schärfste Abrechnung eines sowjetischen Autors mit dem System von Terror und Verbannung in Rußland, das er nicht erst Stalin, sondern bereits Lenin anlastet.

Fünf Tage und vier Nächte hielt die Untersuchungsgefängene den Fragen der Vernehmungsbeamten stand. Welche Tricks die Routiniers des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes KGB auch anwandten -- Jelisaweta Woronjanskaja, Vertraute des Schriftsteller-Nobelpreisträgers Alexander Solschenizyn, wich aus, gab nur vage Antworten.

Doch die KGB-Männer ließen nicht locker. Immer wieder kreisten ihre Fragen um ein Manuskript Solschenizyns, von dem sie offenbar nur den Titel kannten: "Der Archipel GULAG".

Schon Anfang 1969 hatte sich in Moskau herumgesprochen, der einflußreichste Wortführer der innersowjetischen Opposition habe ein Buch geschrieben, in dem er das Sowjetsystem der Vergangenheit schärfer als je zuvor attackierte. Der Titel verriet das Thema der Arbeit, denn GULAG ist das Kürzel für eine der beklemmendsten Institutionen der Sowjet-Union: "Glawnoje Uprawlenije Lagerei", Hauptverwaltung für Straflager.

Nur wenigen war bekannt, was Solschenizyn mit dem Manuskript vorhatte. Er hielt es an einem unbekanntem Ort versteckt, nicht einmal die engsten Freunde durften es lesen. Immer wieder beteuerte der Autor, er werde sein "Hauptwerk" nur veröffentlichen, wenn er selber in Gefahr sei.

Dennoch wollten Gerüchte wissen, er habe das Manuskript bereits in den Westen schmuggeln lassen. Ein amerikanischer Verlag sollte die Abdrucksrechte erworben haben, das Buch in einem New Yorker Banksafe liegen. Solschenizyn reagierte auf solche Gerüchte "nervös und konsterniert" -- so "Time" im März 1970.

"Er bat seine Freunde", erinnert sich Solschenizyns Kampfgefährte Jaures Medwedew, "über das Manuskript nichts zu sagen, ja die Existenz des Manuskripts schlechthin zu leugnen. Er tat das, weil er damals tatsächlich nicht an eine Veröffentlichung dachte."

Daher wußte er ebenso wie die Fahnder des KGB, daß der heikle Text die Sowjet-Union noch nicht verlassen hatte. Keine Spur wies in das Versteck des Buches. Da packten die Staatssicherer den Dichter an einer schwachen Stelle seines Geheimhaltungsschirms: Im August 1973 geriet Solschenizyn-Vertraute Jelisaweta Woronjanskaja vor die Verhörscheinwerfer des Leningrader KGB.

In der fünften Vernehmungsnacht brach die Frau zusammen und gab das Versteck des Buches preis. Das Manuskript geriet in den Besitz des KGB. Die Woronjanskaja fuhr in ihre Wohnung zurück und erhängte sich.

Der Selbstmord seiner Konfidentin trieb Solschenizyn in eine Panik. Zug um Zug hatte ihn der KGB von der Umwelt isoliert; die Wohnungen seiner Freunde waren durchsucht, einige von ihnen verhaftet worden. Manuskripte waren beschlagnahmt, sein Mitarbeiter Gabriel Sperfin in einer KGB-Zelle verschwunden.

Jetzt sah er sich selber gefährdet. "Wenn ich plötzlich unerklärlicherweise im Sterben liegen sollte", vertraute er Ende August westlichen Korrespondenten an, "können Sie sich darauf verlassen, daß ich mit Zustimmung des Staatssicherheitsdienstes oder von ihm selbst umgebracht wurde."

Die Stunde der Entscheidung schien ihm gekommen. Denn das Manuskript enthielt die Namen oder Initialen von 227 Sowjetbürgern, die ihm Material zu seinem Buch geliefert hatten - sie galt es durch internationale Publizität vor dem KGB zu retten. Solschenizyn in dem

Vorwort des "Archipel GULAG": Die Pflicht gegenüber den noch Lebenden überwog die Pflicht gegenüber den Verstorbenen. Doch nun, da das Manuskript in die Hände des Staatssicherheitsdienstes gefallen ist, bleibt mir keine andere Wahl, als es unverzüglich zu veröffentlichen.

Noch im September kontaktierte er den Züricher Rechtsanwalt Dr. Fritz Heeb, der seit Anfang 1970 von Solschenizyn mit der Vertretung seiner Autorenrechte im gesamten Westen beauftragt ist.

Wie er zu diesem Auftrag kam, gibt Heeb nicht preis. Die Autoren einer unlängst bei Kindler erschienenen Solschenizyn-Biographie, David Burg und Georg Feifer, deuten es nur vorsichtig an; sie bezeichnen den Anwalt als "Sozialdemokraten des linken Flügels", schreiben ihm "enge Beziehungen" zu Dubcek-Anhängern zu und vermuten, "daß die Beauftragung auf diesem Wege erfolgte".

Auf welchem Wege der "Archipel GULAG" in den Westen gelangte, will Heeb "natürlich" ebenfalls nicht sagen -- nicht einmal, seit wann das Werk in seinem Besitz ist. Solschenizyn-Lektor Gert Woerner: "Es kam auf sehr, sehr umständlichen Wegen in den Westen" und "nicht als Manuskript-Paket".

Sicher aber ist, daß Vermittler Heeb sofort einen ganz bestimmten Abnehmer anvisierte. Seine Wahl war nicht ohne Überraschung: Verleger Rudolf Streit-Scherz in Bern "fiel aus allen Wolken", als ihm der Rechtsanwalt das neue Solschenizyn-Werk anbot und 200 Seiten der Erstfassung einer deutschen Übersetzung zur Prüfung vorlegte.

1971 hatte Heeb dem deutschen Luchterhand-Verlag die Weltrechte an Solschenizyns Roman "August Vierzehn" übertragen. Für den "Archipel GULAG" erteilte er Scherz nur das deutsche Copyright. Jeweils einzeln schloß er die Verlagsverträge für die amerikanische (Harper & Row), englische (Collins), französische (Seuil) und schwedische (Wahlström & Widstund) Ausgabe ab.

Für die Wahl von Scherz statt Luchterhand war auch ein Wunsch Solschenizyns ausschlaggebend, Heeb: "Ich bekam eine Andeutung von ihm, daß er für dieses Buch einen Schweizer Verlag wünsche."

Heeb selbst wünschte sich ebenfalls "einen Verlag in meiner Nähe, weil es ja auch sehr rasch gehen mußte". Außerdem schien ihm bei Scherz "die gebotene Geheimhaltung" des Projekts am besten gewährleistet.

Zu eben dieser vorläufigen Geheimhaltung -- Schutz vor allem gegen mögliche prohibitive Sowjet-Schritte wurden Scherz und die übrigen Verlage von Heeb vertraglich verpflichtet, auch der religiöse Emigrantenv-Verlag YMCA-Press in Paris, der am Freitag vorletzter Woche eine russische "Archipel"-Edition publizierte, die das Urheberrecht Solschenizyns sichert, und der überdies eine Miniaturausgabe im Format einer Zigarettenschachtel vorbereitet. Und tatsächlich gelang das Geheim-Manöver vollkommen:

Am 25. Oktober letzten Jahres erhielt Scherz von Heeb das Manuskript der deutschen Übersetzung, deren Verfasserin sich unter dem Pseudonym Anna Peturnig verbirgt. Eingeweiht und jeweils persönlich zur Diskretion vergattert waren im Verlag außer dem Inhaber Streit-Scherz und Cheflektor Woerner nur noch zwei weitere Mitarbeiter,

Am 1. November ging Woerner mit der Übersetzerin zur Endredaktion des Manuskripts "für vier Wochen in Klausur" (Woerner), Abschrift-Arbeiten wurden nicht von Verlagssekretärinnen, sondern von Woerner, von Anna Peturnig und von verlags- und branchenfremden Schreibkräften ausgeführt.

Anfang Dezember lieferte der Verlag das satzfertige Manuskript an die Druckerei Ebner in Ulm -- unter dem Decktitel "Maximow II"; auch im Text hatten die Scherz-Leute den Namen Solschenizyn durch den Namen des sowjetischen Schriftstellers Wladimir Maximow ersetzt, der ebenfalls bei Scherz publiziert.

Noch vor Jahresende erledigte der Scherz-Lektor im Ulmer Druckhaus die letzten Korrekturen, während die Werber des Verlages ihre Instruktionen erhielten. Die ersten Exemplare der 50.000-Erstaufgabe sollen Ende Januar in den Handel kommen. Weil es Solschenizyns "sehr dezidierter Wunsch ist, daß dieses Werk möglichst weit verbreitet wird" (Heeb), erscheint der 608-Seiten-Band als Paperback zum Niedrigpreis: für 19,80 Mark.

Erst im letzten Augenblick, gleichzeitig mit dem Erteilen des Imprimatur, ersetzte Woerner Decktitel und Tarnnamen durch eine neue Signatur: Alexander Solschenizyn. Eine publizistische "Weltsensation" (so die "Süddeutsche Zeitung") stand bevor.

Begleitet von den Protesten sowjetischer Presseorgane (Tass: "Eine neue antisowjetische Polit-Schmähschrift, Neujahrgeschenk für die Feinde des Vaterlandes"), konnte Solschenizyns Bericht über die Straflager der UdSSR sofort die volle Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit gewinnen. Weltblätter wie die "New York Times" und der Londoner "Observer" erwarben Vorabdruckrechte, auch der SPIEGEL griff zu: In diesem Heft beginnt er, Auszüge aus dem Buch zu veröffentlichen.

Solschenizyns "poetisches j'accuse gegen die Übel des kommunistischen Regimes seiner Heimat" ("Newsweek") sprengt alle Grenzen, die sich die Wortführer der innersowjetischen Opposition in ihrem Kampf für ein liberales Rußland bisher noch zogen. Wie kein sowjetischer Autor vor ihm greift Solschenizyn das von Lenin und Stalin überkommene System an -- in "einem politischen Akt ohne Beispiel in den 56 Jahren seit der bolschewistischen Revolution", wie die "New York Times" urteilt. Bitterer, höhnischer, detaillierter hat kein Sowjetbürger über die Ära leninistisch-stalinistischer Menschenverfolgung gerichtet.

Die Tyrannei des Stalinismus -- das ist Solschenizyns Kernthese -- sei kein Betriebsunfall der Geschichte gewesen, sondern schon von langer Hand angelegt: Mit Lenins "Kampagne gegen das "Ungeziefer" der anpassungsunwilligen Kräfte habe diese Fehlentwicklung von Staat und Gesellschaft begonnen.

"Auch ich hing lange der Meinung an, so Solschenizyn, "daß es Stalin war, der die sowjetische Staatlichkeit in die verhängnisvolle Richtung getrieben hatte. Inzwischen ist Stalin still dahingeshieden -- aber der Schiffskurs, hat er sich wirklich um vieles geändert? Was er an Eigenem, Persönlichem den Ereignissen aufprägt, war die trostlose Stumpfheit, der starrsinnige Despotismus, die Selbstbeweihräucherung ohne Maß. In allem übrigen trat er genau in die vorgegebenen Fußstapfen."

Deshalb liege Rußlands Überlebenschance einzig darin, sich von dieser Vergangenheit radikal freizumachen. Ohne Vergangenheitsbewältigung gebe es keine Zukunft: "Wie unbehaglich, wie unheimlich wird es sein, in einem solchen Land zu leben!"

Ohne Rücksicht auf die Gefühle seiner Landsleute verlangt Solschenizyn, bei den Westdeutschen zu lernen, wie man sich von den Massenverbrechen der eigenen Vergangenheit befreit. In Westdeutschland seien 86.000 politische Verbrecher gerichtet worden, "bei uns aber stand ein knappes Dutzend vor Gericht".

Mindestens 250.000 Funktionäre will er vor Gericht gestellt sehen, denn zu groß seien die von ihnen begangenen Verbrechen in der Lenin- und Stalin-Zeit gewesen. 12 Millionen Menschen hätten gleichzeitig in den Lagern der GULAG gehaust. Und die "Männer mit den blauen Mützen", die Mitglieder des Staatssicherheitsdienstes seien zu allem bereit gewesen, hätten gemordet, vergewaltigt, geplündert, gestohlen.

Solschenizyn: "Vielleicht gab's auch Blaubemützte, die niemals gestohlen, nichts sich angeeignet hatten, doch für mich ist solch ein Blauer entschieden nicht vorstellbar." Diese "aufgefressenen Visagen, diese Fratzen" seien jeder Bevölkerungsgruppe hinterhergesetzt, sobald sie der Parteiführung lästig schien.

So verrucht dünkt ihn das Korps der Regimeschützer, daß sogar auf den deutschen Totalitarismus unter Hitler ein milderes Licht fällt. Die Anhänger der KPD seien bekämpft, aber nicht

ausgerottet worden, wie Solschenizyn am Beispiel des KPD-Mitglieds Maximilian Hauke erkennen will: "Wurde er vernichtet? Keineswegs. Er bekam zwei Jahre. Danach natürlich abermals verurteilt? Wieder falsch. Freigelassen. Das verstehe unsereins, wie er will!"

Und, einmal in Rage, versteigt er sich gar dazu, Hitlers Gestapo mit Stalins MGB zu vergleichen: "Gefoltert wurde da wie dort, doch die Gestapo versuchte trotz allem, die Wahrheit zu finden. Dem MGB war die Wahrheit egal, und es hatte nicht die Absicht, einen einmal Verhafteten wieder aus den Klauen zu lassen."

Viele Sowjetbürger, zürnt der Autor, hätten der Hatz auf vermeintliche Staatsfeinde nur allzuoft zugejubelt. Ruhig habe man zugeschaut, wie eine Gruppe nach der anderen, sofern es nur nicht die eigene war, in der Lagerwelt der GULAG unterging, wie sich die sowjetische Gesellschaft selber zerstörte: "Solcherart Glied um Glied vom Schwanz her verschmausend, arbeitet sich der Drachen bis zum eigenen Haupt vor."

Nur wenige hätten gegen die fortschreitende Unfreiheit protestiert: "Sehr, sehr viel Mut brauchte einer in diesem johlenden Chor für sein "Nein!" -- unvergleichlich mehr als heute." Die Freiheit war längst verloren: "Wir hatten uns in dem einen ungestümen Aufbruch des Jahres 17 verausgabt und beeilten uns danach, wieder gefügig zu werden, fanden Freude daran, wieder gefügig zu sein. Wir haben alles weitere einfach verdient."

Da will es ihn dann auch nicht wundern, daß dieses Volk und dieser Staat im Zweiten Weltkrieg jene Rotarmisten verurteilte, die das Unglück gehabt hatten, in deutsche Gefangenschaft zu fallen. Solschenizyn klagt: "Diese vielmillionenfache Niedertracht: seine Kriegsmänner zu verraten und sie auch noch zu Verrätern zu erklären -- wo hat es das sonstwann gegeben?!"

So hart und kompromißlos kann nur ein Intellektueller formulieren, der sich in der großen russischen Tradition des literarisch-politischen Protests stehen sieht. In dem lange Zeit unterentwickelten Riesenreich, in dem es bis heute an demokratischen Erfahrungen fehlt, waren es stets die durch Wortgewalt und Wissen Privilegierten, die gegen die dumpfe Autorität der Zaren und Popen aufbegehrten -- und oft mit Tod oder Verbannung bezahlen mußten.

Fjodor Dostojewski wurde als Teilnehmer eines studentischen Widerstands-Zirkels zum Tode verurteilt und erst auf dem Richtplatz zu vier Jahren Zuchthaus begnadigt. Und den Kirchenkritiker Leo Tolstoi überantwortete ein Pope Sonntag für Sonntag der ewigen Verdammnis -- zusammen mit zwei Räuberhauptleuten.

Die Revolution der Kommunisten im Oktober 1917 änderte an dem gestörten Verhältnis der Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler zum Staat nur wenig. Maxim Gorki resignierte vor der mißtrauischen Parteibürokratie: Wladimir Majakowski und Sergej Jessenin, die das neue Rußland in mitreißenden Versen besungen hatten, wählten enttäuscht den Freitod.

Auch Alexander Issajewitsch Solschenizyn, am 11. Dezember 1918 in Kislowodsk im Kaukasus geboren, hatte an sich und seiner Familie das Auf und Ab wandelbarer Staats- und Parteitreu erfahren.

Die Solschenizyns waren ein unruhiges Geschlecht: Der Ahnherr Filip Solschenizyn wurde von Peter dem Großen nach dem fernen Woronesch verbannt, weil er eigenmächtig Ackerland des Zaren besetzt hatte, und einen seiner Nachkommen (Alexanders Ur-Ur-Großvater) traf ebenfalls ein Verbannungsukas wegen Teilnahme an einer Bauernrevolte.

Dem "Sohn der Revolution Lenins", wie später die Stockholmer Nobelpreis-Jury formulierte, schien ein ruhigerer Lebensweg sicher. Alexander Solschenizyn wuchs nach dem Tod seines Vaters (Jagdunfall) in Rostow auf, wo seine Mutter als Stenotypistin arbeitete. Er wurde religiös erzogen -- nichts deutete auf eine dramatische Entwicklung hin.

Er entschied sich für ein Mathematik-Studium und absolvierte es mit hoher Auszeichnung, im Oktober 1941 wurde er zur Armee eingezogen. Von 1942 an stand der Artillerie-Hauptmann Solschenizyn als Batteriechef an der Front -- bis er die Aufmerksamkeit der gefürchteten militärischen Spionageabwehr "Smersch" auf sich lenkte.

Die Smersch-Überwacher hatten im Februar 1945 einige Feldpostbriefe abgefangen, die der inzwischen zweifach dekorierte Offizier einem Schulfreund geschrieben hatte. Da war der Hauptmann in "jugendlicher Sorglosigkeit" (Solschenizyn) über Stalins strategische Fehler und "ungepflegte" Ausdrucksweise hergefallen.

Offiziere der Smersch verhafteten ihn in seiner ostpreußischen Stellung. Von Stund an war "ich ein entlarvter Feind des Volkes, denn es ist bei uns jeder Festgenommene von Anfang an auch schon vollkommen entlarvt".

Solschenizyn wurde in das Moskauer Lubjanka-Gefängnis gebracht und ohne Prozeß zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt. Bei seiner Verhaftung beschlagnahmte die Abwehropolizei auch literarische Aufzeichnungen und von ihm gesammelte historische Photos -- seit 1936 trug er sich mit der Absicht, einen großen Roman über den Ersten Weltkrieg zu schreiben.

Daß er studierter Mathematiker war, verhalf ihm zur Einweisung in ein Spezialgefängnis bei Moskau -- Vorbild des Getto-Forschungsinstituts für Inhaftierte Wissenschaftler ("Mawrino") in seinem späteren Roman "Der erste Kreis der Hölle".

Später kam er in das Lager Ekibastus in Kasachstan, wo er als Maurer und Gießer arbeitete. Am 5. März 1953, Stalins erstem Todestag, wurde der Häftling Nr. 232 entlassen -- zu "ewiger" Verbannung in das Dorf Kok-Terek (Kasachstan). Dort durfte er als Mathematik- und Physik-Lehrer tätig sein. Er arbeitete, obwohl er körperlich litt.

Schon im Lager Ekibastus war Solschenizyn an Darmkrebs erkrankt und operiert worden. 1953 erkrankte er erneut. "Ich war am Sterben", berichtete er später, "doch irgendwie gelang es mir, Taschkent zu erreichen, und nach einer langen Behandlung wurde ich gesund." Die Taschkenter Klinik, in der er behandelt wurde, war das Vorbild zu dem Roman "Krebsstation".

Bereits im Lager hatte Solschenizyn literarische Werke im Kopf konzipiert, darunter das Versdrama "Das Bankett der Sieger", das ihm von allen seinen Arbeiten den ärgsten Verdruß eintragen sollte.

Im "Bankett der Sieger" verglich er Stalin mit Hitler und artikulierte sogar Sympathie für die verrufensten Figuren in der Sowjet-Union: die Anhänger des ehemaligen Sowjetgenerals Wlassow, die auf deutscher Seite gekämpft hatten.

Nie konnte Solschenizyn eine Szene vergessen, die er 1944 im Kessel von Bobruisk erlebt hatte: Vor seinen Augen trieb ein Sergeant vom Sonderdienst der Roten Armee hoch zu Pferd einen gefangenen Wlassow-Soldaten mit der Peitsche vor sich her. "Er ließ die Knute", erinnert sich Solschenizyn. "auf den nackten Leib des Opfers sausen, daß der sich nicht umseh, nicht um Hilfe rief: er trieb den Mann vorwärts und schlug auf ihn ein. immer neue blutige Striemen in seine Haut prügelnd."

Er selbst aber, der Hauptmann der Roten Armee, sah der Tortur ruhig zu: "Ich war zu feige. den Wlassow-Mann vor dem Sonderdienstler in Schutz zu nehmen, ich habe nichts gesagt und nichts getan, ich ging vorbei, als ob ich nicht gehört hätte."

Seine Wut und Scham aber schrieb er in das "Bankett der Sieger", so aggressiv, daß noch heute seine Verfolger im KGB mit dem Gedanken spielen, das antisowjetische Drama (das KGB besitzt die einzig erhaltene Kopie des Manuskripts) im Westen aufführen zu lassen, um ihn als Vaterlandsfeind zu diffamieren -- und das, obwohl sich Solschenizyn längst von seinem Werk distanziert hat.

Seine Aufmerksamkeit galt denn auch zunächst anderen literarischen Plänen. Als er 1956 aus der Verbannung entlassen und offiziell rehabilitiert wurde, hatte er bereits mit der -- heimlichen -- Niederschrift mehrerer Erzählungen begonnen. In Rjasan, rund 200 Kilometer südöstlich von Moskau, fand er eine Anstellung als Mathematik- und Physik-Lehrer.

Dort schrieb er auch die Erzählung vom Lager-Alltag des unschuldigen Häftlings und unkorrupten kleinen Sowjet-Mannes Iwan Denissowitsch, das erste Hauptbuch der antistali-

nistischen Sowjet-Literatur, mit dessen Veröffentlichung im November 1962 Solschenizyns Weltruhm begann -- und auch sein bis heute nicht entschiedener Konflikt mit dem Sowjet-Regime.

Solschenizyns Entdecker war der Schriftsteller Alexander Twardowski, Chefredakteur der Literaturzeitschrift "Nowy mir" und eine Zentralfigur der liberalen sowjetischen Intelligenzija. Er erkannte in dem Verfasser und Einsender des "Denissowitseh" einen "neuen Klassiker" und brachte das Manuskript dem Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow nahe.

Chruschtschow, dessen Entstalinisierungs-Politik Solschenizyn zu einem Veröffentlichungs-Versuch ermutigt hatte, kam die Geschichte von den Zuständen in Stalins Todeslagern, die er sich an seinem Feriensitz Pitsunda am Schwarzen Meer von seinem Assistenten Lebedew vorlesen ließ, gelegen. "Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch" durfte in "Nowy mir" und als Buch erscheinen, wurde in der Sowjet-Presse als meisterlich und als "wahr" gefeiert, wurde ein Sowjet-Bestseller mit Millionen-Leserschaft.

Das Glück hielt nicht lange. Schon zwei Jahre später signalisierte die Tatsache, daß Solschenizyn beim fälligen Lenin-Preis unter offiziiösem Druck ausjuriert (nicht berücksichtigt) wurde, einen Umschwung. Chruschtschow warnte öffentlich vor einer Überflutung mit Häftlings- und Lager-Literatur; die Entstalinisierung schien systembedrohend auszufern.

Ihr literarischer Protagonist Solschenizyn geriet nach Chruschtschows Sturz 1964 rasch in Bedrängnis. Sein "Denissowitsch" verschwand aus den Bibliotheken, Parteifunktionäre setzten gezielte, zum Teil groteske Verleumdungen über den unerwünschten Autor in Umlauf: Solschenizyn habe im Krieg mit den Deutschen kollaboriert; er sei nach Ägypten geflohen; er heiße in Wirklichkeit "Solschenitzer" und sei Jude.

Andere Solschenizyn-Werke wie "Der erste Kreis der Hölle" und die "Krebsstation" wurden nicht mehr gedruckt. Im Mai 1967 wurde der Konflikt heiß: Der bedrängte Schriftsteller wehrte sich öffentlich, zum ersten Mal klagte Solschenizyn an.

In einem offenen Brief an den in Moskau tagenden sowjetischen Schriftstellerkongreß forderte er die Beseitigung der Zensur, attackierte den Schriftstellerverband als ein Instrument der Repression und enthüllte die Unterdrückung seiner eigenen Schriften.

In der Sowjet-Presse steigerten sich darauf die Schmähungen und Drohungen gegen den Schriftsteller. 1969 aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen, wurde Alexander Solschenizyn nun endgültig zur Leit- und Symbolfigur innersowjetischer Opposition, zum Wortführer des kleinen Kreises der erklärten Dissidenten und des größeren einer auf Liberalisierung hoffenden sowjetischen Intelligenz.

Der Name Solschenizyn schien das Häuflein der Opponenten und Systemkritiker zusammenzuschweißen. Weder Strafen noch Strafandrohungen konnten verhindern, daß die Zahl der Kritiker stetig wuchs. Bald waren Moskaus Dissidenten in der Innenpolitik, später auch in der Außenpolitik ein Faktor, mit dem der Kreml rechnen mußte.

Wie groß allerdings die Zahl der Dissidenten ist, läßt sich nur vermuten. Regime-Kritiker Amalrik ermittelte 738 Personen, die 1966 bereit waren, Protest-Petitionen mit vollem Namen zu unterzeichnen.

Aufgesplittert in kleine Grüppchen, Cliquen oder Freundeskreise, mitunter durch registrierte Mitgliedschaft organisiert, kann sich die Opposition gegen den Kreml nur auf das eher schadenfrohe denn empörte Einverständnis einer schweigenden Minderheit stützen. Mancher Sowjetbürger ahnt ohnehin, daß die Rolle der Dissidenten kaum möglich wäre, gäbe es nicht in der UdSSR eine Liberalisierung.

Zudem haben Moskaus intellektuelle Kritiker längst aufgehört, sich nur mit der eigenen Vergangenheit zu beschäftigen. Sie fordern Reformen der Innenpolitik, Presse- und Informationsfreiheit, bessere Versorgung mit Konsumgütern und Freizügigkeit.

Doch das Urteil der Dissidenten ist nicht einheitlich; unterschiedlich, wenn nicht gar wider-

sprüchlich sind auch ihre politischen Ziel-Vorstellungen.

Der Biologe Jaures Medwedew qualifiziert den Widerstand des Historikers Jakir ("Der Geheimdienst hat ihn jahrelang als eine Art Halb-Provokateur benutzt") ab, während sein Zwilingsbruder Roy Medwedew, Historiker und Regime-Kritiker, seinem Gefährten Maximow widerspricht, der die verständigungsbereite Ostpolitik des Westens gegenüber Moskau als "weiche Welle" verurteilt hatte.

Erste Ordnung in die diffuse Welt der Opposition brachte der Physiker Andrej D. Sacharow, neben Solschenizyn der bekannteste der Moskauer Dissidenten, der für eine Annäherung der Systeme von Ost und West eintritt. Der Professor, der als Vater der sowjetischen H-Bombe gilt, hat sich nach eigenem Zeugnis "vom Marxisten zum Liberalen" entwickelt; was er politisch für machbar hält, ist jedoch eher sozialdemokratische Politik.

Sacharow und sein Freundeskreis, lose organisiert im "Komitee für Menschenrechte", halten als ersten Schritt zur Verbesserung ihrer Lage die konsequente Einhaltung der verfassungsrechtlichen Normen durch den Sowjet-Staat für ausreichend: In den Artikeln 124 und 125 der Sowjet-Verfassung sind Gewissens-, Rede- und Pressefreiheit garantiert.

Im Endstadium -- so Sacharow -- führt "eine sozialistische Konvergenz zur Glättung der Unterschiede in der sozialen Struktur ... zur Schaffung einer Weltregierung und zum Ausgleich nationaler Widersprüche".

Eine Zeitlang hoffte Sacharow, Solschenizyn für dieses Programm zu gewinnen. Er bot dem Schriftsteller an, seinem Komitee beizutreten. Doch Solschenizyn mißtraut derartigen Programmen. Er wies Sacharow ab.

Sein Kampf gilt mehr einer Reform der politischen Moral als des Systems. Solschenizyn, der sich nach dem Vorbild altrussischer Kirchenmartyrer oder auch in der Nachfolge Dostojewskis als einzelner und als Leidender versteht, als Wegbereiter eher durch Beispiel denn als handelnde politische Kraft, entzog sich der Organisation.

Er glaube nicht an den Wert von Resolutionen, hat er die Menschenrechts-Kämpfer wissen lassen. Solschenizyns Kredo will am Absoluten gemessen sein: "Niemand kann der Wahrheit den Weg versperren, und für ihr Fortschreiten bin ich bereit, den Tod auf mich zu nehmen."

So ging er denn daran, jenes Manuskript erneut zu bearbeiten, das er 1958 zu schreiben begonnen hatte: "Der Archipel GULAG". Je mehr die innersowjetische Opposition zerfaserte, desto stärker fühlte er die Pflicht, der Stimme des Protestes weiten Widerhall zu geben. Zufälle erleichterten ihm die Entscheidung. Das brisanteste Buch zeitgenössischer Sowjet-Literatur gelangte in den Westen.

Zugleich erreichte weiteres Manuskriptmaterial den Scherz-Verlag, denn "Der Archipel GULAG" enthält nur den kleineren Teil des Solschenizyn-Werkes. eben jenen, der dem KGB in die Hände gefallen war. Bei Scherz werden bereits zwei neue "Archipel"-Bände anvisiert.

Alexander Issajewitsch Solschenizyn ist damit ein Wagnis eingegangen, dessen Folgen sich zur Stunde noch nicht überblicken lassen. Doch Solschenizyn-Vertrauter Heeb hofft: "Er hat alle Risiken genau bedacht. Hoffentlich passiert ihm nichts."<<

Ab 1. Februar 1974 durften DDR-Bürger, falls sie Devisen besaßen, im "Intershop" einkaufen. In diesen Läden gab es vor allem "Westprodukte" und manche Waren aus der DDR-Produktion, die man sonst nirgends erwerben konnte. Wer kein Westgeld hatte, besorgte sich DM durch illegale Tauschgeschäfte (zum Kurs von 1:5). Für die SED waren die Intershops wichtige Devisenbringer.

Bundesverteidigungsminister Georg Leber (1920-2012) berichtete am 21. Februar 1974 über die Unterschiede zwischen Bundeswehr und NVA (x243/211): >>... Wir wissen, daß drüben die Soldaten gedrillt werden, ... diese angeblich "degenerierte kapitalistische westliche Gesellschaft" hassen zu lernen, nämlich uns.

Mir genügt es, daß der junge Soldat, der niemand anderen bedrohen soll, sondern nur sein ei-

genes Land schützen soll, davon überzeugt ist, daß diese unsere Verfassung, die ihm seinen Auftrag gibt, die freiheitlichste Verfassung ist, die es in unserem Lande je gegeben hat, ... daß dieses Land, in dem er lebt, und seine Ordnung etwas wert sind und daß er sich vor sein Land stellt.<<

Die SED-Zeitschrift "Einheit" berichtete im Februar 1974 über die Begriffe "deutsche Nation" und "Deutschland" (x296/210 L): >>Die einheitliche deutsche Nation gehört ... der geschichtlichen Vergangenheit an. Die sozialistische und kapitalistische Nation haben zwar eine gemeinsame geschichtliche Vergangenheit, aber keine gemeinsame Gegenwart und Zukunft mehr. ...

Die Tatsache, daß zwischen der sozialistischen deutschen Nation und der kapitalistischen deutschen Nation ethnische Gemeinsamkeiten bestehen, kann daran nichts ändern, denn erstens ist die soziale Seite (die soziale Grundlage und der soziale Inhalt der Nation) entscheidend, und zweitens werden ethnische Gemeinsamkeiten nur im Zusammenhang mit den sozialen Faktoren für die Nation bedeutungsvoll.

Es gibt auch ethnische Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen, Österreichern, Schweizern und den französischen Elsässern und Lothringern, ohne daß es sich um nationale Gemeinsamkeiten handelt.

Die Versuche, eine angeblich noch existierende einheitliche deutsche Nation zu konstruieren, sind darauf gerichtet, die gesetzmäßige Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR aufzuhalten und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. ...<<

Die Volljährigkeit wurde am 22. März 1974 von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt, während man die Ehemündigkeit der Frauen von 16 auf 18 Jahre erhöhte.

Im Strafrecht galten die jungen Menschen weiterhin bis zum Alter von 21 Jahren als Jugendliche (x175/699).

Günter Guillaume (1927-1995, ab 1950 MfS-Agent, seit 1972 persönlicher Referent des Bundeskanzlers Brandt) wurde am 27. April 1974 wegen Spionage für die DDR verhaftet.

Danach entwickelte sich der größte Spionagefall seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Der angebliche "DDR-Flüchtling" Günter Guillaume war im Jahre 1956 mit seiner Frau in die Bundesrepublik Deutschland "geflohen". Guillaume wurde später Mitglied der SPD und erhielt 1970 eine Stelle im Bundeskanzleramt. Er war seit Februar 1973 Kanzlerreferent und konnte deshalb geheime Informationen über Gespräche und Entscheidungen des Kanzlers und führender SPD-Politiker an die DDR weiterleiten.

Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) trat am 6. Mai 1974 infolge der "Spionageaffäre Guillaume" zurück. Die Regierungskoalition (SPD/FDP) blieb bestehen.

Der FDP-Politiker Walter Scheel wurde am 15. Mai 1974 zum Bundespräsidenten gewählt.

Helmut Schmidt (SPD) wurde am 16. Mai 1974 zum Bundeskanzler gewählt.

Das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" erklärte am 17. Juni 1974 (x156/9): >>Vor 25 Jahren ist im Grundgesetz das Ziel der Bundesrepublik Deutschland gesetzt worden: Einheit und Freiheit der Deutschen in freier Selbstbestimmung zu vollenden. Dieser unveränderten Zielsetzung entspricht die Pflicht, die demokratische und soziale Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu gestalten, daß sie für alle Deutschen zukunftsweisend ist. ...

Die Deutschen müssen für ihre nationale Selbstverwirklichung mit friedlichen Mitteln unentwegt tätig sein. Gegenüber staatlicher Trennung muß die Einheit der Nation als Grundlage für die Selbstbestimmung gewahrt werden.

Auf der Basis des Grundlagenvertrages, nachdem er für Befürworter wie für Kritiker gilt, muß nunmehr versucht werden, das Beste für alle Deutschen aus der neuen Situation zu machen.

Es gilt, die gemeinsame Kultur und Sprache zu pflegen. Es gilt, vor allem, menschliche Beziehungen zu erhalten und Schritt für Schritt zu erweitern ...<<

Der Bundestag beschloß am 18. Juni 1974 eine umfassende Gesundheitsreform.

Um die Verbraucher vor gesundheitlichen Schäden zu schützen, wurde z.B. die Rundfunk- und TV-Werbung für Tabakerzeugnisse verboten.

"Radio Prag" dementierte am 5. August 1974 angebliche Nachkriegsverbrechen an Deutschen (x025/71): >>... Man braucht nicht viel Phantasie, um zur Erkenntnis zu kommen, daß die rund um die sog. "Dokumentation" entfesselte Kampagne über an Deutschen begangene Verbrechen eine schamlose Geschichtsfälschung bedeutet.<<

Um einem Amtsenthebungsverfahren zu entgehen, trat Nixon am 8. August 1974 als erster Präsident der USA zurück.

Infolge eines Einbruches von Beauftragten des republikanischen "Komitees für die Wiederwahl des Präsidenten" in das Hauptquartier der Demokraten ("Watergate Apartments" in Washington im Juni 1972) war wegen Mitwisserschaft des republikanischen Präsidenten Nixon ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet worden. Die "Watergate-Affäre" löste damals eine heftige politische Vertrauenskrise aus.

Die "New York Times" berichtete damals über Nixons Rücktritt (x243/107): >>... Aber alle Amerikaner, die weiterhin an eine Herrschaft der Gesetze und nicht der Personen glauben, müssen dankbar sein, daß das Regierungssystem dieses außergewöhnliche Trauma ungebrochen und ehrenvoll überlebt hat. ...

Wenn man für Mr. Nixon heute nur Mitleid empfinden kann, so kann man doch stolz sein auf die Institutionen, die sich als stark und elastisch genug erwiesen haben, die ernsteste innere Krise und die heimtückischste innere Gefahr zu bewältigen, die diese unsere große Republik seit über hundert Jahren bedroht haben.<<

Der US-Historiker Arthur Schlesinger (1917-2007, Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson) schrieb später über die "Watergate-Affäre" (x149/128): >>... Es dürfte fast passender sein, statt über die Schmach von Watergate über den Ruhm von Watergate zu sprechen. ...

Mein Eindruck ist, daß die Menschen im Ausland mit wachsendem Respekt und Neid auf die Fähigkeiten des amerikanischen Volkes schauen, sich gegen den Mißbrauch der Regierungsgewalt zur Wehr zu setzen.

Es ist bemerkenswert, daß die zwei massivsten Diktaturen in der heutigen Welt – Rußland und China – ihren Menschen so wenig wie möglich über Watergate berichten.

Der Grund liegt auf der Hand. Sie wollen nicht den aufrührerischen Gedanken ermutigen, daß das Volk das Recht habe, die Regierenden zu kontrollieren. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Nixons Ende (x068/347-348): >>... Präsident Nixon (glitt) jetzt schnell von oben herab. Inzwischen nämlich hatte ihn die sogenannte Watergate-Affäre eingeholt, jener kleine Einbruch von fünf als Klempner verkleideten Spezialisten der Republikaner in das demokratische Wahlkampfhauptquartier im Washingtoner Watergate-Hotel, nur um ein paar Wänzchen anzubringen. Lieber Himmel, wie oft das wohl passieren mag, in den besten politischen Kreisen, auf allen Seiten. Und noch ganz andere Dinge! Wir wollen die Bagatelle, von den Medien hochgespielt, auf sich beruhen lassen. ...

Nixon hatte einfach Pech gehabt. Und sein Vizepräsident Spiro T. Agnew auch. Er mußte zurücktreten, um der Anklage der Bestechung zu entgehen; man bestrafte ihn nur wegen Steuerhinterziehung, kaum ein Kavaliersdeliktchen.

Und der Lobbyismus, das Bestechungswesen blühten stets in Washington. Einige Jahre früher verteilte ein Vertreter von Gulf Oil, nach eigenem Geständnis, in Washington Hunderttausende von Dollars an die Politiker. Und 1973 erhielten mehr als ein Dutzend führender Industriel-ler Geldstrafen wegen illegaler Wahlkampfspenden. Riesige Kapitalien wechseln im politischen Leben die Hände - über und unter dem Ladentisch. Das alles gehört zum Geschäft. Parlamentarier werden häufig so bezahlt. ... Und auch Wanzen gehören zur heutigen Zeit. Auch

menschliche.

Nixon hatte einfach Pech gehabt. Er weigerte, er wand sich, heuchelte, leugnete, log, er gab andere preis.

Doch ein Amtsenthebungsverfahren (impeachment) leitete den Anfang seines Endes ein. Stück für Stück gibt er nach, am 8. August 1974 auf. ...<<

Gerald Rudolph Ford (1913-2006, Parteimitglied der "Republikaner", 38. Präsident der USA) wurde am 9 August 1974 Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten Nixon. US-Präsident Ford ließ nach seiner Vereidigung die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Nixon einstellen (x175/686).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Gerald Rudolph Ford und die Macht der CIA (x068/348-351): >>... (Nach Nixons Rücktritt am 8. August 1974) ... setzt Vizepräsident Ford (am nächsten Tag) als 38. Präsident der Vereinigten Staaten die Geschichte fort.

Gerald R. Ford (1974-1977) war persönlich wohl einer der einfachsten, bescheidensten Präsidenten seines Landes, das Gegenteil fast eines Schauspielers; nur etwas allzu hölzern. Und als Redner nicht besser als Eisenhower. "Wenn Lincoln heute am Leben wäre", versicherte Ford einst einem Auditorium, "würde er sich im Grabe umdrehen" - gut gesagt, wirklich. Lyndon Johnson erschien Ford "so dumm, daß er nicht zur selben Zeit gehen und furzen kann".

Solche Menschen verfolgt gern das Pech, im kleineren wie im großen. Als Kambodschaner den amerikanischen Frachter "Mayaguez" entführten und die 39köpfige Besatzung angeblich auf einer Insel im Golf von Siam festhielten, ließ Ford die Insel durch ein Bataillon der Marines stürmen. 38 Soldaten starben dabei - die Besatzung war schon früher freigelassen worden. Auch innenpolitisch standen die Dinge nicht gut für den redlichen Ford, der sich mühte, das durch Watergate lädierte Ansehen der Regierung aufzubessern. Der Krieg in Vietnam war zu Ende (Ford selbst befahl im April das Ausfliegen der letzten noch in Saigon verbliebenen Amerikaner), das große Rüstungsgeschäft war auch dahin, die Rezession wieder da, die Arbeitslosigkeit, immerhin 8,5 %, und die Preise steigen gewaltig.

Wacker versuchte der Präsident aber, indem er unter Rockefeller, seinem Vice, einen Untersuchungsausschuß einsetzte, wenigstens die kriminellsten Praktiken der CIA einzuschränken; zumindest im Inland, wo sie am unangenehmsten waren, zumal wenn sie bis zu Attentats-Planungen auf ausländische Politiker gingen.

Die Macht der CIA war unter Allen Dulles ständig gewachsen. Die Organisation hatte nicht nur fast so viele offizielle Vertreter im Ausland wie das State Department, sondern sogar einen wesentlich höheren Etat (wenn er auch noch nicht einmal halb so hoch war wie der Haushalt des Pentagons für dessen Nachrichtendienst).

Die CIA arbeitet nach den Worten ihres Chefs Colby mit "verdeckten Operationen". Colby sieht darin eine "Auswahlmöglichkeit" der USA "zwischen diplomatischem Protest und der Entsendung der Marines". Diese Auswahlmöglichkeit umfaßt nun wirklich alles mögliche; die Ausbildung fremdländischer Polizei und Truppen gehört ebenso dazu wie Wirtschaftsboykott oder direkte Sabotage (in Kuba etwa Verbrennung der Zuckerrohrfelder, Verbreitung der Schweinepest, Versenkung nach Kuba fahrender Schiffe), Militärputsche ebenso wie organisierte Verbrechen, die Ausarbeitung ganzer Mordlisten, auf denen unter vielen anderen auch prominente Staatsmänner standen.

So beteiligte sich die CIA 1960 am Sturz des im Kongo demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Patrice Lumumba und trieb ihn in den Tod.

Sicherheitshalber, sozusagen, sandten die USA gleich zwei Gangster. Der CIA-Doktor Sidney Gottlieb ("Joe from Paris") sollte ihn so vergiften, daß der Mord wie ein natürlicher Todesfall aussah. Und für den CIA-Spitzel "WI ROGUE", einen Bankräuber, bestellte der weitere CIA-Agent Devlin von Zaire ein "Gewehr ausländischer Herkunft mit Teleskop und Schalldämp-

fer" aus Washington. Und in der Botschaft von Zaire, wo man den Blutplan ausheckte, wirkte seinerzeit auch Frank Carlucci, der spätere Verteidigungsminister Reagans.

Rolf Winter berichtet weitere geplante Mordanschläge der "Weltführungsmacht", etwa auf den radikalen Moslem Scheich Fadlallah; auf Fidel Castro (inzwischen schon nahezu einem Dutzend Attacken entgangen) mit Hilfe einer vergifteten Zigarre, eines vergifteten Tauchanzugs; auf einen Präsidentschaftskandidaten der Philippinen, dem man Gift ins Getränk mixte, weil er die amerikanischen Militärbasen beseitigen wollte. "Man weiß von CIA-Bubenstücken in einer solchen Fülle, daß ernsthafte Zweifel erlaubt sind, ob denn wohl GPU und KGB selbst zu ihren infamsten Zeiten in Moskau ähnlich aktiv und perfide waren."

1963 wurde der irakische Staatspräsident Kassem mit Hilfe der CIA entmachtet und ermordet - er hatte die "Iraq Petroleum Company" in Gemeineigentum überführt. In Chile stürzte man ein Jahrzehnt später Salvador Allende, den ersten frei gewählten marxistischen Präsidenten Lateinamerikas, und trieb ihn mit Hilfe einer Militärjunta unter Pinochet in den Tod.

Dabei spielte nicht nur der von Papst Wojtyla so geschätzte und geförderte Geheimbund "Opus Dei" eine beträchtliche Rolle, sondern auch CIA-Geld, nicht zuletzt der CIA-Agent und belgische Jesuit Roger Vekemans, der mit zig Millionen Dollar Allendes Regierung "destabilisiert" hatte. Mit ausdrücklicher Begünstigung durch Washington übernahm darauf der miese Pinochet die Macht.

Geradezu ein Witz ist es, ein grotesk-makabrer freilich, den sogar ein Kongreß-Geheimbericht geißelt, daß die CIA, die den Drogenhandel bekämpfen sollte, wichtigste Drogenhändler unterstützt, ja, daß man unter ihrer Obhut Rauschgifthanbauflächen vergrößert, sogar ein eigenes Rauschgiftsyndikat aufgebaut hat, um durch den Erlös auf dem Schwarzen Markt Waffen für lateinamerikanische Guerillaverbände einzukaufen, die mißliebige Systeme ruinieren sollen. Der 1975 in Mexiko-City verhaftete Boss einer Drogenbande, Alberto Sicilia, erklärte unter Folter, Agent der CIA zu sein. Er schleuste nach Schätzungen der US-Drogenbehörde wöchentlich Rauschgift im Wert von 3,6 Millionen Dollar in die Staaten und trug bei seiner Festnahme außer drei gültigen Pässen verschiedener Nationalität zwei Schweizer Kontobücher mit einem Guthaben von 260 Millionen Dollar im Jackett.

Die Sympathien der USA gehören in Lateinamerika deutlich den Diktaturen, weil sie ihre Interessen respektieren. So stand man wohlwollend Somoza in Nicaragua gegenüber, Perez Jimenez in Venezuela, Batista auf Kuba, Rojas Pinilla in Kolumbien, Odria in Peru, Stroessner in Paraguay. Ihre Gegner verdächtigt man gewöhnlich des Kommunismus und glaubt so, Grund genug zum Eintreten für die Despoten zu haben. Als die USA 1961 in San Domingo die Diktatur ermöglichten, veröffentlichte das State Department die Namen von "dreißig kommunistischen Persönlichkeiten, die man verdächtigte, nach der Macht greifen zu wollen". ...<<

Das Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR trat am 7. Oktober 1974 in Kraft. Dieses Gesetz beseitigte u.a. die Begriffe "deutsche Nation" und "Deutschland".

Die SED senkte am 26. Oktober 1974 den Mindestumtausch für Reisen in die DDR von täglich 20 DM auf 13 DM und für Reisen nach Ost-Berlin auf 6,50 DM, um eine Verlängerung des westdeutschen "Swing-Kredites" (zinsloser Überziehungskredit) zu erhalten.

Bundespräsident Walter Scheel erklärte im Oktober 1974 zur Entscheidung der DDR-Regierung, die Begriffe "deutsche Nation" und "Deutschland" per Gesetz zu beseitigen (x296/210 L): >>... Die Einheit unseres Landes ... haben wir nicht bewahren können. ... Wir haben sie durch eigene Schuld und Verstrickung vorerst verloren. Es muß jedoch das Ziel unserer Politik bleiben, sie eines Tages in freier Selbstbestimmung wiederzuerlangen.

Die deutsche Nation bleibt eine politische Realität, solange sie vom Willen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands getragen wird. Ein Volkskammerbeschluß schafft sie nicht aus der Welt. Aber sie soll und darf nicht zur blassen Erinnerung werden. Sie muß lebendige Ge-

genwart bleiben in einem Europa, das seine Probleme in friedlicher Zusammenarbeit zu lösen sucht.<<

In den katholischen Gemeinden der DDR kritisierte am 17. November 1974 ein "Hirtenwort" der katholischen Bischöfe das staatliche Erziehungsmonopol der SED. Der Erfolg dieser Kritik war jedoch nur gering, denn in der DDR betrug der Bevölkerungsanteil der Katholiken lediglich 0,7 %.

Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung beendete nach 18jähriger Arbeit die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." (22 Dokumentenbände) und übergab im Jahre 1974 das Gesamtwerk an die deutsche Bundesregierung.

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." (x130/365-366): >>... Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung arbeitete rund 18 Jahre. Sie begann 1957 und schloß 1974 ihre Untersuchungen ab. Auf dem Höhepunkt ihrer Forschungen beschäftigte sie insgesamt 16 Mitarbeiter – ein Teil davon bedeutende Universitätswissenschaftler.

Die Kommission wurde vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte berufen. Ihr offizieller Name: "Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkriegs".

Ihr Auftrag: "Das Schicksal von 11 bis 12 Millionen Kriegsgefangenen in mindestens 20 Gewahrsamsstaaten von den Kriegsjahren bis zum Jahr 1956, als die letzten heimkehrten, in seinem ganzen Umfange und der ganzen Vielfalt als ein Stück deutscher Zeitgeschichte zu erfassen."

Für ihre Forschung standen der Kommission unter anderen rund 400.000 Heimkehrer-Aussagen zur Verfügung, die von den entlassenen Gefangenen gleich nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik gemacht worden waren. Die Kommission zog weiterhin nahezu 50.000 Berichte heran, und sie veranstaltete darüber hinaus eigene Befragungen und Interviews.

An der Spitze der Kommission stand ein hervorragender Wissenschaftler, der Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Dr. Erich Maschke, der selbst erst 1953 nach achtjähriger Kriegsgefangenschaft aus der Sowjetunion zurückgekommen war.

Die Kommission legte ihre Forschungsergebnisse in 22 Bänden nieder. Sie haben einen Gesamtumfang von mehr als 10.000 Druckseiten.

Bei dem Beginn der Arbeit blieb offen, ob diese Berichte jemals der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt werden sollten. Denn wie es im Text der Kommission selbst heißt:

"Objektiv Geschichte zu schreiben, konnte nur heißen, die Wirklichkeit der Kriegsgefangenschaft einschließlich ihrer düsteren Seiten so exakt wie möglich nachzuzeichnen. Eben damit mußte aber der Verdacht entstehen, daß hier eine Gegenrechnung aufgemacht und Unrecht (der Sieger) gegen (nationalsozialistisches) Unrecht aufgerechnet werden sollte."

Das Bonner Auswärtige Amt behielt sich die Entscheidung über die Veröffentlichung jedes einzelnen Bandes vor.

Noch 1969 antwortete der damalige Außenminister Willy Brandt im Bundestag auf Anfrage, daß nach der Veröffentlichung der ersten beiden Bände des Kommissionsberichtes die zuständigen Stellen zu dem Entschluß gekommen seien, die übrigen Bände nicht freizugeben.

Warum nicht?

Weil, so Brandt, daß Mißverständnis ausgeschlossen werden sollte, daß mit einer massierten Publizierung des Materials eine politische Absicht verfolgt werde und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert würde. Dies wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesrepublik nicht dienlich gewesen.

Nun, der Krieg liegt dreieinhalb Jahrzehnte hinter uns; die Wunden, die wir Deutschen geschlagen haben, stehen unablässig zur Debatte. Es ist deshalb nichts anderes als ein Akt ge-

schichtlicher Logik, wenn auch die Wunden, die einem Großteil der deutschen Kriegsgeneration geschlagen wurden und der Opfergang der 11 Millionen deutscher Kriegsgefangenen in das historische Fazit des folgenschweren Zweiten Weltkriegs einbezogen werden.

Die Forschungsergebnisse der Wissenschaftlichen Kommission stehen jetzt der Öffentlichkeit zur Verfügung. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." (x026/40): >>... Nach amtlichen französischen Angaben gab es zwar nur 24.178 Tote (in den französischen Kriegsgefangenenlagern). Wie auch bei den französischen Opfern der großen Säuberung 1944/45 stimmen die amtlichen Zahlen aber vermutlich nicht mit den tatsächlichen überein.

Bei der Lektüre der 22bändigen Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen ..." fällt auf, daß der Frankreich-Band im Gegensatz zu den meisten anderen Länderberichten und trotz zugegebener Zweifel an der Richtigkeit der Angabe des Gewahrsamsstaates – offenbar aus übergeordneten Gesichtspunkten – (die amtlichen französischen Angaben) einfach übernimmt. Demgegenüber dürfte die von nicht offizieller Seite genannte Zahl von 115.000 Toten in französischem Gewahrsam eher den Tatsachen entsprechen. ...<<

Der katholische Theologe und Religionslehrer Manfred Adler (1928-2005) berichtete im Jahre 1974 in seinem Buch "DIE ANTICHRISTLICHE REVOLUTION DER FREIMAUREREI" (x909/...): >>**VORWORT**

... Die Schrift beginnt folgerichtig mit der Großen Französischen Revolution, die allgemein als "Werk" oder "Erfolg" der Freimaurerei angesehen wird und endet mit der antichristlichen Kulturrevolution unserer Tage, die sich mitten durch den "ökumenischen Dialog" hindurchzieht und mit dem gleichen Ziel wie die "große Revolution", wenn auch mit anderen, subtileren und raffinierteren Methoden, durchgeführt wird.

Dazwischen wird ein breites Spektrum von Informationen über die Freimaurerei geboten ... Schließlich wird das Verhältnis von Freimaurerei und Islam ebenso angeschnitten wie das Zusammenspiel von Freimaurern und Kommunisten in jüngster Vergangenheit und Gegenwart. ... *Miriam-Verlag Jestetten*

... Bekanntlich hat die Freimaurerei viele Gesichter. Der Philanthrop Henri Dunant, der Gründer des Roten Kreuzes, war Freimaurer. Und nicht wenige Freimaurer - vor allem in den niederen Graden der Johannismaurerei - leisten heute vorbildliche karitative, humanitäre und soziale Arbeit im kommunalen, staatlichen und überstaatlichen Bereich. Das wird allgemein anerkannt.

Doch ist damit die Funktion der Freimaurerei keineswegs erschöpft. Der Massenmörder von Hiroshima und Nagasaki (1945), der ehemalige US Präsident Harry S. Truman, war auch Freimaurer, und zwar Hochgradfreimaurer. Dieser "rauhe Stein" bezeichnete bereits 1961/62 seinen Freimaurerbruder und späteren Nachfolger Richard Nixon als "schlitzohrigen, gottverdammten Lügner" und "Hurensohn", wie M. Miller in seinem 1973 in Washington erschienenen Buch "Plain Talk" ("offen gesagt") berichtet.

Auch der gescheiterte Marxist Salvador Allende, der Chile in ein politisches und soziales Chaos geführt hat, war Freimaurer. Über die zahlreichen politischen Verbrechen, die der Freimaurerei angelastet werden, ist schon vor Jahrzehnten viel geschrieben worden, besonders vor, während und nach dem I. Weltkrieg. Juan Maler bringt dazu in seinen Werken "Die Große Rebellion" (1972), "Gegen Gott und die Natur" (1971) und "Die sieben Säulen der Hölle" (1974), die in Buenos Aires erschienen sind, eine Menge wissenswerter Einzelheiten und Zusammenhänge aus neuerer Zeit. Diese Bücher haben hohen politischen Informationswert.

Uns interessiert hier jedoch vorwiegend der antichristliche Aspekt der Freimaurerei, wobei freilich von vornherein die Einschränkung zu machen ist, daß es überheblich wäre, in dieser Schrift das ganze antichristliche Gesicht der Freimaurerei aufleuchten lassen zu wollen. Wir

sind weniger anspruchsvoll und möchten nur einige antichristliche Gesichtszüge der revolutionären Freimaurerwelt aufzeigen.

Die von führenden Freimaurern schon seit längerer Zeit versuchte Infiltration der Katholischen Kirche mit dem Ziel, diese von innen heraus zu zerstören, hat nach dem II. Vatikanischen Konzil zu einem Einbruch freimaurerischen Ideengutes in die Kirche geführt, der in höchstem Grade besorgniserregend genannt werden muß. Schon aus diesem Grund ist es dringend notwendig, die geistige Welt der Freimaurerei und deren Unvereinbarkeit mit dem christlichen Glauben exakt zu analysieren und offenzulegen.

Was sich seit dem II. Vatikanum im Bereich von Freimaurerei und katholischer Kirche abgespielt hat, soll hier nur an einigen wenigen Tatsachen angedeutet werden. Der einzige Bischof, der auf dem Konzil selbst den zweimal erfolglosen Versuch unternahm, das Thema Freimaurerei und Kirche zur Sprache zu bringen, war Monsignore Méndez Arceo von Cuernavaca (Mexiko). Das Problem "Freimaurerei" wurde aber auf dem Konzil nicht erörtert und das Wort "Freimaurerei" erscheint deshalb auch in keinem einzigen Konzilsdokument.

Inzwischen hat der freimaurerfreundliche Bischof Méndez Arceo - ob er selbst Freimaurer ist, wissen wir nicht - seinen Einfluß nicht immer segensreich geltend gemacht. Nur ein Beispiel sei hier angeführt. Im April 1972 fand in Santiago de Chile das erste Treffen der *Christen für den Sozialismus* statt, das von Bischof Méndez Arceo gesteuert war. "400 Delegierte aus 28 Ländern sprachen sich zugunsten eines Sozialismus aus, der das Eigentum an den Produktionsmitteln vollständig beseitigt. Sie unterstützten den Klassenkampf, legten an der Statue "Che" Guevaras einen Kranz nieder und verherrlichten den Apostaten und Guerilla-Chef, den Expriester Camilo Torres" (*Der Fels*, März 1974).

Die Unterstützung des Freimaurers und Marxisten Allende durch Bischof Méndez Arceo und besonders auch durch die Jesuiten, deren Provinzial P. Manuel Segura nach der Wahl Allendes zum Präsidenten (am 4.11.70) seine Mitbrüder aufrief, an dem Programm von Allendes "*Volksfront*" (UP) aktiv mitzuwirken, hat sich ebenso als verhängnisvoller Fehlschlag erwiesen, wie auch jedes andere Experiment scheitern wird, die das Heil von der Kooperation mit Freimaurern und Marxisten erwarten.

Sowohl die Hierarchie in Chile als auch der Vatikan haben zu den genannten Vorgängen in Chile nicht nur geschwiegen. Die französischen Zeitschriften "**Itinéraires**" und "**L'Ordre Français**" haben ausführlich über die vielfältige Unterstützung berichtet, die der gestürzte Freimaurer und Marxist Allende aus allen Kreisen des Klerus erhalten hatte.

Andererseits wurde die große katholische Bewegung T.F.P. (Vereinigung zur Verteidigung von Tradition, Familie und Eigentum) schon 1968 von dem Erzbischof und Kardinal von Santiago gerügt, weil sie sich energisch gegen die Linksinfiltration katholischer Kreise zur Wehr setzte. Im gleichen Jahr richtete die Bewegung T.F.P. eine Botschaft an **Papst Paul VI.**, in der er gebeten wurde, "dringend Maßnahmen gegen das Einsickern von Kommunisten in katholische Kreise zu treffen. Diese öffentliche Bittschrift trug die Unterschriften von 121.000 Chilenen. Die Antwort: Keine Antwort.

Die Mitglieder des Nationalrates der T.F.P. richteten zusammen mit anderen Aktivisten am 8.10.1970 ein Schreiben an Paul VI. in der Gewißheit, ein Wort seinerseits würde genügen, um zu verhindern, daß die christdemokratischen Parlamentarier den Sieg Allendes im Kongreß besiegeln. Die Antwort des Papstes war wiederum Schweigen!" (*Der Fels*, März 1974).

Bezeichnend für die ideologische Anpassung der katholischen Kirche ist ein Wort Allendes in der *New York Times* vom 27. Oktober 1970:

"Es ist bekannt, daß die alte Unvereinbarkeit zwischen der Freimaurerei und der Kirche überholt ist. Was noch bedeutsamer ist: die katholische Kirche hat fundamentale Wandlungen durchgemacht ... Ich glaube nicht, daß die Kirche ein Widerstandsfaktor gegenüber der Volksfrontregierung sein wird. Im Gegenteil, sie wird ein Element zu unseren Gunsten sein

..."

Sie war es dank der "progressiven" Änderungen, die sich nicht zuletzt auch in Rom mehr und mehr durchsetzten. Darüber finden wir einige wichtige Hinweise in dem Buch von **L. de Poncins**: "La F. M. d'après ses documents secrets", das 1972 in vierter Auflage ... erschienen ist. Im Vorwort dieser Auflage schreibt der Verfasser, der unbestritten zu den bestinformierten und hervorragendsten Freimaurerforschern Frankreichs zählt:

" ... Die neuen Methoden hinterlistiger Beeinflussung erlauben der Freimaurerei die Kirche zu infiltrieren, wo sie in den Milieus der Progressisten tatkräftige Unterstützung findet ...

Gegenwärtig übt die Freimaurerei ihren Einfluß hauptsächlich auf religiösem und philosophischem Gebiet aus. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß der Progressismus, der die katholische Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil tiefgründig überflutet, ein Ergebnis des philosophischen Einflusses der Freimaurerei auf die Kirche ist. Zwischen der Maurerei und dem Progressismus besteht enge verwandtschaftliche Beziehung hinsichtlich der geistigen Konzeption.

Das erklärt die hartnäckigen und erbitterten Anstrengungen, die von theologischen Progressisten unternommen werden, um beim Vatikan die Revision und Annullierung der Verurteilungen (der Freimaurerei) zu erreichen, die von allen Päpsten, angefangen von der ersten päpstlichen Verurteilung durch **Clemens XII.** im Jahre 1738, bis zu **Pius XII.** einschließlich, ausgesprochen wurden. Seit dem von **Papst Johannes XXIII.** einberufenen **II. Vatikanischen Konzil** ist in Rom bezüglich der Freimaurerei ein heftiger Kampf zwischen Traditionalisten und Progressisten entbrannt ..."

Ähnliche Beobachtungen sind auch in Deutschland gemacht worden. So brachte die "**Bruderschaft**", die Zeitschrift der Freimaurer in Deutschland, im März 1974 einen "Bericht über das Gespräch mit der evangelischen Kirche", der mit den Worten beginnt:

"Nachdem der offizielle Dialog zwischen einer Kommission der katholischen Kirche und einer vom Senat der Vereinigten Großlogen von Deutschland berufenen bisher so überraschend gute Ergebnisse erbracht hatte, kam es zu drei offiziellen Gesprächen auch mit der evangelischen Kirche ..."

Bezeichnend ist, daß der Verfasser des genannten Berichtes in der "**Bruderschaft**" auf die gezielte Anfrage, wer an diesem "offiziellen Dialog" teilnahm, wo er stattfand und worin die "so überraschend guten Ergebnisse" bestehen, keine Antwort gab. Ein für das Gespräch mit den Kirchen zuständiger führender Bruder bestätigte nur "freimütig, daß solche Gespräche schon seit einer Reihe von Jahren stattfinden und daß sie zu einem guten Erfolg geführt haben.

Dieser Erfolg war nur möglich, weil es sich bei diesem Dialog um einen solchen vertrauensvoller und vertrauter Art handelt, den die Gesprächspartner nur in beiderseitigem Einvernehmen vor die Öffentlichkeit bringen wollen ..." - Man fragt sich nun: Wem nützt ein solcher "vertrauensvoller und vertrauter" Dialog? Wer hat hier etwas zu verbergen?

Ein katholischer Dialogpartner meinte dazu, daß das Kirchenvolk von den hier angesprochenen Fragen sowieso nichts verstehe und daß bei einer öffentlichen Diskussion über "Kirche und Freimaurerei" nur unnötiger Krach zu erwarten sei von seiten der "Konservativen".

So ist das also! Einerseits stilisiert man die vielbeschworene "Mündigkeit" der Christen fast zur Ideologie hoch, andererseits ist das "Volk" doch noch viel zu dumm und muß einfach überfahren werden, indem man auf dem Weg der "Geheimdiplomatie" vollendete Tatsachen schafft, die das unmündige Volk dann im Gehorsam gegen Papst und Kirche zu akzeptieren hat. - Wir wehren uns mit aller Entschiedenheit gegen diese Art von Dialog.

Nicht zuletzt wurde dieses Buch deshalb geschrieben, weil wir der Überzeugung sind, daß es höchste Zeit ist, der "diskreten" Geheimniskrämerei ein Ende zu setzen. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß Jesus Christus seine Jünger nicht zum Dialog,

sondern zur Mission ausgesandt hat. Der Missionsauftrag des Herrn lautet nicht:

"Geht hinaus in alle Welt und führt nette Dialoge miteinander", sondern: "Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden. Geht darum hin und machet alle Völker zu Jüngern, indem ihr sie tauft auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und sie lehrt, alles zu halten, was ich euch aufgetragen habe. Seht ich bin mit euch alle Tage bis zum Ende der Welt" (Matthäus 28).

Wie verlautet, soll Kardinal König im Herbst 1968 in Wien eine dreiköpfige Kommission deutschsprachiger Freimaurer zu einem ersten Gespräch empfangen haben, an dem auch drei Vertreter aus der katholischen Kirche teilnahmen. Weitere Zusammenkünfte sollen vereinbart worden sein. Die besorgte Frage ist aber die, ob sich die katholischen Partner bei all diesen Gesprächen und Konferenzen stets des Missionsauftrags Jesu bewußt waren?

Haben sie den Mut gehabt, die Heilsbotschaft Jesu mit ihrem unverkürzten Missionsanspruch den Freien Maurern zu verkünden? Die "überraschend guten Ergebnisse" des Dialogs, von denen die deutschen Freimaurer sprechen, stimmen uns jedenfalls nicht optimistisch. Ob es dieser Schrift gelingen wird, in dem Dialog mit der Freimaurerei neue Akzente zu setzen? Gott gebe es!

I. DIE GROSSE REVOLUTION

1. Das Signal zum Sturm

Revolutionen beginnen nicht erst, wenn Schüsse fallen und Blut fließt. Sie haben vielmehr eine lange Vorgeschichte, eine Zeit der geistigen Vorbereitung und wirken noch weit hinein in den Raum der Zukunft. Dieses Gesetz gilt auch für die antichristliche Weltrevolution, die im Zeitalter der Aufklärung begann und bis zum Ende der Zeiten dauern wird, bis der Herr Jesus Christus bei seiner Wiederkunft den Antichristen entmachten und durch den Hauch seines Mundes vernichten wird (2. Thessalonicher 2,8).

Wie jeder Revolution, gehen auch der endzeitlichen, antichristlichen Revolution Ideen voraus, antichristliche Ideen, die von antichristlichen Denkern propagiert und von antichristlichen Mächten in die Tat umgesetzt und in die Gesellschaft hineingetragen werden. Versteht man Revolution in diesem umfassenden Sinn als geistige und blutige Umsturzbewegung, dann findet man die geistigen Wurzeln der antichristlichen Weltrevolution bereits in der Zeit der Renaissance, in der die geistige Welt der heidnischen Antike eine Wiedergeburt erlebte.

Die mittelalterliche Geisteswelt mit ihrer Hinordnung auf den transzendenten Gott als Zentrum und Maß aller Dinge wurde abgelöst vom Zeitalter eines neu aufbrechenden vorchristlichen Humanismus. Jetzt wird der Mensch wie zur Zeit der Sophisten das Maß aller Dinge, ein "Gott auf Erden". Später werden in der Zeit der Aufklärung die neuheidnischen Ideen der Renaissance Humanisten zum autonomen und antichristlichen Humanismus weiterentwickelt und der Mensch, seine Vernunft und Natur, zum alleinigen Maß aller Dinge und zum Gegen-Gott gemacht.

Durch die Verabsolutierung der Vernunft im Rationalismus und der Natur im Naturalismus wird schließlich der sich offenbarende persönliche Gott überflüssig und zum Gott des Deismus reduziert.

Der Deismus sieht in Gott nur noch den symbolischen Baumeister der Welten, den großen Welt-Architekten (Demiurg), der die Welt zwar geschaffen hat, sich jetzt aber nicht mehr um sie kümmert und nicht mehr in den Lauf ihrer Geschichte eingreift. Gott und Welt sind nach der Schöpfung ohne Beziehung zueinander.

Das All mit seinen unabänderlichen Gesetzen ist eine mechanisch perfekt funktionierende Maschinerie, die man schließlich in einem weiteren Schritt mit dem unpersönlichen Gott des Deismus identifiziert. Zuletzt glaubt man auf diesen Mechanismus-Gott auch noch verzichten zu können. Der deistische Gott ist in der Tat ein überflüssiger Gott und gelangt so entweder zum Pan-Theismus (Alles ist Gott) oder zum nackten Materialismus (Alles ist Materie) und

damit zum A Theismus (Gott ist Nichts) oder Nihilismus.

Endstation dieser geistigen Entwicklung ist also ein atheistischer Humanismus. Der Mensch ohne Gott ist hier nicht nur das Maß aller Dinge, sondern sogar das "höchste Wesen für den Menschen", weil der Mensch ohne ein "höchstes Wesen" unmöglich leben kann.

Diesem Humanismus ohne Gott sind nicht nur die theoretischen und praktischen Atheisten zuzurechnen, sondern auch die zahlreichen sog. "atheistischen Christen", für die das Wort "Gott" nur noch eine Leerformel für Mitmenschlichkeit oder Solidarität ist.

Das alles sind die Früchte des neuzeitlichen Aufklärungshumanismus, der den Menschen Schritt für Schritt dem persönlichen und dreieinigen Gott entfremdet bis hin zum radikalen atheistischen Nihilismus.

Für den persönlichen Gott der christlichen Offenbarung, für den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, den Gott und Vater unseres Herrn Jesus Christus, der in seinem Sohn in unsere Welt kam, um Gottes Herrschaft und Reich aufzurichten und alle Menschen aus Sünde und Gott-entfremdung zu erlösen, der sein Wort und Heilswerk in der Kirche Jesu Christi und durch sie den Menschen offenbart und vermittelt, der Glaube, Hoffnung und Liebe sowohl den Menschen schenkt als auch von ihnen fordert, der durch Christus ewiges Leben gibt, alle Menschen an sich ziehen will und alle Menschen richten wird: für diesen christlichen Gott hat der Geist der Aufklärung kein Verständnis.

Ein solcher Gott ist ein Fremdkörper in ihrer autonomen Geisteswelt und wird als solcher abgelehnt, lächerlich gemacht oder gehaßt.

Dasselbe Schicksal widerfährt selbstverständlich auch der Kirche, die diesen Gott verkündet und in seinem Namen wirkt. Sie wird verfolgt bis zur Vernichtung.

Voltaire, der einflußreichste Denker der französischen Aufklärung, hat die Parole zur Ausrottung der Kirche ausgerufen. Der ehemalige Jesuitenschüler, ausgestattet mit glänzender Begabung und gefeiert als Dichter und Schriftsteller, Historiker und Philosoph, trug die aufgeklärten und antichristlichen Ideen unermüdlich und außerordentlich erfolgreich in die Massen. Man hat ihn als Propagator des radikalen englischen Deismus und Patriarch des französischen Rationalismus bezeichnet. Hirschberger schreibt über ihn und seine Zeit:

"Die französische Aufklärung ist negativ, kalt, überkritisch eitel und hochmütig. Man kämpft gegen den Zwang der Dogmen der Kirche und gegen den Aberglauben der Metaphysik. Typisch ist Voltaire (1694-1778), das größte schriftstellerische Genie der Franzosen und ihr großer Vorkämpfer für Vernunft, Toleranz und Menschenrechte, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Voltaire war weder ein schöpferischer noch ein exakter Denker, aber er verstand es, die Menschen zu fesseln. Dem Mann hat nur noch der Rundfunk gefehlt."

Während der französischen Revolution, am 10. Juli 1791 wurde Voltaires Leiche aus der Abtei Selliers in das Pantheon zu Paris überführt. Am 11. Juli war die feierliche Beisetzung. Die Feierlichkeiten zu Ehren Voltaires dauerten indes bis zum 27. August 1791 fort.

Bailly, einer der führenden Revolutionäre, feierte Voltaire in der Nationalversammlung als den "größten Mann, den Frankreich geboren hat". Voltaire war nicht nur ein zeitweiliger Freund des Preußenkönigs Friedrich II., auch Alfred Rosenberg, der Rassentheoretiker der Nazi-Ideologie und Verfasser des "Mythos des 20. Jahrhunderts" (1930) schätzte ihn sehr und nannte ihn sogar seinen geistigen Ahnherrn.

Zuletzt sei noch vermerkt, daß die Freimaurer aller Richtungen heute auf ihren Bruder Voltaire nicht minder stolz sind als sie es in der Vergangenheit waren, obwohl Voltaire erst in seinem letzten Lebensjahr von Benjamin Franklin in die Pariser Loge "Les Neufs Soeurs" feierlich eingeführt wurde.

Voltaire ist für uns deshalb so bedeutsam und wichtig, weil er das Signal zum Sturm auf die Kirche gegeben und die antichristliche Weltrevolution eingeleitet hat. Sein fanatischer Haß gegen Kirche und Christentum ist in die Geschichte eingegangen unter der Parole: "Ecraséz

l'infame!" "Rottet sie aus, die Verruchte!" - Gemeint ist die Kirche.

Voltaires Haß hat Schule gemacht und die geistige Atmosphäre seiner Zeit entscheidend beeinflusst. Andere führende Köpfe der Aufklärung wollten ihm nicht nachstehen. So stammt von Diderot (1713-1784) einem der Herausgeber der großen französischen Enzyklopädie, der unter dem Einfluß des englischen Empirismus vom Deismus zum krassen Naturalismus, Materialismus und Atheismus der französischen Aufklärung kam, das entsetzliche Wort:

"Die Welt wird nicht eher glücklich, bis der letzte König mit den Gedärmen des letzten Priesters erwürgt ist."

In Holbachs "System der Natur", dem Hauptwerk des französischen Materialismus, wird die Religion als Hauptursache des menschlichen Elends bezeichnet. Montesquieu (1689-1755) zeichnete in seinen sozialkritischen "Persischen Briefen" (1721) ein Zerrbild der Kirche und spottete über den "Zauberer, der die Leute glauben machte, daß drei eins, und das Brot, das man verspeise dennoch kein Brot und Wein, den man trinke, dennoch kein Wein sei".

Rousseau (1712-1778), der die Erbsünde leugnete, warf dem Christentum vor, es gebe den "Menschen zwei Gesetzgebungen, welche ihnen Pflichten auferlegen, die miteinander in Widerspruch stehen und es den Menschen unmöglich machen, zu gleicher Zeit fromm und gute Bürger zu sein".

Diese wenigen Zeugnisse lassen deutlich genug den antichristlichen Geist der Aufklärung und ihrer maßgeblichen Vertreter erkennen, deren Haß auch heute noch Geschichte macht.

2. Die Französische Revolution (1789-1799)

Die Saat, die von Voltaire und den übrigen Wegbereitern und Propagandisten der Aufklärungsideologie ausgestreut wurde, trug erste Früchte in der Französischen Revolution, die von manchen Historikern mit dem Prädikat "große Revolution" ausgezeichnet wurde und als solche auch in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Sicher sind in politischer Hinsicht durch diese Revolution die Weichen für kommende Jahrhunderte neu gestellt und Impulse zu großen Fortschritten und entscheidenden Veränderungen in der Gesellschaft gegeben worden.

Denken wir nur an die Beseitigung des korrupten Absolutismus des sog. "ancien regime", an die Durchsetzung des demokratischen Staatsgedankens, die Proklamation der Menschenrechte, die erstmals in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und in Europa von der französischen Nationalversammlung in der Erklärung vom 27. August 1789 staatsrechtlich verankert wurden, an die Überwindung des Hexenwahns und die Abschaffung der Folter bei Gerichtsprozessen.

Dennoch müssen wir heute feststellen, daß die negativen und zerstörerischen Wirkungen, die von der "großen Revolution" von 1789 ausgegangen sind, vor allem der von ihr und durch sie eingeleitete kulturelle Zerfall und der Verlust der christlichen Wertordnung, bei weitem all das überwiegen, was durch die Revolution der Aufklärung an positiven und bleibenden Werten errungen werden konnte.

Besonders die Erschütterungen und Katastrophen der beiden Weltkriege und der kommunistischen Weltrevolution, die noch lange nicht abgeschlossen ist, haben uns bitter enttäuscht. Wie sind doch die großen Schlagworte der Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mißbraucht worden und wie sehr werden bis heute Menschenrechte und Menschenwürde in weltweitem Ausmaß mißachtet und verletzt!

Letztlich ist diese unmenschliche Entwicklung der Tatsache zuzuschreiben, daß die Französische Revolution eben doch nur vordergründig eine politische und soziale Umsturzbewegung war. In ihrem innersten Kern ist sie eine antichristliche Revolution gewesen und bis heute geblieben. In der Tat: Mit der Französischen Revolution hat nicht nur das Zeitalter der Revolutionen, sondern die universale und permanente Revolution selbst begonnen.

In den folgenden Ausführungen geht es im wesentlichen darum, diese These durch Tatsachen zu belegen, wobei ich mich bewußt auf den religiösen Bereich beschränken und einige Ge-

danken über den antichristlichen Charakter dieser weltweiten Revolution darlegen möchte. Beginnen wir mit den Vorgängen von 1789. Die näheren Umstände und Ursachen, die den gewaltsamen und blutigen Tumult auslösten, sind die Mißstände der absolutistischen Regierungsherrschaft, die Wühlarbeit der Freidenker und Freimaurer und die Frivolität und Sittenlosigkeit der höheren Stände gewesen. Unmittelbarer Anlaß zur Revolution war die Finanznot des Staates ...

Als König Ludwig XVI. (1772-1792) die seit 1614 nicht mehr versammelten Reichsstände (Adel, Klerus und Bürgerschaft) zum 5. Mai 1789 nach Versailles berief, wo die Bürger schließlich die Führung an sich rissen und sich am 23. Juni 1789 als Nationalversammlung konstituierten, um eine neue Verfassung zu schaffen, stand die französische Kirche, die etwa 1/10 des gesamten Grund und Bodens besaß, nicht gerade in gutem Ansehen. Die antikirchliche Propaganda der Aufklärer und der Haß, der allenthalben gegen den privilegierten Klerus geschürt wurde, waren nicht ohne Wirkung geblieben.

Zwar haben sich vier Bischöfe und 149 Pfarrer am 23. Juni 1789 dem revolutionären und siegreichen "dritten Stand" angeschlossen und mit der Masse der in der Nationalversammlung repräsentierten Staatsbürger vereinigt. Aber schon vor dem 4./5. August 1789, als der Klerus in der sog. "Opfernacht" auf seine sozialen und wirtschaftlichen Privilegien verzichtete (wie etwa auf das Lehnswesen und den Kirchenzehnten) und mit dem Adel in der Preisgabe seiner alten Feudalrechte zugunsten der Bauern und Bürger wetteiferte, sind schon Kirchen und Klöster niedergebrannt worden.

Nachdem die gesamte mittelalterliche Feudalordnung der katholischen Kirche in Frankreich zusammengebrochen und zerstört war und es keine Standesunterschiede mehr gab, sind am 27. August 1789 die Bürger- und Menschenrechte in der Nationalversammlung feierlich proklamiert und zum Staatsgesetz erhoben worden. Artikel 10 dieser Deklaration garantiert die Gewissens- und Kultfreiheit. Er lautet:

"Niemand darf wegen seiner Überzeugungen, auch nicht der religiösen, behelligt werden, vorausgesetzt, daß ihre Betätigung die durch das Gesetz gewährleistete öffentliche Ordnung nicht stört." - Dieser Artikel war kaum in Kraft, als durch die Französische Revolution das Grundrecht der Gewissens- und Religionsfreiheit schon aufs schwerste verletzt wurde.

Doch bevor die blutige Verfolgung ausbrach, hat die Nationalversammlung das gesamte Kirchengut enteignet, um die Finanznot des Staates zu decken. Am 2. November 1789 wurde auf Antrag des liberalen und ehrgeizigen Bischofs Charles Maurice de Talleyrand von Autun beschlossen, das Kirchengut der Nation zur Verfügung zu stellen, was am 14. April 1790 durch das Gesetz über die Enteignung und Säkularisierung des gesamten Kirchengutes endgültig durchgeführt wurde.

Vorher, am 13. Februar 1790, waren schon alle religiösen Orden und Kongregationen, die nicht der Krankenpflege, der Erziehung oder dem wissenschaftlichen Fortschritt dienten, - die also nach der Auffassung der damaligen Zeit keine "nützlichen Orden" waren -, aufgehoben worden.

Dann folgte mit der Zivilkonstitution des Klerus vom 12. Juli 1790 der schwerste Schlag gegen die katholische Kirche in Frankreich, die sich dadurch in den Grundlagen ihrer Existenz tödlich bedroht sah und deshalb dieser neuen Verfassung energischen Widerstand entgegenzusetzen mußte. Eine regelrechte Kirchenverfolgung begann.

Die Zivilkonstitution des Klerus sah vor, daß zunächst die 134 Bistümer Frankreichs entsprechend der neuen Departementseinteilung auf 83 reduziert werden, mehr als 50 Bischöfe mußten also entlassen werden. Die Besetzung der Kirchenämter (Bischofsstühle und Pfarreien) sollte durch politische Wahlgremien der Departements erfolgen. Die kanonische Visitation der Bischöfe wurde den Metropolitane, die der Pfarrer den Bischöfen übertragen. Alle Kirchenstellen ohne Seelsorge (Dignitäten, Priorate, Kanonikate und Benefizien an Dom und Kollegiat-

kirchen) wurden aufgehoben.

Die französische Kirche sollte auf rein nationaler Grundlage neu konstituiert, vom Papsttum getrennt und dem Staat untergeordnet werden. Das war nichts anderes "als der Versuch einer vollständigen Unterdrückung der katholischen Kirche in Frankreich. Denn die durch die Konstitution aufgerichtete Kirche war vollkommen schismatisch. Der gallikanische Gedanke war in ihr konsequent bis zu Ende geführt; und er besagte in dieser Form nicht weniger als die Zerstörung des sakramentalen Priestertums.

Die grundlegende Idee der Zivilkonstitution ist nämlich die radikal durchgeführte Grundidee der Aufklärung von der Identität aller Religionen. Nicht nur sollen die Priester und Bischöfe als einfache Staatsbeamte wie Parlamentarier gewählt werden (Demokratische Tendenzen; vgl. Konstanz und Basel), sondern an dieser Wahl sollen sich alle Bürger, Juden wie Protestanten, zu beteiligen das Recht haben. Das war vollkommen unchristlich. Die alleinige Wahrheit des Christentums und die aus der apostolischen Sendung erfließende Autorität des Priestertums waren geleugnet.

Im November 1790 wurde in einem weiteren Dekret der Nationalversammlung von allen Geistlichen der Eid auf die Zivilkonstitution verlangt. Mirabeau hatte in einer seiner Sturmreden angekündigt, wenn die Priester diesen Eid verweigern sollten, müßte die Nation daran zweifeln, daß die Priester noch brauchbare Bürger werden könnten und alle Kirchenämter für erledigt erklären. Aber nur etwa die Hälfte der Pfarrgeistlichen (25.000 bis 30.000), ein Drittel des Gesamtklerus, leisteten den Eid. 60.000 bis 70.000 Priester und alle Bischöfe, mit Ausnahme von vier Diözesan- und drei Weihbischöfen, verweigerten den Eid.

Der katholische Glaube bewies seine Macht, aber die französische Kirche war durch einen tiefen Riß gespalten. Die eidverweigernden Priester, die den größeren Teil des Volkes auf ihrer Seite hatten, wurden verfolgt. Papst Pius VI. (1775-1799) hatte aus Gründen der päpstlichen Gesamtpolitik einige Zeit gezögert, bis er dem französischen Klerus durch eine eindeutige Erklärung zu Hilfe kam.

Erst am 13. April 1791 verwarf er durch das Breve "Caritas quae docente Paulo" die Zivilkonstitution als häretisch und schismatisch, suspendierte die vereidigten Geistlichen, wenn sie nicht innerhalb von 40 Tagen widerrufen würden, und lobte die treugebliebenen, eidverweigernden Priester. Für die Ausgewiesenen sorgte der Papst so gut er konnte und nahm viele von ihnen in den Kirchenstaat auf. Die Nationalversammlung nahm dem Papst darauf die Grafschaften Avignon und Venaissin, die zum Kirchenstaat gehörten. Pius VI. protestierte dagegen, aber die geraubten Besitzungen blieben für immer verloren.

Im Spätjahr 1791 versuchte die "Gesetzgebende Nationalversammlung", den Widerstand der Geistlichen mit Gewalt zu brechen. Den eidverweigernden Priestern wurde Gehalt und Pension entzogen und der Aufenthalt im Lande unmöglich gemacht. Das Tragen der geistlichen Kleidung war ihnen verboten worden, die noch bestehenden religiösen Genossenschaften wurden unterdrückt, etwa 40.000 Priester sind eingekerkert, deportiert oder hingerichtet worden.

Mit den Septembermorden 1792 in den Gefängnissen von Paris, denen etwa 1.400 Menschen, darunter mehr als 200 Priester und drei Bischöfe zum Opfer fielen, begann die erste größere Terrorwelle der Revolution, die Zeit der sog. "Schreckensherrschaft", die bis zum Oktober 1795 dauerte.

Unter dem Druck der Verfolgung verließen etwa 30.000-40.000 Priester das Land (2. Emigration). Der Nationalkonvent (1792-1795) vollendete den radikalen Umsturz, das Königtum wurde am ersten Tag der Konventsherrschaft (21. September 1792) abgeschafft, Frankreich zur Republik erklärt und Ludwig XVI. am 21. Januar 1793 als "Verräter an Staat und Nation" hingerichtet. - Im Oktober folgte ihm Königin Marie Antoinette.

Nach der Ermordung Marats am 13. Juli 1793 übernahm Robespierre die Herrschaft des

Grauens. Die Guillotine liquidierte die Gegner der Republik, Opfer wurden massenweise erschossen oder ertränkt, die Ehescheidung ist erleichtert, die obligatorische Zivilehe eingeführt, das Zölibatsgesetz aufgehoben, die christliche Zeitrechnung abgeschafft und durch den Republikanischen Kalender verdrängt worden.

An die Stelle der Sonntagsfeier wurde die Dekade gesetzt und die christlichen Feste sind durch republikanische ersetzt worden. Mit blindem und durchdachtem Haß versuchten die antichristlichen Revolutionäre, das Christentum und seine Geschichte radikal und total auszulöschen. Durch Dekret wurde schließlich am 10. November 1793 das Christentum offiziell abgeschafft und der Kult der Vernunft und Natur eingeführt. Die Verwirklichung von Voltaire's "Ecrasez l'infame!" durch die entfesselte Revolution schien greifbar nahe. -

Damals geschah in Paris etwas Ungeheuerliches. Extreme Revolutionäre, die von dämonischem Wahnsinn besessen zu sein schienen, führten die Hure und Schauspielerin Madame Maillard in gotteslästerlicher Prozession zum altehrwürdigen Gotteshaus "Notre Dame" und setzten sie mitten auf den Hochaltar, genau dorthin, wo früher der Tabernakel stand. Hier empfing sie die Huldigung der Republik ... - Der Revolutionsfanatiker P. G. Chaumette betete sie sogar an. ...

Das Bild der Heiligen Jungfrau Maria war vom Altar entfernt und durch die "Statue der Freiheit" ersetzt worden. Die antichristlichen Funktionäre hatten sich des Heiligtums bemächtigt und es durch schmutzige Lieder und Orgien, die man nicht beschreiben kann, entweiht...

Mit diesem sakrilegischen Geschehen, das der Geschichtsschreiber Schuck "eines der schauerlichsten Ereignisse der Weltgeschichte" nennt, nahm der moderne Kult mit den Huren und die sexuelle Revolution ihren Anfang, eine in ihrem tiefsten Wesen antihumane und antigöttliche Revolution, die nicht mit dem "Tode Gottes", sondern mit dem totalen Untergang des Menschlichen im Menschen enden wird.

Wir dürfen dieses entscheidende und an geschichtlichen Konsequenzen kaum zu überschätzende Datum der Französischen Revolution nicht vergessen. Denn hier hat sich unter dem hemmungslosen Terror der Jakobiner "erstmalig ein Staat nicht nur von der Kirche, sondern von jeder christlichen Überlieferung losgesagt. Er wollte selbst an die Stelle der Religion treten und schaffte sich seinen eigenen Kultus mit Dogma und Ritus.

Wohl konnte Robespierre im Frühjahr 1794 die Terrorherrschaft der blutrünstigen Jakobiner brechen die nach ihrem Versammlungsort, dem Kloster St. Jakob in Paris, benannt werden - und vom Konvent an Stelle des atheistischen Vernunftkultes den deistischen Kult des "höchsten Wesens" und die Unsterblichkeit der Seele dekretieren und proklamieren lassen. Das gehässige Wüten gegen Royalisten und Priester ging jedoch weiter.

Als am 28. Juli 1794 auch Robespierre unter dem Fallbeil starb, hörte die Schreckenszeit auf. Ein fünfköpfiges Direktorium übernahm nun die Herrschaft (1795-1799). Unter dem Druck einer immer stärker werdenden religiösen Gegenbewegung sah sich der Konvent gezwungen, am 21. Februar 1795 die völlige Trennung von Kirche und Staat zum Gesetz zu erheben. Damit war ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der religiösen Situation getan.

Die Priester durften wieder zelebrieren, Kultfreiheit wurde verkündet und die noch nicht veräußerten Kirchen konnten wieder für den Gottesdienst benutzt werden. Trotzdem aber war damit der Religionshaß in der öffentlichen Meinung noch nicht überwunden. Es kam immer wieder zu Verfolgungen und Deportationen von Priestern ...

In den folgenden Jahren bot sich Napoleon im Zuge der siegreichen Koalitionskriege die Gelegenheit, Rache an Pius VI. zu nehmen und die Ideen der Französischen Revolution in weite Teile Europas hineinzutragen.

Nachdem Bonaparte 1796 in Italien bedeutende Siege gegen Österreich errungen hatte, stürzte er sich auf den schwachen Kirchenstaat. Bologna, Ravenna, Ferrara, Imola und Faenza konnte er ohne Schwertstreich einnehmen. Im Waffenstillstand von Bologna (1796) mußte der Papst

die Legationen von Bologna und Ferrara abtreten, die Festung von Ancona übergeben, 20 Millionen Lire zahlen und 500 wertvolle Handschriften und 100 Kunstwerke ausliefern.

Die harten Bedingungen veranlaßten den Papst, mit Österreich Verbindung aufzunehmen und mit Neapel ein Bündnis zu schließen. Aber im Frühjahr 1797 drang Napoleon in den Kirchenstaat ein und zwang den Papst zum Frieden von Tolentino. Der Papst mußte außer Avignon und Venaissin auch noch die Romagna abtreten und weitere 15 Millionen Lire zahlen. Die schönsten Kunstwerke, wie der Apoll von Belvedere und die Laokoon-Gruppe, wurden nach Paris geschleppt. ...

Am 10. Februar 1798 rückte der französische General Berthier in Rom ein, wo am 15. Februar die Republik ausgerufen wurde. 300 "Patrioten" erklärten auf dem Forum den Papst für abgesetzt. Der achtzigjährige Pius VI. wurde in die Verbannung geschleppt, zuerst nach Siena, dann am 30. Mai 1798 nach Florenz. Als 1799 der zweite Koalitionskrieg begann, brachte man ihn über Parma, Tortona und Turin nach Briancon, Grenoble und endlich nach Valence, wo er am 14. Juli todkrank ankam. Am 29. August 1799 setzte dann der Tod seinem Leidensweg ein Ende. Die Malachiasweissagung aus dem Jahre 1590 ... behielt auch hier recht: Er starb als Gefangener in der Fremde.

Das Papsttum schien jetzt wirklich am Ende zu sein. Leichenreden wurden ihm gehalten und Grabsteine gesetzt. Vor der Engelsburg in Rom stand die "Göttin der Freiheit" mit der päpstlichen Tiara unter ihren Füßen. Aber dennoch konnte auch die "große Revolution" mit dem konzentrierten Haß der antichristlichen Aufklärer den Felsenmann in Rom nicht überwinden. Die Funktionäre der Revolution von damals sind tot.

Die Geschichte ist über sie hinweggegangen. Das Papsttum und die Kirche sind jedoch geblieben. Sie haben sogar im 19. und 20. Jahrhundert einen geistigen und moralischen Aufstieg erlebt, der in der Geschichte der Kirche seit dem Zeitalter der römischen Märtyrer ohne Beispiel ist. Die Kirche hat in der Französischen Revolution zwar viel gelitten, aber die Revolution hat ihr auch großen Gewinn gebracht und den Weg in eine wenn auch nicht bessere, so doch größere Zukunft eröffnet. ...

II. DIE REVOLUTIONÄRE FREIMAUREREI

... Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde in deutschen Freimaurerkreisen die These verbreitet, daß die Französische Revolution "nur ein Werk der Freimaurer war, denn alle hervorragenden Männer jener Zeit waren Freimaurer" (**Deutsche Freimaurerzeitung** vom 24. Dezember 1864).

Daß diese Behauptung eine - für das 19. Jahrhundert typische - freimaurerische Übertreibung ist, liegt auf der Hand. Die heutigen Freimaurerbrüder sind von dem großspurigen Pathos ihrer Vorfahren abgerückt und nüchterner geworden. Richtig ist, daß viele bedeutende Persönlichkeiten zur Zeit der Französischen Revolution Freimaurerlogen angehörten. Bei den führenden Enzyklopädisten z.B. war das durchweg der Fall. Allein in Paris gab es 1789 nicht weniger als 65 Logen.

Dennoch waren aber auch viele "hervorragende Männer jener Zeit" keine Freimaurer. Übereinstimmung besteht bei den Kennern der Geschichte des 18. Jahrhunderts freilich darin, daß ohne die subversive und offene Agitation der französischen Freimaurer die Französische Revolution, wie sie sich tatsächlich abgespielt hat, nicht möglich gewesen wäre. Wenn in einem neueren französischen Werk die Formel aufgestellt wird:

"Die Freimaurerei macht nicht die Revolutionen; sie bereitet sie vor und sie setzt sie fort", so wird diese Meinung von den geschichtlichen Ereignissen nicht bestätigt. Die fanatischen und brutalen Jakobinerklubs, die in der Zeit des Konvents (1792-1794) maßgeblich die revolutionäre "Schreckensherrschaft" ausübten, waren nämlich nach einem Bericht, der am 13. April 1883 der Loge von Nantes vorgelegt wurde, nichts anderes als Freimaurerlogen, die man in aktive politische Klubs umgewandelt hatte.

Dafür spricht unter anderem die Tatsache, daß diese Klubs die Titel von Logen beibehielten. Auch in anderen Ländern gab es geheime Verschwörungsgesellschaften, die mit den Jakobinern in Paris in Verbindung standen, so in Ungarn und Süddeutschland. Der Name "**Jakobiner**" geht zurück auf das Dominikanerkloster St. Jacques (St. Jakob) in der Rye Saint-Honoré, wo sie im November 1789 bretonische Deputierte der Nationalversammlung, die im Klub "Breton" vereinigt waren, niederließen.

Von diesem Versammlungsort stammt der Name "Jakobinerklub". Anfänglich nannten sich seine Mitglieder "Société des amis de la constitution". Sehr schnell breiteten sich die politischen (demokratisch-republikanischen) und antikirchlichen Ideen dieses Klubs in der Pariser Bevölkerung und im ganzen Land aus. Der Pariser Mutterklub zählte 1792 schon 760 Tochtervereine. Die rasche Verbreitung ging entscheidend auf die Mitgliedschaft der Frauen zurück, die immer eifriger und zahlreicher an den Versammlungen teilnahmen, die viermal in der Woche (von 18-22 Uhr) stattfanden.

Der revolutionäre Fanatismus und das Bestreben der Jakobiner, alle Lebensbereiche zu politisieren, ihre radikale Abkehr von Offenbarungschristentum und Kirche zugunsten einer natürlichen Aufklärungsreligion mit eigenen Kultformen, waren bereits erste Signale, die den modernen totalitären Staat ankündigten.

Für die Tatsache, daß Freimaurer die Französische Revolution nicht nur vorbereitet und fortgesetzt, sondern auch aktiv in ihr mitgewirkt haben, spricht ferner die Rolle, die von den beiden großen Revolutions-Parteien gespielt wurde. Die Girondisten und die Bergpartei vertraten in der Tat die zwei Hauptrichtungen der französischen Freimaurerei des 18. Jahrhunderts. Die erstere war liberal und individualistisch orientiert, die letztere huldigte einem schwärmerischen Sozialismus.

Wenn diese Parteien auch manchmal sehr gegensätzliche Positionen einnahmen, so widerspricht das keineswegs der Tatsache, daß sie beide von Freimaurern geführt wurden. Freimaurer waren und sind Individualisten, die das Ideal der Freiheit nicht immer einmütig und eindeutig auslegen und verstehen. ...

Sieht man das Problem Freimaurerei und Revolution unter dieser Perspektive, dann scheint es nicht übertrieben, wenn ein Religionswissenschaftler meint: "Es darf behauptet werden, die Freimaurerei hatte in allen geistigen, wirtschaftlichen und politischen Revolutionen der letzten zwei Jahrhunderte, doch nicht in der bolschewistischen ihre Hand im Spiel." Das ist gewiß keine Übertreibung, wohl aber eine Unterschätzung der freimaurerischen "Erfolge". Denn zu den unbestreitbaren "Erfolgen" gewisser Freimaurer zählt auch die bolschewistische Revolution, und zwar deshalb, weil **Lenin und Trotzki**, die Väter der russischen Oktoberrevolution nicht nur leidenschaftliche Kommunisten, sondern **auch erleuchtete Freimaurer** waren.

Sie gehörten dem 33. (das ist der höchste) Grad des sog. Schottischen Ritus an. Als die bolschewistische Oktoberrevolution 1917 siegreich vollzogen war, hielt Bruder Rozières in der Loge "Art et Travail" am 24. Dezember 1917 in Paris eine große Lobrede auf die ruhmreichen russischen Hochgradbrüder. Nebenbei sei noch erwähnt, daß auch **Bela Kun** (= Cohn), der "Bluthund von Ungarn", **Kurt Eisner**, der durch den Spartakistenputsch in München bekannt wurde, und **Sun-Yat-Sen**, der 1912 die Revolution in China durchgeführt hat, **dem 33. Grad des "Schottischen Ritus" angehörten.** ...

Im Mutterland der Freimaurerei, in England, schlossen sich am **24. Juni 1717**, am kirchlichen Festtag des Heiligen Johannes des Täufers, vier Londoner Logen zur ersten Freimaurer Großloge zusammen. Dieser Gründungstag, der als offizieller Geburtstag der Freimaurerei allgemein anerkannt wird, andere Altersangaben haben nur legendären Charakter, wurde gewählt, weil Johannes der Täufer Schutzpatron der mittelalterlichen Werkbruderschaften war. (Es wurde auch daran erinnert, daß der 24. Juni der längste Tag des Jahres ist, auf den die kürzeste Nacht des Jahres folgt, was für mystisch oder symbolisch denkende Maurer vielleicht nicht

ohne geistige Bedeutung ist.) Von daher sind auch die Bezeichnungen "Johannis-Freimaurerei" und "Johannis-Logen" zu verstehen.

Auf ihren drei Graden bauen alle später entstandenen Hochgradsysteme auf. Die Johannis-Maurerei wird auch "blaue Freimaurerei" genannt, weil sie in ihren Abzeichen die blaue Farbe trägt. Religionsgeschichtlich sei noch daran erinnert, daß genau 200 Jahre nach der abendländischen Glaubensspaltung die von Martin Luther proklamierte "Freiheit des Christenmenschen", besonders seine Absage an Papsttum und kirchliches Lehramt, in den negativen Freiheitsbegriff der Freimaurerei umgeschlagen ist.

Die Logen haben sich radikal freigemacht von der göttlichen Offenbarung und dem ihr eigenen Freiheitsbegriff, der in der Wahrheit gründet, die Christus ist und die er in seiner Kirche und durch sie verkündet. Anstelle der göttlichen Wahrheit, die frei macht (Johannes 8,32) sucht der aufgeklärte und freie Maurer nun das Heil im Aufbau einer neuen Welt, in der nicht mehr Gott, sondern die menschliche Vernunft über Wahrheit und Freiheit entscheidet und verfügt. Die Geschichte des Turmbaus zu Babel wiederholt sich aufs neue. Die Tragödie des "Humanismus ohne Gott" nimmt ihren Lauf und führt schließlich zur totalen Unfreiheit im gottlosen Bolschewismus, der 200 Jahre nach dem Ereignis von 1717 die letzte Konsequenz der Entfremdung von Gottes Wahrheit offenbart und mit revolutionärem Fanatismus seinen Weg in die Geschichte beginnt.

Die schnell sich ausbreitende Freimaurerei hat diese Entwicklung entscheidend beeinflußt und vorangetrieben. Schon 1725, zwei Jahre nach der Einführung des Konstitutionsbuches mit den "Alten Pflichten", die der englische Theologe James Anderson, Prediger an der schottischen Presbyterianerkirche in London als Glaubensbekenntnis der Freimaurer formulierte, entstanden die Großloge von Irland und die erste Loge in Paris. Drei Jahre später, 1728, wurde die erste Loge in Madrid gegründet, 1730 entstand die erste englische Kolonialloge in Kalkutta und die erste Loge in den USA. Hier kam es 1733 zur Bostoner Großloge. Benjamin Franklin gab 1734 die Konstitutionen von Anderson für die USA heraus.

In Lissabon, Den Haag und Stockholm sind 1735 erste Logen gebildet worden, 1736 folgten die Großloge von Schottland und die Großloge von Frankreich, die seit 1773 "Grand Orient de France" genannt wird und in der Folgezeit beherrschenden Einfluß auf die Loge in den romanischen Ländern und auch in Lateinamerika gewann. Im Jahr 1737 wurde erstmals ein Mitglied des englischen Königshauses in die Freimaurerei aufgenommen.

Die erste deutsche Loge konstituierte sich am 6. Dezember des gleichen Jahres in Hamburg und gab sich die Bezeichnung "Absalom zu den drei Nesseln". Schon acht Monate später nahm Stuhlmeister Baron von Oberg in einer mitternächtlichen Zeremonie das 31. Mitglied dieser Loge auf: den jungen Kronprinzen Friedrich von Preußen, den späteren Friedrich II.

Weitere Logengründungen folgten. In Berlin: 1740 die Loge "Zu den drei Weltkugeln", die seit 1744 als Großloge besteht. Die "Großloge der Freimaurer von Deutschland" entstand 1770 ebenfalls in Berlin. Sie entwickelte sich später zu dem "christlichen Freimaurer Orden" (FO). Heute trägt sie den Namen "Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland". Die "Großloge von Preußen genannt Royal York zur Freundschaft" wurde erst 1798 in Berlin gegründet.

Im Jahr 1757 ist die Großloge der Niederlande, 1760 die Große Landesloge von Schweden, 1775 die erste Schwarzen Loge in den USA, 1784 der Großorient von Polen und Litauen, 1815 die Großloge von Rußland, 1822 die erste südamerikanische Großloge in Brasilien, 1824 die erste mittelamerikanische Großloge in Haiti, 1833 die Großloge von Belgien errichtet worden. In der Schweiz begann die Großloge 1844, in Luxemburg 1849, in Kanada 1855, in Dänemark 1858, in Portugal 1859, in Italien 1861, in Griechenland und Spanien 1868, in Ungarn 1870/1871, in Australien 1884, in Norwegen 1891, in Jugoslawien 1909, in der Tschechoslowakei 1920, in Polen 1921 und in Rumänien 1923.

Schon früh wurde die Ausbreitung der Freimaurerei durch Verbote in mehreren Ländern erheblich erschwert. So gab es Verbote in den Niederlanden (1735), in Frankreich (1737), in Hamburg (1738), das erste kirchliche Verbot durch Papst Clemens XII. (28.4.1738), in Florenz (1739), in Wien und Lissabon (1743), in Bern (1745), in der Türkei (1748), in Rußland (1796), in Spanien (1813), in Ungarn (1820), in den USA (1826). Heute ist die Freimaurerei in der Sowjetunion und den Ostblockstaaten sowie in Spanien, Ägypten, Pakistan und in den übrigen islamischen Staaten verboten. ...

4. Freimaurerei und Kommunismus

... Das Endziel des revolutionären Kommunismus ist die bolschewistische Weltrevolution, die etappenweise zu einer sozialistischen Welt-Republik führen soll. Der britische Politiker John Strachey, der in seiner Laufbahn Antifaschist, verschiedene Male ein Konservativer, dann ein unabhängiger Labourmann, dann ein führender Mann des Kommunismus und nach dem II. Weltkrieg schließlich sozialistischer Minister in England war, schrieb bereits 1937 in seinem Buch "Der kommende Kampf um die Macht", "daß die einzig mögliche Zukunft für Großbritannien darin liegt, sich zuerst als freie Republik in einen Bund der europäischen Völker und später der weltumspannenden Gemeinschaft der Sowjetrepubliken einzureihen"(D. Reed, Der große Plan der Anonymen).

Gut informierte politische Kreise in Europa kennen schon seit Jahren das politische Ziel der Sowjetunion, in Europa eine "Union der sozialistischen Staaten" zu schaffen. Es ist bemerkenswert, daß Moskau diesen Begriff offiziell zum ersten Mal in der sowjetischen Parteizeitung "Prawda" vom 17. Oktober 1973 eingeführt hat. Das Fernziel der zur gleichen Zeit stattfindenden "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" ist damit genau abgesteckt. Wann diese vom Kreml geplante "Union der Sozialistischen Staaten Europas" Wirklichkeit werden wird, ist heute noch ungewiß. Politische Experten nehmen an, daß der Tag, an dem Europa oder doch wenigstens der größte Teil unseres Kontinents in der Hand der sog. "Imperialisten" sein wird, nicht mehr allzu fern ist.

Die meisten Zeitgenossen wissen freilich nicht, daß ein konkreter Plan zur Sowjetisierung bzw. Sozialisierung Europas schon seit gut 30 Jahren besteht, ein Plan, der von einem der prominentesten Freimaurer unseres Jahrhunderts zusammen mit dem kommunistischen Massenschlächter Stalin ausgearbeitet wurde.

Leider ist der Weltöffentlichkeit dieser Plan aus dem Jahr 1943 erst 1962 bekannt geworden, als die aufsehenerregende Biographie des amerikanischen Kardinals Spellman erschien. Aus der Biographie, die ein zeitgeschichtlich äußerst wertvolles Dokument darstellt und besonders für die Europäer aufschlußreich ist, geht hervor, daß der Hochgradfreimaurer F. D. Roosevelt 1943 bereit war, ganz Europa dem Kreml auszuliefern. Die genannte Biographie enthält die Gedächtnisaufzeichnung eines Gesprächs, das Präsident Roosevelt 1943 mit Kardinal Spellman führte.

Dabei teilte der Präsident dem Kardinal mit, daß nach vorliegendem Plan die Welt zwischen den USA, China, Großbritannien und der Sowjetunion aufgeteilt werde. Während den Vereinigten Staaten die Herrschaft im Pazifik zufallen soll, wird China die Hegemonie über den Fernen Osten erhalten. England, das vorwiegend koloniale Interessen verfolge, bekommt Afrika, und Moskau den europäischen Kontinent als Herrschaftsgebiet.

Vermutlich hat der damalige Kardinal von New York gegen diese entsetzliche "Friedensordnung", die das alliierte Frankreich ebenso wie den Vatikan der Sowjetdiktatur unterwerfen sollte, Einwände erhoben bzw. protestiert. Denn er verschweigt in seiner Notiz nicht, welchen "Trost" ihm der Präsident zu bieten versuchte.

Spellman referiert wörtlich: "Es ist natürlich, daß die europäischen Länder sich fürchterlichen Veränderungen unterziehen müssen, um sich Rußland anzupassen, aber er (Roosevelt) hofft, daß die europäischen Einflüsse binnen zehn oder zwanzig Jahren die Russen dahin bringen,

daß sie weniger barbarisch sind.

Mag dem sein wie auch immer, die USA und Großbritannien können nicht gegen die Russen kämpfen ... Er hofft, daß aus der erzwungenen sich bald eine wirkliche und dauerhafte Freundschaft entwickelt. Die europäische Bevölkerung wird einfach die russische Herrschaft in der Hoffnung ertragen müssen, daß sie in zehn oder zwanzig Jahren in der Lage sein wird, gut mit den Russen zusammenzuleben. ..." (Kath. Nachrichten-Agentur (KNA) vom 23.5.1962)

Präsident Roosevelt unterhielt damals mit dem Vatikan sog. "freundschaftliche Beziehungen". Später wurde bekannt, daß einer seiner ersten Berater ein kommunistischer Agent war. Ob der Präsident geistig zu naiv war, um die Doppelgesichtigkeit und das Doppelspiel seiner verwerflichen Politik zu erkennen?

Oder sollte er diesen Plan mit kaltem Zynismus vorgelegt haben? - Wir werden darauf wahrscheinlich keine klare Antwort finden.

An der Tatsache, daß der Plan existiert, besteht jedoch kein Zweifel. Ebenso ist sicher, daß der Plan nur zum Teil verwirklicht ist, denn Europa ist erst zur Hälfte dem russischen Machtbereich unterstellt. Die Unterwerfung der noch freien Hälfte Europas wird gegenwärtig durch fieberhafte Aktivität vorbereitet. Das Schlagwort vom Frieden, der in Europa "sicherer" gemacht werden soll, bedeutet nach sowjetischem Verständnis nichts anderes als die Herrschaft der Kremlimperialisten über das ganze Europa.

Denn erst wenn sie dieses ganz in ihrer Hand haben, wird der Friede "sicherer" sein, als er es zur Zeit ist. Nicht wenige Europäer aber befürchten angesichts jüngster amerikanisch sowjetischer Abmachungen auf höchster Ebene, daß der Freimaurer Richard Nixon oder ein anderer ihm folgender Bruder auf den Spuren des brüderlichen Vorgängers Roosevelt einen ähnlichen Verrat an Europa üben könnte, wie jener ihn 1943 versucht habe. ...

III. FREIMAUREREI UND RELIGION

1. Die Freimaurerei eine antichristliche Ideologie

Die wichtigste Frage, die in diesem Kapitel zu besprechen ist, betrifft die Religiosität der Freimaurerei und läßt sich in zwei Teilfragen gliedern:

Ist die Freimaurerei eine Religion oder nur ein ethisches System?

Ist die Freimaurerei mit dem Christentum vereinbar?

Über diese Grundfragen wird besonders seit dem II. Weltkrieg und mit Schwerpunkt seit dem II. Vatikanischen Konzil engagiert gestritten. Die Antworten, die bisher von Freimaurern und ihren Gegnern auf diese Fragen gegeben wurden, sind unbefriedigend und verwirrend. Bei den heutigen Freimaurern fällt die Tendenz auf, die Freimaurerei nicht als Religion zu betrachten. Wie schon W. Hannah (1952) bemerkte, verwenden sie gern die Formel: "Freimaurerei ist nicht eine Religion, sondern ist Religion." Manchmal sagen sie auch: "Freimaurerei ist nicht eine Religion, sondern sie ist religiös."

Fast dieselbe Formulierung findet sich in einer deutschen Freimaurerschrift (1970), wo gesagt wird: "Mit der geheimnisvollreligiösen Bedeutung der Symbole hat es eine besondere Bewandnis. In der letzten Unausdeutbarkeit und Vielfalt eines Symbols ergreift der Betrachter religiösen Bereich. Freimaurerei ist darum religiös; sie ist aber keine Religion."

M. Dierickx schreibt, daß die Freimaurerei "keine Religion ist, wohl aber ein ethisches System". Mit dieser Behauptung, die für ihn "unverrückbar feststeht", will er dem nach seiner Meinung "bedeutsamsten Vorbehalt gegen die Freimaurerei" begegnen, nämlich der "Gefahr des Synkretismus", und er hofft damit, viele Einwände, die z.B. Hannah und Whalen machen, entkräften zu können."

Doch dazu muß leider gesagt werden, daß M. Dierickx die Freimaurerei nicht gründlich genug studiert hat. Gegen seine Auffassung spricht schon das erste und wichtigste Kapitel der "Alten Pflichten" von 1723, die nach wie vor als allgemein anerkanntes Grundgesetz der "regulären

Freimaurerei" gelten. Ganz im Einklang mit den Aussagen dieses Kapitels der "Alten Pflichten", hat die Großloge von England im Jahr 1950 die Großloge von Uruguay förmlich exkommuniziert, als diese die Glaubensformel so weit faßte, daß sie von Gläubigen und Ungläubigen angenommen werden konnte, und erklärt:

"Die wahre Freimaurerei ist eine Religion. Der Glaube, den man haben muß, besteht darin, daß man dem Gott der Christen eine wirkliche Ehrung erweist. Die Freimaurerei ist vom Glauben des Mittelalters inspiriert und muß ihm die Treue wahren ... Da Sie unseren Weisungen nicht Folge geleistet haben, trifft Sie dasselbe Schicksal, das wegen desselben Verbrechens den Groß Orient von Frankreich getroffen hat. Wir erkennen Sie und alle, die Ihnen folgen, nicht mehr als rechtmäßige Freimaurer an."

Was die englischen Maurer unter dem "Glauben" an den "Gott der Christen" verstehen, werden wir im folgenden näher zu analysieren haben. Doch zuvor soll noch ein anderer prominenter Freimaurer aus England zu unserer Frage Stellung nehmen.

Sir J. Codeburn, ehemaliger Groß-Diakon von England und stellvertretender Großmeister von Australien gibt dazu folgende Erklärung:

"Die Frage, ob die Freimaurerei eine Religion ist, ist heftig diskutiert worden. Aber die Kontroverse scheint nur ein Wortgefecht zu sein. Vielleicht ist es der beste Weg zu einem Abschluß, wenn man zunächst die Punkte aufzählt, die den meisten Religionen gemeinsam sind, und dann untersucht, inwieweit die Freimaurerei sich von ihnen unterscheidet.

Religion befaßt sich mit der Beziehung zwischen dem Menschen und seinem Schöpfer und flößt vor allem Ehrfurcht vor dem Schöpfer ein. Die Religionen sind reich an gottesdienstlichen Formen des Gebetes und Lobpreises. Sie geben ferner Verhaltensregeln, indem sie einen Gott oder einen Helden als Muster zur Nachahmung vorstellen ... Es würde schwer fallen, zu sagen, welche dieser charakteristischen Merkmale der Freimaurerei fehlen. Ganz gewiß besitzt sie alle in reicher Fülle. Ihre Zeremonien sind ausgearbeitet und unübertroffen an Schönheit und Sinntiefe. Sie sind durchsetzt von Gebet und Danksagung ...

Wenn der Titel einer Religion der Freimaurerei versagt würde, könnte sie wohl mit Recht als eine Vereinigung von Religionen bezeichnet werden."

Es könnten noch mehrere Urteile dieser Art hier angeführt werden. Doch es gibt keinen besseren Beweis für die These, daß die Freimaurerei eine Religion ist, als der Text der offiziellen "Alten Pflichten" selbst, der ganz klar in der Freimaurerei "die Religion" sieht, "in der alle Menschen übereinstimmen".

Eine sachliche Auseinandersetzung mit dieser These macht es notwendig, sie im Zusammenhang mit dem ganzen ersten Kapitel der "Alten Pflichten" zu sehen. Der Text dieses Kapitels, das die Überschrift trägt "Von Gott und Religion", lautet:

"Der Maurer ist als Maurer verpflichtet, dem Sittengesetz zu gehorchen; und wenn er die Kunst recht versteht, wird er weder ein engstirniger Gottesleugner, noch ein bindungsloser Freigeist sein. In alten Zeiten waren die Maurer in jedem Lande zwar verpflichtet, der Religion anzugehören, die in ihrem Lande oder Volk galt, heute jedoch hält man es für ratsamer, sie nur zu der Religion zu verpflichten, in der alle Menschen übereinstimmen, und jedem seine besonderen Überzeugungen selbst zu belassen.

Sie sollen also gute und redliche Männer sein, von Ehre und Anstand, ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis oder darauf, welche Überzeugungen sie sonst vertreten mögen. So wird die Freimaurerei zu einer Stätte der Einigung und zu einem Mittel, wahre Freundschaft unter Menschen zu stiften, die einander sonst fremd geblieben wären."

Aus dem vorliegenden Text ist folgendes zu entnehmen:

Die Freimaurer sind nicht mehr verpflichtet, der Religion anzugehören, die in ihrem Land oder Volk galt; für sie gilt nach dem Konstitutionenbuch von 1723 nur "jene Religion, in der alle Menschen übereinstimmen!"

Was heißt das? Als die Verfasser der Konstitutionen diesen Satz niederschrieben, waren in den Logen noch nicht Mitglieder verschiedener Religionen, sondern nur Christen verschiedener Konfessionen vereinigt. Will man also den Begriff "Religion" im ersten Teil des Satzes richtig deuten, muß man ihn korrekt als "Konfession" im Sinne einer christlichen Kirche oder Gemeinschaft verstehen, denn in nichtchristliche Länder und zu anderen Religionen (Islam, Buddhismus) kam die Freimaurerei erst später.

Die Konfession also, die der einzelne Maurer früher gehabt hat, darf jetzt sein Leben und Wirken in der Loge nicht mehr bestimmen. Er muß seine persönlichen religiösen Überzeugungen "vor der Logentür zurücklassen", wie ein deutscher Freimaurer schrieb.

"Auf diese Weise hat es in der Freimaurerloge der Mensch mit nichts anderem als nur mit seinem Mitmenschen zu tun, wie er sich darstellt, wenn man ihn aller besonderen Überzeugungen, Vorurteile und zeitlichen Titel entkleidet." (St. Zickler, Was ist Freimaurerei, S.11). Ein ehrliches Eingeständnis also. Die Freimaurerei "entkleidet" ihre Mitglieder "aller besonderen Überzeugungen, Vorurteile und zeitlichen Titel".

Und womit wird der entblätterte oder entlaubte Baum geschmückt?, so möchte man jetzt gern wissen. Er wird mit einer neuen Religion beschenkt, er empfängt das freimaurerische "Licht" und er wird gleichzeitig auf diese neue Super-Religion verpflichtet und nur auf sie. Der Ausdruck Super-Religion ist berechtigt, weil nach freimaurerischer Meinung diese Religion des nackten Humanismus hoch über allen Konfessionen steht.

Als Einheitsideologie, die vom Menschen nur noch gelten läßt, "was an ihm Mensch ist, allein das allen Menschen Gemeinsame", soll diese "Religion, in der alle Menschen übereinstimmen", das befreiende und erlösende Element für die bessere Welt sein, die allein von den Meistern der "Königlichen Kunst" erbaut werden kann. Die Freimaurerei ordnet das religiöse Bekenntnis ursprünglich irgendein christliches Bekenntnis, heute kann es faktisch auch jedes nichtchristliche Bekenntnis sein ihrer Ideologie oder Religion des nackten Humanismus wie ich sie nennen möchte unter. In freimaurerischer Diktion heißt das: Der "Mensch" steht über der "Sache".

Für James Anderson war diese humanistische Religion, die er an Stelle der überholten früheren "Religionen" (Konfessionen) als neue verpflichtende Religion setzte, nichts anderes als ein besseres "Christentum", das man im großen und ganzen mit dem Deismus identifizieren kann, das aber jedenfalls nichts mehr mit dem echten, von Jesus Christus gestifteten Christentum zu tun hat.

Das authentische Christentum, das sich auf Christus beruft, ist mit dem "Logenchristentum" absolut unvereinbar. Und zwar deshalb, weil Christus von seinen Jüngern das Bekenntnis fordert. Echtes Christentum war, ist und bleibt wesentlich Bekenntnischristentum oder Konfessionschristentum. Es lebt von Jesus Christus, "dem Gesandten und Hohenpriester unseres Bekenntnisses (Hebräer 3,1), der "unter Pontius Pilatus Zeugnis gab im herrlichen Bekenntnis" (1. Timotheus 6,13), und der seine Zeugen in alle Welt sandte, damit sie ihn "vor den Menschen bekennen". Ja er macht dieses Bekenntnis sogar zur Voraussetzung für das ewige Heil, wenn er sagt:

"Ein jeder nun, der sich zu mir bekennt vor den Menschen, zu dem werde auch ich mich bekennen vor meinem Vater im Himmel; wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den werde auch ich verleugnen vor meinem Vater im Himmel. Denket nicht ich sei gekommen, Frieden auf die Erde zu bringen; ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert" (Matthäus 10,32 ff.).

Der Herr wußte, daß das Bekenntnis für ihn die Menschen entzweien und Kampf und Streit zur Folge haben werde. Seine Forderung bleibt aber dennoch bestehen. Die Freimaurerei wollte von Anfang an mit ihrer Humanismus-Religion den sogenannten "Religionskriegen" und jeglichem Konfessionshader ein Ende setzen. Sie wählte für dieses Ziel aber bedauerlicher-

weise das untauglichste Mittel: die Ausschaltung des christlichen Glaubensbekenntnisses, das für jeden gläubigen Christen unverzichtbar ist.

Der christliche Bekenner kann und darf seine persönliche Glaubensüberzeugung auf keinen Fall "vor der Logentür zurücklassen", er muß sie auch in der Loge als "freier" Mann frei bekennen dürfen. Wenn ihm die Loge diese positive Bekenntnisfreiheit verweigert und ihm einen religiös verbrämten Einheits-Humanismus zur Pflicht machen will, dann muß er die Loge ablehnen.

Als Glaubender steht er unter dem Wort Christi und dem Glaubensgehorsam. Der Heilige Paulus beschreibt die Bekenntnispflicht in Römer 10,10 so: "Aus dem Herzen kommt der Glaube, der zur Gerechtigkeit führt, und aus dem Munde das Bekenntnis zum Heil."

Das heißt: Der Christ darf seinen Glauben nicht im Herzen verstecken, er muß ihn in den Mund nehmen und bekennen: das ist sein Heil. Inhalt des christlichen Bekenntnisses ist Jesus Christus, der einzige und natürliche Sohn Gottes. "Wer den Sohn bekennt, hat auch den Vater. Das ist der Antichrist, der den Vater leugnet und den Sohn."

So steht es im 1. Johannesbrief (2, 22. Darf man von diesem Schriftwort ausgehend, eine Religion, die das Bekenntnis zu Jesus Christus, dem Sohn Gottes, ablehnt und aus ihren Tempeln verbannt, nicht eine unchristliche Religion nennen?

Und hat die Katholische Kirche und jede andere christliche Kirche, die unwandelbar am Bekenntnis Jesus Christi festhält, nicht die Pflicht, eine solche Religion als unvereinbar mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus zu verurteilen? Nach freimaurerischer Sprachregelung sind alle dogmatischen Religionen und Konfessionen intolerant. Kirchen, die sich als bekennende Kirchen verstehen, als Konfessionsgemeinschaften, sind von der Freimaurerei immer als intolerant verschrien und bekämpft worden.

Der frühere Kultusminister von Baden Württemberg, Dr. Gotthilf Schenkel, der am 4.10.1959 auf einer Kundgebung der Bruderschaft der Deutschen Freimaurer in der Frankfurter Paulskirche über "Die Gegenwartsaufgaben der Freimaurerei" sprach, schilderte kurz die Gründung der ersten Großloge im Jahr 1717, die sich gegen die Intoleranz der Kirchen und Konfessionen gewendet habe und sagte, der Kampf gegen Intoleranz sei auch heute noch ein wesentlicher Grundzug der Freimaurerei und die Toleranz ein entscheidendes Prinzip. (FAZ, 5. Okt. 1959). Demnach ist also die Freimaurerei wesentlich ein Kampfbund gegen die "Intoleranz der Kirchen und Konfessionen".

Wenn aber die von Christus gestiftete und in seinem Namen auftretende Kirche ihrem Wesen nach eine konfessionelle Gemeinschaft ist, wenn echtes Christentum nur im Bekenntnis existieren kann, dann ist die Freimaurerei als religiöse Gegenbewegung zu diesem Christentum antichristlich orientiert.

Ist diese Freimaurerei nach ihrem eigenen Grundgesetz darüber hinaus auch noch eine eigentliche Religion, dann ist sie nach den Gesetzen der Logik eben eine antichristliche Religion. Zu dieser Erkenntnis muß jeder kommen, der das innere Wesen der Freimaurerei gründlich erforscht und seinen Verstand nicht vor der Logentür zurück läßt oder ihn in der Loge abgibt. Es ist kein Zufall, wenn außerhalb der Katholischen Kirche auch andere Kirchen bzw. Kirchliche Gemeinschaften zu der Überzeugung gelangt sind, daß Freimaurerei und Christentum schlechthin unvereinbar sind.

So erklärten, um nur ein Beispiel zu nennen, die Bischöfe der griechisch-orthodoxen Kirche auf ihrer Konferenz am 12. Oktober 1933: "Freimaurerei ist eine Mysterienreligion, sie ist vom christlichen Glauben völlig verschieden, ihm entgegengesetzt und fremd. Wie die Mysterienkulte, trotz scheinbarer Toleranz und Anerkennung fremder Götter, zum Synkretismus führen, das Vertrauen zu anderen Religionen untergraben und allmählich ins Wanken bringen, so ist die heutige Freimaurerei; sie möchte nach und nach alle Menschen umfassen und sittlich vervollkommen, das Erkennen der Wahrheit fördern und sich zu einer Art Über-Religion

erheben, wobei sie auf alle andere Religionen (die christliche nicht ausgenommen) als etwas Minderes herabsieht.

Während das Christentum, das als eine geoffenbarte Religion im Besitz der mit der Vernunft erfassbaren und der darüber hinausgehenden Dogmen und Wahrheiten ist, zuerst und vor allem Glauben fordert und seine moralische Auffassung auf die übernatürliche göttliche Gnade gründet, hat die Freimaurerei nur eine natürliche Wahrheit und bringt ihre Eingeweihten zum freien Gedanken und zur freien Forschung durch die Vernunft allein.

Die Struktur ihrer Moral fußt allein auf den natürlichen Kräften des Menschen und dient nur natürlichen Zwecken. Unlängst hat die Interorthodoxe Kommission, die auf dem Berge Athos zusammenkam und an der die Verantwortlichen aller unabhängigen orthodoxen Kirchen beteiligt waren, die Freimaurerei als ein falsches und antichristliches System charakterisiert."

Mit Genehmigung der Bischofskonferenz gab dann Erzbischof Chrysostomos von Athen folgende Beschlüsse bekannt:

"Die Freimaurerei kann absolut nicht mit dem Christentum in Einklang gebracht werden, weil sie eine Geheimorganisation ist, die im dunkeln und geheimen arbeitet und lehrt sowie den Rationalismus vergöttert ... Daher kann einem Geistlichen nicht erlaubt werden, Mitglied dieser Gesellschaft zu werden. Ich meine, daß jeder Geistliche, der es dennoch tut, ausgestoßen zu werden verdient ... Wir erklären, daß alle gläubigen Kinder der Kirche außerhalb der Freimaurerei bleiben müssen ... Es ist unrecht, zu Christus zu gehören und Erlösung sowie seelische Vervollkommnung außer denn bei Ihm zu suchen."

Das Urteil der Interorthodoxen Kommission, wonach die Freimaurerei ein "antichristliches System" ist, deckt sich voll und ganz mit der Argumentation, die an Hand der Analyse des ersten Kapitels der "Alten Pflichten" in dieser Schrift vorgetragen wurde. Die Verurteilungen, die seitens der Römisch-katholischen Kirche seit 1738 ausgesprochen wurden (bisher sind über 12 Verbote der Freimaurerei durch Päpste erlassen worden und rund 200 päpstliche Interventionen gegen Freimaurerei und andere geheime Gesellschaften erfolgt), gehen von der Grundtatsache des antichristlichen Charakters der Freimaurerei aus und sollten von daher auch verstanden werden.

Dabei steht eindeutig fest, daß sich die betreffenden Verurteilungen nicht nur auf die militant antikirchliche "irreguläre Freimaurerei" beziehen, sondern ebenso die "reguläre" angelsächsische Richtung treffen.

Die Meinung von M. Dierickx, daß die im Kanon 2.335 des Kirchlichen Gesetzbuches (1918) für Mitglieder der Freimaurerei verhängte Exkommunikation nicht den "regulären Logen" gilt, weil diesen ja keine Verschwörung gegen die Kirche zur Last gelegt werden könne, geht an der Wirklichkeit leider vorbei und beruht auch dann auf falschen Voraussetzungen, wenn mehrere Theologen und Kirchenrechtler in dieser Frage die Ansicht von M. Dierickx teilen." Angesehene und führende Freimaurer sehen im ökumenischen Dialog nach dem II. Vatikanischen Konzil die große Chance oder sie hegen zumindest die Hoffnung, daß die Katholische Kirche ihre Haltung gegenüber der Freimaurerei revidiere.

Sie selbst wollen aber die Freimaurerei in ihrem Wesen nicht verändert wissen, wenngleich sie auch einige unwesentliche kosmetische Reformen in ihrem Ritual und Brauchtum für notwendig erachten, heute manchmal mit der Absicht, dadurch die Logen für Katholiken als akzeptabel erscheinen zu lassen. Ihre kluge Taktik hat sich als erfolgreich herausgestellt, obwohl sich das innere Wesen der Freimaurerei nicht im geringsten geändert hat.

Altgroßmeister F. A. Pinkerneil äußerte 1961 seine ganz aufrichtige Meinung darüber, wenn er schreibt: "Es erscheint unmöglich, die Gegnerschaft der Katholischen Kirche auch nur zu mildern. Wir können nichts mehr tun und das werden wir tun als eine bedauerliche Wandlung der Katholischen Kirche seit der Zeit, wo Bischöfe und Prälaten führende und angesehene Freimaurer waren, festzustellen und den Gründen nachzugehen. Jedenfalls haben wir Frei-

maurer uns in den beiden Jahrhunderten nicht gewandelt. Wir erstreben in dieser Hinsicht eine faire, geistig hochstehende Auseinandersetzung."

Wer die Freimaurerei kennt, kann voraussagen, daß sie sich auch in der Zukunft nicht wandeln wird, jedenfalls nicht in ihrer Haltung gegenüber der Katholischen Kirche, sofern sie ihrem Bekenntnis und ihrer Sendung treu bleibt.

Da die Kirche aber keinen Verrat an dem von ihrem göttlichen Stifter stammenden Heilsauftrag üben darf, wird die ersehnte und erstrebte geistige Ökumene mit der Freimaurerei solange nicht möglich sein, als die "dogmenlose Freimaurerei" die katholische Kirche, "die auf dem Dogma beharren muß" (Delters) nicht anerkennt und zu ihr zurückkehrt. Wie sehr aber einerseits das wirkliche Wesen der Katholischen Kirche mißverstanden werden kann und wie tief andererseits der Graben ist, der die Freimaurerei von der Kirche trennt, zeigen folgende Äußerungen eines vielzitierten Freimaurers.

Er meint, "daß die Kirche Roms weniger eine katholische, das heißt allgemeine Kirche ist, als vielmehr eine römische, die mit dem imperialen Anspruch auf absolute Führung des vergangenen Roms auftritt. Das Imperium Romanum ist verschwunden, untergegangen. Doch der Geist Roms verkörperte sich in der Kirche, die aus einer katholisch allgemeinen zu einer römischen wurde ...

Rom beruft sich stets auf das seinem ersten Bischof, dem Apostel Petrus, vom Erlöser übertragene Hirtenamt. Darin und in der ununterbrochenen Sukzession des Bischofsamtes von Rom liegt zweifellos ein Quell der Stärke der römischen Kirche. In allen Wandlungen, denen sie unterlag, blieb ihr Machtanspruch auf die Seelenführung der Menschen bestehen. Diesen Anspruch versucht sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu erhalten und zu mehren. Für sie bleibt der Mensch ein der Führung bedürftiges, sündiges Geschöpf.

Nun bleibt die Menschheit als Ganzes ebensowenig stehen, wie der Einzelne. Wie das Kind und der jugendliche Mensch der Mündigkeit entgegenreifen, so auch die Menschheit.

Die Freimaurerei steht auf dem Standpunkt, daß viele Menschen die Schwelle der Mündigkeit, der geistigen Mündigkeit, überschritten haben, ja sogar, daß die Menschheit als Ganzes sich mehr und mehr der Schwelle der Mündigkeit nähert. Der geistig mündige Mensch soll aus eigener Kraft seinen Weg suchen und finden ... Wie das Kind einmal selbständig gehen lernt und sich von Rockschoß der Mutter löst, so muß auch der Mündige sich einmal von der geistig seelischen Bevormundung durch die Kirche lösen ...

Aus dem Machtanspruch, den die römische Kirche insbesondere auf die Seelen der Gläubigen erhebt, ergibt sich, daß sie nicht tolerant sein kann ...

Was die römische Kirche im Kult und den Sakramenten den Gläubigen zu spenden hat, gehört zum Gewaltigen. Stünde dahinter nicht eine aus römisch juristischem Denken geborene Dogmatik und als Inspirator derselben das Machtgespenst der Cäsaren, würde man sie, nicht zuletzt im Hinblick auf ihren Sakramentalismus, als die katholische, das heißt als die umfassende, allgemeine Kirche anerkennen können. Und das ist es, was die römische Kirche und Freimaurerei in ihrem Wesen trennt."

Man muß diesen Text, der 1958 veröffentlicht wurde, mit Bedacht lesen, um die tiefe Kluft, die Freimaurerei und römisch-katholische Kirche voneinander trennt, richtig erkennen zu können. Wie klar hat der Verfasser doch gerade den Wesensunterschied zwischen freimaurerischer Mündigkeitsideologie und der "Dogmatik" der Mutter Kirche herausgestellt.

Fast möchte man meinen, daß der erst nach dem II. Vatikanischen Konzil spürbar gewordene Aufbruch zur Mündigkeit in der Kirche mit der Tendenz, sich "vom Rockschoß der Mutter" Kirche zu lösen, mit der freimaurerischen Mündigkeit geistig verwandt sei.

Und was sagt der Herr Jesus Christus dazu? Er stellte seinen Aposteln und Jüngern ein Kind vor Augen. Dieses Kind ist Vorbild für alle, die vor Gott mündig, d.h. vollkommen werden und in das Reich Gottes eingehen wollen. Und er sandte unserem mündigen Jahrhundert, in

dem bis heute schon mehr Kinder gemordet wurden als in der Gesamtgeschichte der Menschheit, immer wieder große Heilige, die in vorbildlicher Weise uns den Weg der "geistigen Kindheit" als den Weg des Evangeliums vorgelebt haben.

Wer die beiden Wege kennt und miteinander vergleicht, wird zur Einsicht und Überzeugung gelangen, daß zwischen freimaurerischer Mündigkeit und geistiger Kindschaft des Christen ein Abgrund klafft, der unüberbrückbar ist. Wenn ein katholischer Jurist wie A. Mellor und ein Kirchengeschichtler wie M. Dierickx und manche gutwilligen Ökumeniker mit ihnen den Versuch machen wollen, die beiden extremen Anti-Thesen und Anti-Mächte, die hinter ihnen stehen, miteinander versöhnen zu wollen, so mag ihr Versuch zwar gut gemeint sein, er ist aber genauso unrealistisch und unmöglich wie die Quadratur des Kreises.

Wir haben bei der bisherigen Argumentation stets die Unvereinbarkeit der "regulären Freimaurerei" mit dem Bekenntnis Christentum der katholischen Kirche im Blick gehabt. Wenn schon hier eine akzentuiert antichristliche Spiritualität festzustellen war, so tritt dieselbe Geisteshaltung bei der "irregulären Freimaurerei" noch viel auffallender in Erscheinung. Der Grand Orient von Frankreich und die unter seiner Führung stehenden Logen können geradezu als Anti-Kirche bezeichnet werden.

Ihr Haß gegen alles Christliche und Katholische erinnert an den antichristlichen Agitator Voltaire, dessen Geist besonders in der romanischen Maurerei weiterlebt. Es genügt schon ein Blick in die Protokolle des Grand Orient, um diesen antichristlichen Haß zu erkennen. Im folgenden greifen wir aus den Protokollen der Generalversammlungen von 1951 und 1952 einige charakteristische Aussagen heraus."

Der Berichtstatter Cheval legte das gesellschaftspolitische Programm der Freimaurerei des französischen Groß Orients dar, von dem sich die Groß-Loge von Frankreich wohl in der Tonart der Formulierungen, nicht aber in der Sache unterscheidet, und sprach dabei als Endziel des Grand Orient die vollständige Laisierung an, das heißt die totale Verdrängung der Kirche aus allen öffentlichen Bereichen.

Er sagte in diesem Zusammenhang ein Wort, das wir nicht vergessen sollten: "Die Idee des Laizismus ist für uns nicht eine objektive Idee, sie ist unser Wesen. ...

Folgende drei Entschlüsse wurden vom Konvent einstimmig angenommen: "Der Konvent des Groß Orients von Frankreich stellt fest, daß die menschliche Freiheit durch die klerikalen Umtriebe des Vatikan in Frankreich, den überseeischen Gebieten der Union Francaise und in der ganzen Welt bedroht ist. Er beschließt, um der Kirche die Stirn zu bieten:

1. mit allen Mitteln das verborgene Spiel der Staatssekretarie des Vatikan zu enthüllen, deren Ziel es ist, der ganzen Menschheit die entehrende Vormundschaft der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Diktatur aufzuerlegen;
2. alle Freimaurer des Groß Orient von Frankreich aufzufordern, daß sie zu jeder Stunde und an jedem Orte am Zusammenschluß aller Laien arbeiten, und von jenen, die wichtige Stellen innehaben, zu verlangen, daß sie das Ideal der Laieninstitutionen mit demselben Eifer verteidigen;
3. in dem unversöhnlichen Kampf gegen den römischen Klerikalismus alle Bündnisse zu schließen, die mit dem freimaurerischen Ideal vereinbar sind."

Am Schluß bekräftigte der Konvent seine Entschlüsse mit folgendem Eid, der nach den Worten des Großmeisters nicht zur Abstimmung gestellt, sondern um der größeren Feierlichkeit willen ohne Diskussion von allen Anwesenden mit einem feierlichen "Wir versprechen es" angenommen wurde:

"Wir Freimaurer des Groß Orients von Frankreich übernehmen die feierliche Verpflichtung, mit allen unseren Kräften, zu jeder Stunde und an jedem Orte das Ideal und die Institution des Laientums zu verteidigen, die der höchste Ausdruck der Grundsätze der Vernunft, der Toleranz und der Brüderlichkeit sind, denen wir Treue geschworen haben, als wir die Erleuchtung

empfangen."

Auf dem Kongreß des Jahres 1952 findet man in einer der letzten Reden eine ausführliche Definition über den Begriff "Geist des Laientums". Der Redner Jolly erklärte dazu:

"Laie sein, das heißt nicht, das menschliche Denken auf den sichtbaren Horizont begrenzen oder dem Menschen verbieten, daß er von der Suche nach Gott träume. Es heißt, für das gegenwärtige Leben die pflichtgemäße Anstrengung fordern.

Es heißt, die Gewissen derer, die noch vom Zauber alter Gläubigkeit gehalten sind, nicht verletzen wollen und nicht verachten. Es heißt, den Religionen, die vorübergehen, das Recht verweigern, die Menschheit zu regieren, die unvergänglich ist.

Es heißt, daran glauben, daß das Leben der Mühe wert ist, gelebt zu werden, dieses Leben lieben, dieses Tränental von der Erde wegweisen, nicht zugeben, daß diese Tränen notwendig und wohlütig sind oder daß das Leiden providentiell ist: es heißt, für kein Elend Partei ergreifen.

Es heißt, dem Übel im Namen der Gerechtigkeit den Kampf liefern. Laie sein, das heißt drei Tugenden besitzen: Caritas, das ist Liebe zu den Menschen; Hoffnung, das ist das wohlthuende Gefühl, daß ein Tag kommen wird, an dem sich die Träume der Gerechtigkeit, des Friedens und des Glücks erfüllen werden; Glaube, das ist der Wille, an den sieghaften Sinn unaufhörlicher Anstrengung zu glauben ... Dies ist es, dem jeder unserer Brüder sich verbünden muß."

Mit Recht hat ein Kommentator zu der vorliegenden Definition bemerkt:

"In diesen Worten wird wohl das wahre Glaubensbekenntnis der freimaurerischen Religion und Sozialethik treffender ausgedrückt sein als in den Riten und Zeremonien der Loge. Sie zeigen mit einer geradezu erschütternden Deutlichkeit, daß Freimaurerei, europäischer Liberalismus, Laizismus und Marxismus weltanschaulich, wenn auch mit gewissen Unterschieden, die gleiche Haltung zum Ausdruck bringen, die man als die vollendete Perversion des christlichen Glaubens wird bezeichnen müssen."

Die Glaubensauffassung und Weltanschauung des Grand Orient, so wird mancher einwenden, kann doch nicht als normgebend und typisch für die gesamte Freimaurerei hingestellt werden. Und doch, so muß diesem Argument entgegengehalten werden, läßt sich auch in vielen angelsächsischen Logen, vorwiegend in der neuen Welt, bei allen sonstigen Unterschieden, eine verblüffende Übereinstimmung mit dem Groß Orient hinsichtlich laizistischer Bestrebungen beobachten ...

Auch die amerikanische Freimaurerei kann in ihrer Gesamtheit keinesfalls als kirchenfreundlich betrachtet werden. Die amerikanischen Logen haben in letzter Zeit zunehmend Atheisten aufgenommen, nachdem der Großmeister der Großloge des Südens erklärt hatte, daß die amerikanische Freimaurerei der in den "Alten Pflichten" enthaltenen Glaubensformel nur unter der Bedingung zustimme, "daß sie die Achtung vor jeder Glaubensüberzeugung ausdrücken und ein Zeichen für die Verbindung zwischen Gläubigen und Ungläubigen sein soll".

Die amerikanischen Freimaurer sind wie alle anderen davon überzeugt, daß sie über jede "partikularistische Religion" erhaben sind und erstreben, wie ihre Konferenz von Washington es bereits 1912 formulierte, "eine universale Religion auf der Grundlage der Liebe zur Menschheit".

Die amerikanische Freimaurerei ist zwar in zahlreiche selbständige Logen gegliedert und hält im allgemeinen an ihrem englischen bzw. schottischen Ursprung fest. Das hindert sie jedoch nicht, in Glaubensfragen den englischen Freimaurern religiöse Enge und zu großen Konservatismus vorzuwerfen. Es gibt auch in den USA Logen, die ganz im Stil des Groß Orients eine militant antikirchliche Propaganda betreiben und den Einfluß der katholischen Kirche aus dem gesellschaftlichen Leben ausschalten wollen, was sich in jüngster Zeit besonders im Zusammenhang mit der Frage der katholischen Privatschulen beobachten läßt, worüber wir uns später eingehender zu befassen haben.

Schon im Jahr 1949 warnte das Informationsblatt des schottischen Ritus entschieden "vor den Umtrieben der römisch-katholischen Kirche und des Kommunismus, die zwei große Bedrohungen für die Demokratie darstellen, die uns teuer ist."

In diesem Blatt waren alle Vorwürfe gegen die Kirche zu finden, wie sie der Groß Orient nur immer vorgetragen hat, angefangen von dem Märchen, Hitler, Mussolini und Franco seien "Agenten des Vatikans" gewesen bis zu der verleumderischen Behauptung, Rom wolle durch einen dritten Weltkrieg ein katholisches Europa wiederherstellen, aus dessen Führungsstellen die Freimaurer von Katholiken bereits verdrängt seien. Die römisch-katholische Kirche wird zum eigentlichen Feind Amerikas gestempelt. Doch genug davon.

Es ist nun an der Zeit, unter die Ausführungen dieses Kapitels einen Strich zu ziehen und zu fragen, wie es angesichts der in unserer Analyse aufgezeigten Unvereinbarkeit von Freimaurerideologie und jeder Form von Bekenntnischristentum zu erklären ist, daß, wie M. Dierickx mitteilt, "vier bedeutende Kardinal Erzbischöfe Westeuropas einigen Freimaurern, die sich zum Katholizismus bekehrten oder ihn wieder ausüben wollten, erlaubten, in den Logen zu verbleiben. ... Wir persönlich kennen mehrere Katholiken, die es mit ihrem Glauben ernst nehmen und doch Freimaurer sind".

Erst recht stellt sich uns diese Frage, wenn die Meldung zutrifft, daß der praktizierende Katholik Mellor in die Pariser Loge 'Esperance' aufgenommen werden konnte, ohne daß Rom Einspruch erhob. Alec Mellor arbeitet schon seit mehr als zehn Jahren für seine "getrennten Brüder, die Freimaurer". (A. Mellor, Unsere getrennten Brüder, die Freimaurer, Verlag Styria, Graz, Wien, Köln 1964)

Wie der deutsche Freimaurer F. Bolle schreibt, ist Mellor "ein gläubiger Sohn seiner Kirche und Anwalt am Kassationshof in Paris; im März 1969 wurde er Freimaurer". Die Frage, wie solche Vorgänge zu erklären sind, ist gestellt und bleibt im Raum stehen, in der Hoffnung, daß die Betroffenen und Verantwortlichen sie zu gegebener Zeit beantworten werden. Für alle gläubigen Katholiken, die dem Selbstzerstörungsprozeß der Kirche entgegenwirken wollen, bleibt indessen die heilige Pflicht, ihren Hirten die Gaben des Heiligen Geistes zu erleben, besonders die der "Unterscheidung der Geister", damit von ihnen keine Entscheidungen getroffen werden, die der Kirche schaden und dem Heil der Menschen und der Menschheit abträglich sind.

Wenn die Reform des Kirchlichen Gesetzbuches abgeschlossen sein wird, dürfte die Freude in allen Logen der Welt wenigstens in einem Punkt sehr groß sein. Denn dann wird die jetzt noch auf dem Papier des alten Kodex stehende, in der Praxis jedoch bereits mehrfach unterlaufene Exkommunikation für Katholiken, die Mitglieder einer Freimaurerloge sind, nicht mehr zu finden sein. Unter Berufung auf die Katholische Nachrichten Agentur (KNA) brachte "Die Bruderschaft", das Organ der Freimaurer in Deutschland, in Nr. 8/9 (September) 1973 folgende Notiz:

"Die Exkommunikationen gegen katholische Freimaurer soll aufgehoben werden. Ein entsprechender Erlaß ist bereits vor zwei Jahren von der Glaubenskongregation ausgearbeitet worden. Wann er veröffentlicht wird, steht allerdings noch nicht fest. In Rom wird vermutet, daß die Veröffentlichung erst zusammen mit dem neuen Kirchenrecht erfolgt, an dem zur Zeit gearbeitet wird. Die Bischöfe von England und Wales haben die Geistlichen ihres Landes von dieser bevorstehenden Erleichterung unterrichtet. Wahrscheinlich werde man dabei von Rom aus jeder nationalen Bischofskonferenz die Entscheidung darüber zugestehen, ob den Laien künftig gestattet sein soll, der Gemeinschaft der Freimaurer anzugehören."

Abschließend sei dazu nur soviel bemerkt: Die Aufhebung der Exkommunikation hebt die Unvereinbarkeit von Freimaurerei und katholischem Glauben nicht auf.

Es ist und bleibt für einen Katholiken unmöglich, ein "gläubiger Sohn seiner Kirche" und gleichzeitig ein wirklicher Freimaurer zu sein.

Wenn M. Dierickx meint, die letzten Hindernisse zwischen Freimaurerei und Kirche könnten "nur durch eine aktive Teilnahme von Katholiken am Logenleben beseitigt werden" und zur Begründung auf die Situation in der Vereinigten Großloge von England und in Skandinavien verweist, wo durch Bischöfe und Pfarrer als Logenmitglieder ein positiver Einfluß auf die Logen ausgeübt werde, wenn er weiter den englischen Freimaurer und anglikanischen Geistlichen J. L. C. Dart zitiert, nach dem Geistliche und Laien Mitglieder der Freimaurerei werden müssen, damit diese "nicht den Feinden der Religion in die Hände fällt", wenn er schließlich schreibt, es komme ab und zu vor, daß "ein katholisch getaufter, der sich später der Religion entfremdete, durch die Freimaurerei und die Arbeit in der Loge zu seinem Glauben zurückfindet ...

Persönlich haben wir ein Dutzend französische Freimaurer kennengelernt, die (aufs neue) katholisch geworden sind", so ist darauf folgendes zu erwidern: Alle Versuche dieser Art Propaganda sind nicht überzeugend. Zunächst haben die genannten Bischöfe und Geistlichen den Prozeß der Entchristlichung in ihren Ländern auch als Mitglieder der Logen nicht aufhalten können. In Schweden z.B., das schon lange vor England eine unmenschliche und unverantwortliche Abtreibungsgesetzgebung einführte, hat man es erreicht, daß christliche Prinzipien im öffentlichen und kulturellen Leben, in der Justiz, Schule, Hochschule, Erziehung, Sitte, Sexualität, Ehe, Familie so gut wie außer Spiel gesetzt sind."

Hätten Bischöfe und Geistliche in den betreffenden Ländern für die Forderungen des Evangeliums und gegen die religiösen und sittlichen Auflösungstendenzen der Liberalen gekämpft, dann hätten sie ihrem Volk und ihrer Kirche wahrscheinlich einen besseren Dienst erwiesen als durch ihre Mitarbeit in den Logen. Eine ihrem Wesen nach antichristliche Institution kann durch christliche Mitglieder nicht verchristlicht werden, wohl aber werden selbst viele Christen von ihr aufgesaugt.

Das ist eine geschichtliche Erfahrung, die im Bereich der Religion ebenso gemacht wurde wie in dem der Politik. Und was die Behauptung betrifft, daß ehemalige Getaufte durch die Freimaurerei und das Leben in der Loge ihren ursprünglichen Glauben wiedergefunden haben, so überzeugt sie ebenfalls nicht. Im Falle von Y. Marsaudon, dem "Staatsminister" des Obersten Rates von Frankreich, der hier als Musterbeispiel genannt wird, darf sogar mit guten Gründen bezweifelt werden, daß er den katholischen Glauben wirklich wiedergefunden hat.

Einige Äußerungen in seinem Buch "L'Oecumenisme vu par un Franc Maçon de Tradition" sprechen dagegen. Falsch ist z.B. seine von Dierickx zitierte Behauptung, daß "diese gewaltige Institution" (Kirche) ... echt freimaurerisch ist, daß "das Wesen des Freimaurers und das eines gläubigen Christen einander nicht widerstreiten" und daß "Christentum etwas anderes ist als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kirche" (M. Dierickx).

Einige andere Sätze, die Dierickx nicht zitiert, wiegen allerdings noch schwerer. So ist es mit dem römisch-katholischen Glauben schlechthin unvereinbar, wenn Y. Marsaudon schreibt: "Eines Tages muß die dogmatische Kirche verschwinden oder sich angleichen und, um sich anzugleichen, zu den Quellen zurückkehren". Auch das andere Wort von ihm, das wir bereits kennen, wonach die Namen der verschiedenen Religionen und Konfessionen "bei uns nur Vornamen sind, unser Familienname ist Freimaurerei", kann mit dem katholischen Glauben nicht in Einklang gebracht werden. Der Versuch, Freimaurerei und Kirche, antichristliche und christliche Religion auf einen Nenner zu bringen, gelingt nicht. ...

2. Die antichristliche Kulturrevolution

Im Jahr 1963 wurde F. A. Pinkerneil, der damalige Großmeister der VGLvD, in einem Interview gefragt, ob er bereit sei, "die Freimaurerei als ein religiöses Bekenntnis anzusprechen". Seine Antwort: "Ich bin dagegen, zu sagen, Freimaurerei ist eine Ersatzreligion. Ich bekenne aber, daß ich die Freimaurerei tatsächlich für ein religiöses Bekenntnis ansehe, weil in ihrem Mittelpunkt die Fühlung mit Gott steht" (DER SPIEGEL, Nr.15, 1963).

Wie läßt sich dieses Bekenntnis eines angesehenen deutschen Freimaurers mit der Meinung von A. Mirgeler vereinbaren, die Freimaurerei sei "nicht zu verstehen als eine neue, dritte oder vierte Konfession neben den bestehenden, auch nicht als die Ablösung des traditionellen Glaubens durch einen militanten Deismus, Atheismus oder Indifferentismus. Sie tendiert vielmehr auf einen weltanschauungsfreien Raum, in dem nach den Religionskriegen eine friedliche Koexistenz überhaupt erst wieder möglich wird"? (Die Freimaurerei - Eine geistesgeschichtliche Untersuchung, in "Hochland", Juni 1963)

Wo in der Welt gibt es einen "weltanschauungsfreien Raum" für Menschen, in deren "Mittelpunkt die Föhlung mit Gott steht", oder um mit dem ehemaligen Großredner der Landesgroßloge A.F.u.A.M., Senator a.D. Yström (Bremen) zu sprechen, das Streben nach verfeinertem Menschentum, das keine Utopie, sondern das Credo zur Humanität ist?" Hildesheimer Allg. Zeitung, 19.11.1982, Bericht über die 200-Jahrfeier der Loge "Pforte zum Tempel des Lichts" in Hildesheim).

Nein, die Freimaurer sind keine "weltanschauungsfreien" Gesellen. Ihr Bekenntnis ist in der Tat ein "Credo zur Humanität" und dieses ist nach den Worten eines dänischen Freimaurers die "universelle, moralphilosophische Religion, die rein moralische Humanitäts-Religion" der Freimaurerei." (F. Hilling, zitiert aus Europäische Freimaurerzeitung, vom Juni 1964).

Genau die Religion also, die wir im vorhergehenden Kapitel eingehend als antichristliche Religion analysiert haben. Über den Gottesdienst und die Dogmatik, die gnostischen und synkretistischen Elemente der maurerischen "Humanitäts-Religion" brauchen hier keine näheren Einzelheiten dargelegt zu werden. Darüber haben andere Autoren bereits ausführlich und gründlich genug geschrieben.

Uns interessiert vielmehr die Frage, wie die vielgerühmte freimaurerische Toleranz der Kirche Jesu Christi begegnet, die den Anspruch erhebt, allein zur Verkündigung der von Gott geoffenbarten Heilsbotschaft von ihrem Herrn Jesus Christus zu allen Völkern gesandt zu sein mit dem Auftrag, die Menschen zu Glauben und Taufe zu rufen und ihnen ewiges Leben im Reiche Gottes zu vermitteln.

Wer dieser Frage nachgeht, muß leider feststellen, daß die "Humanitäts-Religion" der Logen für die katholische Kirche, die nach dem II. Vatikanischen Konzil "in Christus gleichsam das Sakrament, das heißt Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit ist", weder Verständnis noch die geringste Toleranz aufbringt. Im Gegenteil: Die Freimaurer treten dieser nach ihrem Vokabular "intoleranten Kirche" und ihren "Dogmen" mit aller Entschiedenheit entgegen.

Th. Vogel, der Patriarch der deutschen Freimaurer, sagte 1955 in Essen: "Da der Freimaurer jeden Dogmaglauben ablehne, werde er auch in seiner eigenen Organisation ein Dogma nicht dulden." Kurz und gut: Die Freimaurer geben zu, gegen jedes dogmatische Bekenntnis, das mit ihrer eigenen "Humanitäts-Religion" nicht übereinstimmt, unduldsam, d.h. intolerant zu sein: Sie "dulden" kein (fremdes) Dogma in ihrer "eigenen Organisation".

Ihr leidenschaftlicher und unerbittlicher Kampf gegen das weltumfassende Bekenntnischristentum gilt von jeher in erster Linie der Bekenntnisschule. Christliche Erziehung ist ihrem Wesen nach immer bekenntnisgebunden, weil Christentum notwendig Bekenntnis ist und nur in Bekenntnissen (Konfessionen) existiert. Ein Christentum "hoch über allen Konfessionen", wie es liberale Kulturkämpfer wollen, ist kein echtes Christentum mehr. Ein solches verfälschtes "Logen Christentum" wäre vielmehr mit der antichristlichen "Humanitäts-Religion" identisch.

Da nun die katholische Kirche nicht bereit ist, sich selbst auflösen und entkonfessionalisieren zu lassen, da sie die bedingungslose Nivellierung und Einschmelzung in die freimaurerische Humanitätsideologie nicht mitmacht und das Recht auf christliche Erziehung, die vor allem in der katholischen Schule vermittelt wird, verteidigt, wird sie von der Freimaurerei dadurch zu

vernichten versucht, daß man die katholischen Schulen auf politischem Weg liquidiert oder sie langsam sterben läßt, indem man ihnen die finanzielle oder wirtschaftliche Basis entzieht. Im letzten Jahrhundert wurde dieses Ziel, die Kirche über die konfessionslose Schule zu zerstören, von den Freimaurern ganz offen und ehrlich verkündet.

So ist zum Beispiel am 11. Juni 1879 auf dem Hauptkonvent aller Logen in Neapel die "Entchristlichung mit allen Mitteln, vorzüglich durch Vernichtung des Katholizismus", beschlossen worden. Damals wußte man auch schon, wie dieses Ziel am schnellsten erreicht werden kann: "In acht Jahren wird man durch konfessionslose Schulen eine Generation ohne Glauben haben ...", so hieß es wörtlich im Jahr 1879 in Neapel." (A. J. Fava, *Le secret de la Franc-Massonerie*, 1883).

Im 20. Jahrhundert werden die freimaurerischen Pläne nicht mehr mit solcher Ehrlichkeit proklamiert. Heute formuliert man die unveränderten Ziele freundlicher und mit mehr diplomatischem Geschick. So wurde auf der Generalversammlung des Groß Orients von Frankreich im Jahr 1952 erklärt: "In einer Demokratie, die darum besorgt ist, die Persönlichkeit des Kindes und die Grundsätze der Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit zu achten, die ihre Devise sind, darf es nur eine einzige nationale Schule geben, die allen die gleichen Möglichkeiten zur Entwicklung unter den gleichen Bedingungen gibt.

Man muß die Jugend lehren, miteinander zu leben, sich zu verstehen und sich zu lieben. Nur auf den Bänken ein und derselben einzigen Schule werden sie das tun können." Doch in der folgenden Begründung kommt der kulturrevolutionäre Geist wieder offen zum Vorschein, wenn es heißt: "Dies um so mehr, als die apostolische und römische Kirche in Verfolgung ihrer Pläne zur Unterjochung des Geistes unter ihre Dogmen, moralischen und materiellen Interessen das gegenwärtige Klima der Verwirrung und Unsicherheit, in dem wir uns befinden, gründlich ausbeutet.

Es ist ihr gelungen, sich eine genügende parlamentarische Mehrheit zu verschaffen. In Erwartung der großen Revanche, die wir kraftvoll vorbereiten und erreichen müssen, müssen wir den Grundsatz der Verstaatlichung der Erziehung und folgerichtig der Unterdrückung der Privatschulen aufrechterhalten. Die Nation muß das gesamte Erziehungswesen übernehmen, das vollständig laisiert und dreigliedrig verwaltet wird (Staat, Delegierte der Lehrerschaft, Delegierte der Eltern)."

A. Giraud, der 1951 einen Bericht namens der Kommission für das Schulproblem erstattete, sprach dabei den denkwürdigen Satz: "Im Westen gibt es nicht mehr Sozialisten, Kommunisten und Radikale, es gibt nur noch, und zwar mit Grund, Antiklerikale: der Antiklerikalismus macht einen Teil unserer Rasse aus. Entschuldigen Sie uns."

Die Kommission sollte für den Konvent im folgenden Jahr ein genaues Programm für die Entwicklung der laizistischen Erziehung ausarbeiten, wobei ihr der Gedanke als Richtschnur dienen sollte, daß die Freimaurerei sich schon immer "gegen den Pluralismus auf dem Gebiet der Schule" und für das Staatsschulmonopol im Dienste des Laizismus ausgesprochen habe.

Das Projekt der Schulkommission wurde der Generalversammlung 1952 vorgelegt. Darin wird unter Berufung auf das Prinzip der Gleichheit aller Menschen eine totale Demokratisierung der Erziehung, d.h. die schon erwähnte Verstaatlichung des gesamten Erziehungswesens gefordert, was identisch ist mit der Liquidierung aller konfessionellen Schulen, die in Frankreich ohnehin nur als Privatschulen bestehen. Aus der staatlichen Einheitsschule müssen alle konfessionellen und sozialen Unterschiede verschwinden.

Der Staat soll bereits den Kindern von vier Jahren an Gelegenheit zu vorschulischer Erziehung bieten, ein Gedanke, der in Deutschland erst 15 Jahre später zaghaft in die Öffentlichkeit getragen wurde, Einzige Leitungsbehörde für die gesamte Staatserziehung soll das Ministerium für nationale Erziehung sein. In einem anderen Teil wird schließlich auch die Nationalisierung der Freizeit und Feriengestaltung sowie der Erwachsenenbildung behandelt.

Das umfassende Programm endet mit Entschlüssen, die nichts anderes als Kampfmaßnahmen gegen jeglichen Einfluß der Kirche auf das Erziehungswesen beinhalten. Daß im Zuge dieser Maßnahmen auch die Verjagung der religiösen Orden gefordert wurde, überrascht nicht." (M. Dierickx)

Eine sachkritische Würdigung dieses freimaurerischen Erziehungsprogramms kommt zu folgendem Schluß:

Im Namen von Freiheit und Gleichheit wird hier eine totale Kulturdictatur angestrebt, die sich ihrem Wesen nach von der in den kommunistisch beherrschten Staaten praktizierten Kollektiverziehung in nichts unterscheidet. Mögen die Erziehungsinhalte hier und dort verbal verschieden sein, im Endeffekt haben sie das gleiche kulturevolutionäre Ziel, das schon in der Französischen Revolution angestrebt wurde: die Vernichtung des Christentums als der Wurzel der persönlichen Freiheiten, besonders der Glaubens und Gewissensfreiheit.

Wenn es gelingen sollte, dieses Ziel zu erreichen, dann wäre auch noch der letzte Rest von wahrer Demokratie im Westen beseitigt. Diese Erkenntnis hat niemand klarer ausgesprochen als der große europäische Demokrat Robert Schuman, der in seinem Buch *Pour l'Europe* schreibt:

"Die Demokratie wird christlich sein oder sie wird nicht sein. Eine antichristliche Demokratie ist eine Karikatur, die in der Tyrannei oder in der Anarchie endet" (S. 70).

Die größte und heimtückischste Bedrohung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung kommt allerdings weniger von der kommunistischen Politik und Unterwanderungsstrategie, von außen also, als vielmehr von der inneren Zersetzung der demokratischen Ordnung durch die extremen liberalen Kulturrevolutionäre, deren geistige Verwandtschaft mit den roten Kulturdictatoren nirgendwo so deutlich in Erscheinung tritt als gerade auf dem Feld ihrer gemeinsamen antichristlichen Kulturpolitik.

Die antikatholischen Bestrebungen des Grand Orient beschränken sich keineswegs nur auf Frankreich. Man darf nach der kulturpolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte feststellen, daß die radikalen Parolen der französischen Maurer auch im Bereich der angelsächsischen Logen aufgegriffen wurden und in verschiedenen Ländern Schule gemacht haben.

In Deutschland sind die Forderungen der Generalversammlung des Groß Orients von 1952 in ähnlichen, fast gleichlautenden Formulierungen während des Wahlkampfs im Jahr 1953 wieder aufgetaucht. Die Schlagworte vom "Politischen Katholizismus" und "Konfessionalismus" wurden damals von führenden Freimaurern wie Thomas Dehler (FDP) und Reinhold Maier, vom Deutschen Industrieinstitut und vom Pressedienst der SPD propagandistisch hochgespielt.

Dehler behauptete, das Wesen der Demokratie schließe "jeden Anspruch auf absolute Gültigkeit aus". Er warf der katholischen Kirche vor, sie mache die Frage der staatlichen Konfessionsschule zum Anlaß politischer Auseinandersetzungen und schaffe dadurch "politisches Unheil". Der Katholik, der sich der Kirche unterwerfe und sich konfessionell binde, könne deshalb kein guter Demokrat sein.

Ähnliche Behauptungen sind in Deutschland immer wieder von der sog. "Humanistischen Union" aufgestellt worden. So erklärte beispielsweise der Heidelberger Psychologe Prof. A. Mitscherlich auf einer Versammlung der "Humanistischen Union" am 28. Januar 1962 in Frankfurt, Bekenntnisschulen und konfessionelle Lehrerbildung seien unvereinbar mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Er wandte sich gegen die sog. "Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens" und forderte die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts an den öffentlichen Schulen und die Einführung eines religionskundlichen Unterrichts allgemeiner Art, da der Offenbarungsglaube nicht zu letzter Toleranz fähig sei, wie er meinte. "Weil aber in der Bundesrepublik starke Tendenzen zur Intoleranz und zur Mißachtung der pluralistischen Struktur in der modernen

Gesellschaft zu beobachten seien, brauche die Demokratie eine starke Organisation, die für die Wahrung der demokratischen Prinzipien eintrete." Diese Aufgabe habe sich die "Humanistische Union" Dr. Szczesnys gestellt."

Als in Bayern zu Beginn des Jahres 1968 nach drei Volksbegehren endlich ein Schulkompromiß zustande gekommen war, der für den Freistaat Bayern eine einzige öffentliche Schule vorsieht, in der "nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse" unterrichtet werden soll, nahm der Vorsitzende der "Humanistischen Union" am 20. Februar 1968 in München dagegen Stellung und erklärte, daß durch die geplante Einführung dieser Schule "ein Gewissensterror wie in den kommunistischen Staaten" ausgeübt würde.

Die Einigung der Parteien bedeute keinen Kompromiß, sondern eine "Kapitulation der SPD und FDP vor den Kirchen". Vor einem solchen "Diktat einer unbelehrbaren Minderheit" müsse man warnen. Gleichzeitig mit dieser Erklärung Szczesnys gab Rechtsanwalt E. Fischer in München bekannt, daß die "Humanistische Union" gegen das derzeitige bayrische Volksschulgesetz Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht habe, die auch dann aufrechterhalten bleibe, wenn einem Volksbegehren der Parteien oder der Kompromißformel in einem Volksentscheid entsprochen würde.

Die Konzeption und Zielsetzung der militanten "Humanistischen Union" stimmt im wesentlichen mit den Bestrebungen der freimaurerischen Humanitätsideologie überein. Der Einfluß der elitären Freimaurerei ist deshalb so stark, weil viele Schlüsselpositionen im Bereich der Hochfinanz, der Presse und des Nachrichtenwesens in den meisten westlichen Ländern von Mitgliedern der Logen besetzt sind.

Dadurch wird besonders die öffentliche oder veröffentlichte Meinung entscheidend von den Ideen der liberalen Kulturkämpfer geprägt und überall eine für die autonome Geisteswelt der Freimaurerei charakteristische Atmosphäre geschaffen.

Wenn der Freimaurer und Pressekonzern-Chef Axel Springer einen Großteil der deutschen Presse kontrolliert und der Stuhlmeister der ältesten Hamburger und deutschen Loge gleichzeitig Chef vom Dienst in der Zentrale einer großen deutschen Presseagentur ist" (FAZ, 10.12.1962, *Bericht über die 225-Jahresfeier der Loge Absalom zu den drei Nesseln*), dann versteht man, wie die in den Nachrichten Agenturen gefilterten und durch die Massenmedien in die Bevölkerung geschleusten Informationen und Nachrichten die Öffentlichkeit entscheidend im Geiste der Freimaurerideologie beeinflussen, manipulieren und programmieren können.

Inzwischen ist es den offenen und verborgenen Feinden des Christentums und der Kirche gelungen, die katholische Bekenntnisschule in Deutschland fast vollständig zu beseitigen. Sie haben damit ein langumkämpftes Ziel erreicht und wahrscheinlich einen ihrer größten Siege in unserem Jahrhundert errungen. Es wäre aber eine unverzeihliche Fehleinschätzung der antichristlichen Kulturkämpfer, wenn man annehmen sollte, sie gäben sich mit diesem Sieg zufrieden. Das ist nicht der Fall.

Denn die fast kampflose Kapitulation der deutschen Katholiken, deren geistliche Führungsspitze im Jahr 1967 - als der Liquidierungsprozeß der Konfessionsschulen begann - die Parole "Kein Schulkampf" ausgab, wird die liberalen Kulturrevolutionäre jetzt um so mehr ermutigen, ihre antichristliche Aggression zu gegebener Zeit fortzusetzen und ihre nächsten und fernsten Ziele noch rücksichtsloser als bisher anzusteuern.

Durch die progressive Zerstörung von Glaube und Moral, die von aufgeklärten, rationalistischen und modernistischen Theologen innerhalb der Kirche mächtig vorangetrieben und von den Verantwortlichen in der Kirche in unverantwortlicher Weise hingenommen wird, durch die von den "humanen" Antichristen und ihren christlichen Nachbetern uns eingepfachte Überwindung des "Freund-Feind-Denkens" in der Kirche die dadurch leichter umfunktioniert werden kann ist inzwischen ein erheblicher Verlust an Glaubenssubstanz und ein Klima der

Entchristlichung entstanden, das es den antichristlichen Funktionären immer leichter macht, ihre Pläne zu verwirklichen.

Was auf uns zukommt ist schon in einer Resolution der Freireligiösen Gemeinde Bayerns vom 26. März 1962 in aller Deutlichkeit ausgesprochen worden: die völlige Trennung von Staat und Kirche, die Beseitigung des christlichen Charakters der Gemeinschaftsschulen und höheren Schulen, die Ausschaltung des kirchlichen Einflusses in Verwaltung und Justiz, die Abschaffung der Säuglingstaufe und schließlich die Überprüfung aller Gesetze zum Zwecke der Beseitigung der Bevorzugung der Kirchen und kirchlichen Organisationen.

Zu der öffentlichen Kundgebung der Freireligiösen Gemeinde, auf der diese Resolution gefaßt wurde, hatte der Vorsitzende der bayerischen Landesgemeinde besonders den damaligen Leiter des Sonderprogramms beim Bayerischen Rundfunk, Dr. G. Szczesny, begrüßt.

Ein ähnliches Entchristlichungsprogramm wird einige Jahre später von dem ehemaligen evangelischen Theologen I. Kahl in dem antichristlichen Pamphlet "Das Elend des Christentums oder Plädoyer für eine Humanität ohne Gott" entworfen. Die Schrift, deren Gehässigkeit kaum noch zu überbieten ist, erschien mit einer Einführung von Gerhard Szczesny erstmals 1968 als Taschenbuch im Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg.

Unter dem Titel *Postchristliche Perspektiven, Religionsfreiheit* fordert der Verfasser eine "emanzipierte Gesellschaft, ... die sich am Glück aller orientiert", eine "humane Gesellschaft", in der die Religionsfreiheit wie er und seine antichristlichen Gesinnungsgenossen sie verstehen, endlich verwirklicht werden soll.

Dazu ist notwendig, daß zuerst die Kindertaufe abgeschafft wird, denn so schreibt er wörtlich "die Kindertaufe ist verfassungswidrig". Mit Entschiedenheit verlangt er die "Trennung von Staat und Kirchen", die "Trennung von Universität und Kirchen", d.h. die Beseitigung der theologischen Fakultäten an den Universitäten und zuletzt die "Trennung von Schule und Kirchen", d.h. die Abschaffung des konfessionell gegliederten christlichen Religionsunterrichts an den staatlichen Gemeinschaftsschulen.

Die konzentrierte Aktion der organisierten und gesteuerten antichristlichen Kulturrevolutionäre wurde systematisch und geplant weitergeführt und erreichte einen spektakulären Höhepunkt im Jahr 1973. Die westdeutsche Drei Punkte Partei (FDP), "zu der sich die Freimaurer, sofern sie sich politisch betätigen, auf Grund der liberalen Geisteshaltung besonders hingezogen fühlen", veröffentlichte in der "Frankfurter Rundschau" vom 23. August 1973 den Entwurf eines Grundsatzpapiers "Freie Kirche im freien Staat Thesen zum Verhältnis von Staat und Kirche". Dieser Entwurf wurde von einem im Frühjahr 1973 durch den Bundesvorstand der FDP berufenen Sonderausschuß für das Verhältnis von Staat und Kirche unter Vorsitz der Bundestagsvizepräsidentin und EKD-Synodalin Liselotte Funcke ausgearbeitet und vorgelegt. Der FDP-Bundesvorstand hat am 26. August 1973 die Vorlage als "geeignete Grundlage für die Diskussion in der Partei" freigegeben.

Ursprünglich war auch eine Diskussion der "Thesen" auf dem Bundesparteitag der FDP (vom 11. bis 14. November) in Wiesbaden geplant, doch fand die Diskussion dort aus begrifflichen Gründen nicht statt. Die Proteste und ablehnenden Reaktionen, die aus der Öffentlichkeit gegen dieses Kirchenpapier laut wurden, ließen es den Parteistrategen ratsam erscheinen, das antikirchliche Machwerk vorerst auf Eis zu legen und auf günstigere Zeiten für einen neuen Vorstoß zu warten, bzw. erst einmal den Fortgang der Diskussion mit den Kirchen und der Öffentlichkeit abwartend zu verfolgen.

Da der Text des Entwurfs programmatisch die Ziele der antichristlichen Kulturkämpfer, die wir bereits kennengelernt haben, zusammenfaßt und in einigen Punkten konkrete Neuansätze formuliert, soll er hier im vollen Wortlaut zitiert werden.

Im Oktober 1974 haben die Delegierten des FDP-Parteitages in Hamburg den nur unwesentlich geänderten Entwurf mit überwältigender Mehrheit angenommen. Nach einjähriger Dis-

kussion und teils heftigen Auseinandersetzungen mit den Kirchen wurden die antikirchlichen Thesen mit 262 gegen 82 Stimmen bei vier Enthaltungen verabschiedet.

3. Vom ökumenischen Dialog zur Ökumene der Religionen

Mit Papst Johannes XXIII. begann eine neue Ära der Kirchengeschichte. Die universale Brüderlichkeit, die dieser Papst aller Welt vorlebte, weckte auch in der Welt der Freimaurerei große Erwartungen. Man hoffte auf einschneidende und grundlegende Änderungen und Wandlungen im Verhältnis von Katholischer Kirche zur Freimaurerei. Der gütige ... Papst, den man in Frankreich besonders gut kannte und sehr schätzte, gab gerade durch seinen brüderlichen Stil nicht zuletzt dem Groß Orient von Frankreich Anlaß, die primitive und militante antiklerikale und antikirchliche Kampagne durch eine bessere revolutionäre Methode abzulösen. Die gehässigen Töne gegen die Kirche verstummten.

Die Parole hieß nun: Ökumenischer Dialog. Der Dialog erlaubte es schließlich, mehr und mehr aus der subversiven Untergrundaktivität aufzutauchen und an das Licht der Öffentlichkeit zu treten. Die Revolutionäre des Groß Orient begannen eine Offensive der brüderlichen Umarmung, sie zeigten plötzlich ein freundliches Gesicht. Die antichristliche Revolution sollte auf leisen Sohlen und mit freundlicher Miene und mittels des ökumenischen Dialogs größere Fortschritte machen und noch bessere Erfolge erzielen. Soweit man heute die Situation überblicken kann, hat sich die neue maurerische Taktik als erfolgreich erwiesen.

Die erste sensationelle und spektakuläre Aktion, die das Zeitalter des Dialogs mit der Katholischen Kirche einleitete, war die Einladung des ehemaligen Kanzelredners von Notre Dame in Paris, Pater Riquet S. J., zu einem Vortrag vor Freimaurern in der Loge Volney in Laval (Westfrankreich), einer Loge des Groß Orient. Der Vortrag fand am 18. März 1961 statt. Marius Lepage, der Meister vom Stuhl der Volney Loge, schrieb dazu am 16. März 1961 in der Pariser "Le Monde":

"Die Mitglieder der Loge von Laval, die sich ausschließlich auf den philosophischen und theologischen Bereich beschränken, haben gewünscht, daß eine besonders qualifizierte geistliche Persönlichkeit ihnen auseinandersetze, welches die doktrinäre Stellung der Kirche dem atheistischen Problem gegenüber sei.

Unter diesen Mitgliedern gibt es Gläubige, Ungläubige und Agnostiker. Sie alle stimmen darin völlig überein, ihrem Meister vom Stuhl jene Schritte zuzutrauen, die dieser für unerläßlich hält, damit ihnen, soweit das möglich ist, Genugtuung verschafft werde. Unter diesen Umständen ist es geschehen, daß ausnahmsweise P. Riquet ermächtigt wurde, über dieses Problem zu uns zu sprechen.

Jeder Gedanke des 'Widerspruchs' war und bleibt bei diesem Vortrag etwas, was nicht in Frage kommt: dieser Vortrag ist eine rein private Angelegenheit, die, wie es bei allen freimaurerischen Veranstaltungen geschieht, nicht als Gelegenheit eines Widerspruchs benutzt wird. Eine Freimaurerloge wie immer sie auch eingestellt sein mag ist nicht mit einem 'Vorstadtklub' (einem Debattierklub) zu vergleichen.

Für jeden denkenden Menschen ist das Problem des Glaubens und des Unglaubens in sich schon ohnehin schmerzlich genug, so daß es mit der menschlichen Würde als unvereinbar angesehen werden müßte, wollte man eine solche Gelegenheit zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen benutzen.

Historisch steht es nun einmal einwandfrei fest, daß seit zweihundert Jahren niemals ein Priester seine Füße über die Schwelle einer Freimaurerloge gesetzt hat - wenigstens nicht in Frankreich. Es ist mir ganz besonders angenehm, dem Schicksal einer Loge vorzustehen. deren sämtliche Mitglieder wie immer auch ihre philosophischen, persönlichen Gefühle sein mögen den Wert einer sicheren Aufklärung zu schätzen wissen.

Ich bin glücklich, mit tiefer Ehrfurcht alle jene zu begrüßen, Geistliche und Laien, die in ähnlicher Weise überstanden haben, daß die 'Liebe' sich auf alle Menschen zu erstrecken hat, auf

Gläubige und Ungläubige und daß Gott allein es ist, 'der die Herzen der Menschen durchforscht'." (aus: Zimmer-Korrespondenz, Nr.778, 21.3.1961)

Am gleichen Tag meldete die Katholische Nachrichtenagentur KNA, abweichend von der Erklärung M. Lepages, daß am Samstag, 18. März, erstmals seit zwei Jahrhunderten ein katholischer Priester mit Billigung seiner kirchlichen Obrigkeit eine Freimaurerloge in Frankreich betreten werde, um dort "vor einem ausschließlich aus Freimaurern bestehenden Auditorium die Gegenrede zum Thema 'Atheismus' zu halten.

Es ist der berühmte französische Jesuitenpater und Prediger Michel Riquet, langjähriger Dom- und Fastenprediger in Notre Dame (Paris), der die Volney-Loge in Laval zu seiner Kanzel machen wird. Die Aufforderung zu einem Streitgespräch kam von einem Freimaurer, und man rechnet mit der Anwesenheit namhafter Freimaurer aus den verschiedenen Gegenden Frankreichs" (KNA/PD - 61/III/212).

Eine "Gegenrede" oder ein "Streitgespräch" war indes nicht geplant und fand auch nicht statt. Am 22. März 1961 berichtete KNA:

"Als ein historisches Ereignis in der Geistesgeschichte Frankreichs wurde in einem gemeinsamen Kommuniqué das Auftreten eines katholischen Geistlichen in der Freimaurerloge von Laval bezeichnet. Mit Billigung seiner kirchlichen Vorgesetzten sprach am Sonntagabend der bekannte Domprediger Pater Riquet vor aus allen Gegenden Frankreichs zu dieser ungewöhnlichen Sitzung versammelten Freimaurern über die Einstellung der Kirche zu den verschiedenen Formen von Atheismus.

In der nur Freimaurern zugänglichen geschlossenen Sitzung hob Pater Riquet, dem Kommuniqué zufolge, hervor, daß über die natürlichen Meinungsunterschiede hinweg eine Übereinstimmung der Herzen geschaffen werden müsse. Das von der Loge und Pater Riquet gemeinsam herausgegebene Kommuniqué gibt der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn auch beim gegenwärtigen Stand der Geister nicht von einem Einvernehmen zwischen Kirche und Freimaurerei gesprochen werden könne, doch alle Menschen guten Willens zu einer gegenseitigen Achtung gelangen können, zum Segen der Gesellschaft".

Damit war ein Anfang gesetzt. Schon ein Jahr später wurde dem Kapuzinerpater N. M. Wildiers von seinem Freund, dem Freimaurer N. E. van der Laaken, die Gelegenheit geboten zu einem Vortrag vor den versammelten Logen von Amsterdam. P. Wildiers, der durch seine Studien und Vorträge über Teilhard de Chardin bekannt geworden war, sprach vor den Freimaurern in Amsterdam über Teilhard.

Im Juni 1971 wurde erstmals ein Bischof in eine Loge der Grand Loge de France (GLDF) eingeladen. Bruder Dr. Pierre Simon, der von 1969-1971 Großmeister der GLDF war und dieses Amt 1973 wieder übernahm, lud den Weihbischof von Paris, Monsignore Pezeril, in die GLDF ein. Nach einer Freimaurer-Zeitung "war es das erste Mal seit der französischen Revolution, daß ein amtierender Bischof offiziell in einer Freimaurerloge empfangen wurde.

Im Frühjahr 1961, noch rechtzeitig vor dem Konzil, erschien aus der Feder des angesehenen Rechtsgelehrten Alec Mellor mit dem Imprimatur der Erzdiözese Paris das aufsehenerregende Werk "Unsere getrennten Brüder, die Freimaurer", das in "Le Monde" eine "leidenschaftliche Studie über die Freimaurerei und den Katholizismus" genannt wurde und heftige Auseinandersetzungen und Diskussionen bei Katholiken und Freimaurern auslöste.

So hieß es in einer Leserzuschrift an "La France Catholique": "... Die Wahrheit war und ist, daß die Freimaurerei und sie hat das niemals verheimlicht gegen die Kirche ist, wie geheim das auch immer geschehen mag und ganz besonders in Frankreich nicht aufhören wird, es weiterhin zu tun, also gegen den Katholizismus zu arbeiten."

Aber auch von seiten der Freimaurer regte sich Widerspruch. Ein aufrichtiger und ehrlicher Bruder, ein gewisser Universitätsprofessor Sélam Voize, schrieb in "Le Monde" vom 11.7.1961: "... Wir sind keine getrennten Brüder wir gehören einer anderen Familie an: der

Familie der autonomen Geisteswelt und beanspruchen das Recht, als Bahnbrecher in unserem Leben zu wirken ... Der Freimaurergeist ist kein Geist der Unterwerfung, weder unter eine überalterte Hierarchie, noch eine sonstige überholte Institution. In der Freimaurerei herrscht der Geist der Freiheit." -

Der Jesuit F. Hillig ist in einer besonnenen und ausgewogenen Abhandlung dieser fundamentalen Frage nachgegangen. Selbst da, wo die Logen weniger radikal sind und sich in Glaubensdingen zurückhalten, ist das ganze von Deismus, Relativismus und Indifferentismus bestimmte Klima, das in ihnen herrscht, einer klaren Glaubenshaltung abträglich. Wie zur Zeit des Kulturkampfes, als Papst Leo XIII. sein Rundschreiben "Humanum genus" gegen die Freimaurerei veröffentlichte (1884), "steht die Kirche heute genau der gleichen Feindseligkeit und den gleichen Tendenzen und Schachzügen gegenüber wie damals.

Man braucht etwa nur die letzten Jahrgänge der Herderkorrespondenz durchzusehen. Immer wieder werden dort zum Beispiel Meldungen aus Mittel- und Lateinamerika registriert, aus Brasilien, Chile, Ecuador, Guatemala, den Philippinen über: "Freimaurerische Aktivität gegen die katholischen Schulen, Drohungen, Schließungen, Schikanen; Großloge gründet eigenen Zweig zur Förderung des Laizismus und des antiklerikalen Kampfes; Einführung der Zivilehe, der Ehescheidung; Kircheneigentum beschlagnahmt, Einreiseverbot für Priester und ähnliches mehr. Nicht nur in Lateinamerika, in allen Ländern lateinischer Kultur ist die Kirchenfeindlichkeit der Logen besonders kraß und hartnäckig ...

Selbst die Maurerei in den Vereinigten Staaten, zahlenmäßig der größte Zweig der Weltmaurererei, darf nicht einfach für weltanschaulich harmlos angesehen werden. Zwar haben sich sowohl Roosevelt wie Truman, die wie viele andere Präsidenten der USA der Loge angehörten, zum Heiligen Stuhl freundlich gestellt; aber danach allein kann man nicht urteilen. Joseph Berteloot hat gezeigt, daß die Maurerei der Vereinigten Staaten ein doppeltes Gesicht besitzt. Es fehlt auch hier nicht an antikatholischen Scharfmachern, zumal sich in den Logen der USA immer mehr ein heftiger Patriotismus durchsetzt.

Ganz im Stil der Nazis werden die Katholiken verdächtigt, daß sie keine guten Patrioten sein könnten, da sie einem ausländischen Oberhaupt Gehorsam gelobt hätten, wobei Vatikan und römische Kirche als eine dunkle Macht der Weltunterjochung erscheinen. ..."

F. Hillig bringt dann aus der "Europäischen Freimaurerzeitung", Jahrgang 1964, einige Zitate deutscher und ausländischer Freimaurer, von denen hier nur ein Ausschnitt aus einer Abhandlung über "Glanz und Elend der Konzile" wiedergegeben werden soll. Es heißt da: "Den persönlichen Primat des Papstes zu brechen, wäre Voraussetzung für die Unio sancta und für die Zusammenführung der Kirche. Mit ziemlicher Sicherheit glauben wir sagen zu können, daß die Unfehlbarkeit des Papstes und sein Primat gegenüber dem Konzil auch 1964 nicht gebrochen werden wird.

Das Mittelalter wird auf dem Gebiet der kirchlichen Verfassung nach wie vor in unsere Zeit hineinragen. Wir meinen: nicht zum Nutzen der Kirche und der modernen Probleme, die zu bewältigen sind. Und solange die persönliche Vorherrschaft eines einzelnen in der Kirchenverfassung nicht beseitigt ist, solange wird unserer Ansicht nach auch jede Reform auf anderen Gebieten scheitern. Die verfassungsmäßige Macht des Papstes und seiner von ihm ernannten Kardinäle ist das institutionelle Hindernis jeder besseren Einsicht und Reform. ..." (F. Hillig).

Bischof R. Graber (Regensburg) hat neuerdings diese Zitate aus dem Jahr 1964 ergänzt durch Äußerungen vorwiegend aus dem Bereich der französischen Maurerei aus dem Jahr 1968, die in dieselbe Richtung tendieren und wir werden in den folgenden Ausführungen von einem prominenten Freimaurer erfahren, was er im Jahr 1973 zu der Frage "Kirche heute und morgen" geschrieben hat.

Man wird F. Hillig zustimmen müssen, wenn er sich dem unkritischen Optimismus eines A.

Mellor, mag er auch von ihm gut gemeint sein, nicht anschließen kann und die Frage: "Haben sich die Freimaurer gewandelt?" nicht bejaht.

Nun ist inzwischen (1968) das hier schon mehrfach erwähnte Werk des Jesuiten M. Dierickx über "die große Unbekannte" erschienen. Bringt uns der Historiker M. Dierickx auf dem Weg des Dialogs den "getrennten Brüdern" in der Freimaurerei näher?

Signalisiert seine pro-maurerische Schrift einen Durchbruch zur brüderlichen Ökumene mit den Freimaurern, oder kann sie wenigstens durch überzeugende Argumente eine Neubesinnung und Neugestaltung im Verhältnis von Freimaurerei und Kirche einleiten und bewirken? Auffallend und aufsehenerregend zugleich ist das Lob, mit dem das Buch von M. Dierickx von seiten katholischer und freimaurerischer "Ökumeniker" bedacht wurde und die Unterstützung, die der Autor für dieses Buch von beiden Seiten erfahren hat. ...

SCHLUSSWORT

Überzeugt von der unumstößlichen Tatsache, daß die Freimaurerei ihr innerstes Wesen, wie es in dem Grundgesetz der "Konstitutionen" von 1723 grundgelegt ist, niemals ändern kann und wird, geben wir das letzte Wort dieser Schrift einem Freimaurer, der ohne Übertreibung zu den einflußreichsten Vertretern der internationalen Freimaurerei im 20. Jahrhundert gezählt werden darf: Quartier la Tente. Er war protestantischer Pfarrer, Großmeister der Schweizer Großloge "Alpina" und zeitweilig Leiter der freimaurerischen Weltgeschäftsstelle in Genf. 27 Jahre lang war er überdies Staatsrat und Leiter des Departements für Unterricht und Kultur in der Schweiz.

Er schreibt über die Versöhnung von Freimaurerei und Christentum: "Die Versöhnung ist nicht mehr möglich. Es kann daher nur Kampf geben, einen Kampf ohne Gnade, der mit dem Sieg der Wissenschaft und des Gewissens enden wird ... Der Maurer ist ein freier Mensch; der Katholik ist ein Sklave, der einer erzwungenen Disziplin des Geistes unterworfen ist. Und nichts ist unverträglicher mit freimaurerischem Geist" (Quartier la Tente: Two Centuries of Freemasonry, Bern, 1917).

In der Tat ist jeder wahre Christ ein Sklave (Diener) Jesu Christi. Im Neuen Testament wird das oftmals bezeugt, besonders in den Paulusbriefen. Diese Sklaverei aber, die nichts anderes ist als der unbedingte Glaubensgehorsam gegenüber dem Herrn Jesus Christus, nimmt der Christ in freier Liebe auf sich, weil er davon überzeugt ist, daß nur Christus allein uns zur wahren Freiheit befreit.

Ungehorsam gegen Jesus Christus führt in die Sklaverei der Sünde: das heißt in die Unmenschlichkeit und Barbarei.

Die Wissenschaft der Freimaurerei - die Aufklärung - hat die gesamte Menschheit in eine Sackgasse geführt. Der autonome Humanismus hat nicht Freiheit für alle, sondern eine neue Form der Sklaverei für viele geschaffen, aus der nur Jesus Christus und seine Gnade befreien kann. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x024/79) = Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x070	Jähmig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.

x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit.</u> Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Verletzungen von Menschenrechten.</u> Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945.</u> Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x123	Müller-Bringmann, Walter: <u>Das Buch von Friedland.</u> Göttingen 1956.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute.</u> 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: <u>Die Gefangenen.</u> Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x148	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen.</u> Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Forum für Kultur und Politik. Heft 14.</u> Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972.</u> Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten.</u> Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas.</u> 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie.</u> Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert.</u> Dortmund 1997.
x193	Joseph jr., Alwin M. u.a.: <u>Die Welt der Indianer.</u> Geschichte, Kunst, Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart. 4. Auflage. München 1998.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1. 1789-1914.</u> Frankfurt/Main 1985.
x287	Berbig, Hans Joachim: <u>Kleine Geschichte der deutschen Nation.</u> Düsseldorf 1985.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe).</u> Braunschweig 1975.
x297	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte.</u> 1. Auflage. Braunschweig 1995.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit.</u> 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE.</u> Die Re-education

	der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x909	https://horst-koch.de/weltrevolutionen/ - April 2019
------	--